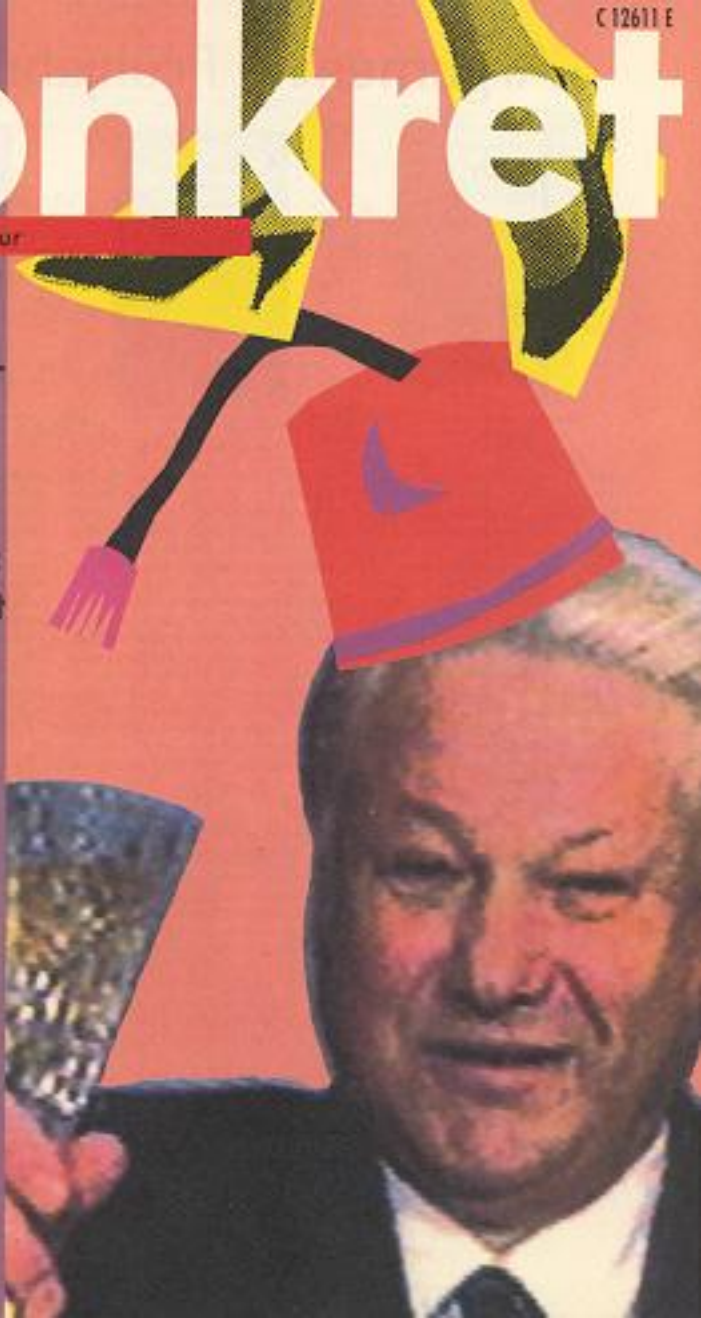
Heft 2 Februar 1995 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Völkerfreundschaft 95: Grosny Alaaf!
- Friedensbewegung 95: Tornado macht Moslems froh und Kroaten ebenso
- Wiedergutmachung 95: Die neuen »Opfer der Opfer«
- Streitkultur 95: Wie man einen Nazi konstruiert



in konkret Februar 1995

von konkret

an konkret

Links, wo das Recht ist von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Die Dresden-Lügen von Jürgen Elsässer
Der 50. Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden wird zur Schaffung eines Nationalmythos genutzt, mit dem die Deutschen Auschwitz vergessen machen wollen. Die Rede, die der Bundespräsident am 13. Februar halten wird, könnte sich gleichermaßen auf CDU und SED, auf David Irving und Ulrike Meinhof stützen

Republik der Opfer von Erwin Riess
Österreich bereitet sich auf den 50. Jahrestag der »Befreiung« vom Nationalsozialismus vor. Längst kennt die Zweite Republik keine Sieger mehr, sondern nur noch »wahre Österreicher«

Die neuen »Opfer der Opfer« von Eike Geisel
Pünktlich zum Gedenkjahr 1995 machen sich die Deutschen daran, eine Frage zu beantworten, die die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vor zehn Jahren gestellt hat: »Wann verlieren die Opfer ihre moralische Unschuld?«

Grosny läßt grüßen von Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow
Dem Verbund staatlicher Tarnorganisationen der deutschen Außenpolitik (KONKRET 1/95) scheint ein besonders raffinierter Verein anzugehören: die »Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen« (FUEV) mit Sitz in Flensburg. Angeblich privat, kümmert sich die FUEV um fast sämtliche nicht-deutschen Minderheiten auf dem Kontinent und fordert »Volksgruppenrechte« – seit den 20er Jahren ein beliebtes Instrument zur Zerlegung der deutschen Nachbarstaaten in territoriale Einzelteile

»Ich hasse sie wie die Sünde« von Klaus Gietinger
Wie realistisch war die Sozialfaschismustheorie der Weimarer Kommunisten? Neue Dokumentenfunde belegen eine enge Zusammenarbeit führender Sozialdemokraten mit republikfeindlichen Militärs bei der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts

Veitstanz der Mandarine von Robert Kurz
Schlanker Staat, Sozialabbau und Systemkrise – der vermeintlich strategisch geführte »Klassenkampf von oben« ist in Wahrheit Ausdruck einer generellen Konzeptionslosigkeit

Freies Hauen von Wolfgang Müller
Super Information Highway in den USA vor dem Start, Postreform II über die Bühne, Postreform III in Vorbereitung, weltweite Kapitalkonzentration in der Medienindustrie: In zehn Jahren soll die Telekommunikation weltweit mehr Umsatz machen als die Autoindustrie samt Zulieferern, schon jetzt hat sie die höchsten Wachstumsraten

Dressierte Reflexe von Rudi Stoert
Computer- und Bewußtseinsindustrie verschmelzen und versuchen, die Hegemonie über den Datenraum zu erobern

Und jetzt die Börse? von Werner Pirker

An Jelzins Tschetschenien-Politik ist nichts überraschend. Nicht mal die Reaktion des Westens darauf

Lob der Macht?Falsche Schlüsse von Bernhard Schmid

Jürgen Elsässers Beitrag über Afghanistan fünf Jahre nach der »Befreiung«, den wir im letzten Heft veröffentlichten, hat Widerspruch ausgelöst. Bernhard Schmid und Oliver Tolmein kritisieren Elsässers »Lob der Fremdherrschaft«

Lob der Macht?Sackgasse von Oliver Tolmein

Jürgen Elsässers Beitrag über Afghanistan fünf Jahre nach der »Befreiung«, den wir im letzten Heft veröffentlichten, hat Widerspruch ausgelöst. Bernhard Schmid und Oliver Tolmein kritisieren Elsässers »Lob der Fremdherrschaft«

Who's left

Für den Rest17 / Celsius

Neue Dreistigkeit von Peter Hetzler

Die nach wie vor ungeklärten Umstände der Erschießung von Wolfgang Grams sind Thema sowohl des Prozesses gegen Birgit Hogefeld als auch eines vom ID-Archiv herausgebrachten Buches

Jeder ist uns der nächste 35 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Kunst & Gewerbe

Zurück nach Afrika von Dietrich Kuhlbrodt

Der Filmemacher Christof Schlingensief setzt seine im »Deutschen Kettensägenmassaker« und in »Terror 2000« begonnene Abrechnung mit deutschen Wahnvorstellungen fort. Sein Versuch, die Kolonialphantasien deutscher Möchtegern-Blauhelme vor Ort in Simbabwe zu inszenieren, stieß jedoch auf ungeahnte Hindernisse. Ein Bericht von den sechswöchigen Dreharbeiten

Kant ist wie Kiffen von Barbara Kirchner

»Kormoran«, der stark autobiographisch gefärbte Roman von Hermann Kant, macht einen schweren Kopf

Freunde fürs Leben von Klaus Bittermann

Henryk M. Broder hat einen »linken Nazi« entdeckt und endlich »Anschluß« gefunden

Wie man einen Nazi konstruiert von Rudolf Burger

Zur Mechanik einer Verleumdung

Das Machtlos von Dietmar Dath

Klaus Theweleit hat sein episch-philosophisches »Buch der Könige« fortgeschrieben. Auf knapp 1.800 Seiten stellt er die Frage nach der Anfälligkeit des Künstlers für die Reize totalitärer Herrschaft

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

»Panzer nach vorn!« von Frank Liebert

Über die braune Karriere des erfolgreichsten Drehbuchautors des deutschen Fernsehens, Herbert Reinecker

NazilInnen von Mario Mentrup

Drei Bücher, die sich auf unterschiedliche Weise mit mehr oder minder faschistischen Frauen auseinandersetzen, offenbaren ungewollt mehr über die Krisen ihrer Autoren als über deren Forschungsobjekte

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/95, S. 4

von konkret

»The Partisan Press« Unter diesem Titel hatte die angesehene US-amerikanische Vierteljahreszeitschrift »Foreign Policy« vor einem Jahr eine Untersuchung über die Rolle der westlichen Medien im jugoslawischen Bürgerkrieg veröffentlicht. Darin beschrieb der Journalist Peter Brock den Kombattantenstatus der Presse und machte das Ausmaß der Verzerrungen und Lügen vorstellbar, mit denen vor allem westliche Medien durch antiserbische Propaganda die Schlächterei auf dem Balkan anheiz(t)en. In einer leicht überarbeiteten Fassung hat KONKRET Brocks Beitrag, der zuvor auch in der Züricher »Weltwoche« erschienen war, in Heft 3/94 veröffentlicht.

Der Text hat in den USA, der Schweiz und der Bundesrepublik heftige Reaktionen ausgelöst (»billiges Machwerk«, »Taz«), was die »Foreign Policy«-Herausgeber veranlaßte, sowohl Brocks detaillierte Angaben als auch die seiner Kritiker noch einmal gründlich nachzurecherchieren. In einer ausführlichen Stellungnahme haben sie in der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitschrift (Nr. 97, Winter 94/95) das Ergebnis der »Faktenüberprüfung« veröffentlicht. Auszug:

Peter Brock hat die Presseberichterstattung über das frühere Jugoslawien unter die Lupe genommen und behauptet, daß es dabei zahlreiche Verzerrungen und Falschbehauptungen gebe. Es ist nur fair, wenn sein Beitrag denselben Kriterien unterworfen wird Wir haben jedoch die Fakten in Brocks Text ein zweites Mal überprüft und sind der Auffassung, dqß sie der Kritik standhalten... Tatsächlich ergibt eine Durchsicht unserer Faktenüberprüfungsakte, daß die Mehrheit der Angaben in »The Partisan Press« durch persönliche Interviews, Presseberichte, UN-Quellen und wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt werden.. . Da die Analyse und die Fakten in Brocks Beitrag so verbittert attackiert werden, mag es von Interesse sein, daß prominente britische Journalisten denselben Boden beackert haben und zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie Brock gekommen sind. Am 3. Juli 1994 veröffentlichte der Londoner »Independent« eine ausführliche Untersuchung von Nik Gowing, dem außenpolitischen Redakteur des Londoner Senders Channel 4 News (ITV), über die Rolle der Medien in der Bosnienkrise. Nach einer viermonatigen Studie, die er an der JFK School of Government der Harvard University durchgeführt hatte und nach mehr als 100 Interviews kam Gowing zu dem Schluß: »Es hat sich herausgestellt, daß meine Recherchen die Beschwerde eines anonymen UN-Offiziers stützen, der (in genereller Zustimmung zu Brocks Text) an >FP< geschrieben hatte: >Das Pressekorps entwickelte eine eigene Dynamik und einen eigenen Geist. Vieles von dem, was sie berichteten, zielte darauf ab, eine militärische Intervention gegen die serbischen Aggressoren herbeizuführen... Das schließt mitunter eine persönliche Hingabe mit ein.... die sich mit der Aufrechterhaltung professioneller Standards nur schwer verträgt. <«. . .

Wie haßerfüllt die Hilfsmuezzin der deutschen Presse auf die Möglichkeit reagier(t)en, der ehemalige US-Präsident Carter könnte ihnen ihren schönen Krieg in Bosnien kaputtgemacht haben, zeigt diese Karikatur. Sie ist geeignet, die von tiefer Enttäuschung geprägten Einlassungen deutscher Kommentatoren zu illustrieren, die wir in der Rubrik »Herrschaftszeiten« unter der Überschrift »Scheiß Frieden« gesammelt haben (S. 11), und stammt, wie die meisten von ihnen, aus der »Taz« (21 .12.94).

Der 50 Jahrstag der alliierten Luftangriffe auf Dresden (13.-15. Februar) wird zur Ausgestaltung eines Nationalmythos genutzt, mit dem die Deutschen Auschwitz vergessen machen wollen. Gegen dieses Vorhaben und die dazugehörigen offiziellen Feierlichkeiten wollen am Tag zuvor, also am 12. Februar, in der Sachsenmetropole antinationale Gruppen aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik anstänkern. Motto der Gegenaktionen: »Keine Träne für Dresden!«. Geplant ist eine größere Veranstaltung in der TU Dresden, Hüllse-Bau, Helmholtzstr. 10, auf der u.a. auch KONKRET-Autor Jürgen Elsässer referieren wird (s. in diesem Heft seinen Beitrag zum Thema, S. 12ff.). Nähere Einzelheiten können regelmäßig der Tageszeitung »junge Welt« entnommen oder beim »ak kassiber«, c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin, erfragt werden.

23 der 116 Mitglieder der KONKRET-Kommanditgesellschaft (KG) trafen sich am 17. Dezember in Hamburg, um sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Verlags auseinanderzusetzen. Der im Sommer 1993 ausgeschriebenen KG lagen zum 1. März des vergangenen Jahres 141 Zeichnungen mit 280.000 DM vor. Davon wurden real bis zum 30.11.94 176.000 DM eingezahlt. Die geplanten technischen Investitionen und solche in bescheidene Marktarbeit konnten deshalb nicht vorgenommen werden, zumal der für 1994 geplante Verlust der Zeitschrift in Höhe von 80.400 um 59.280 DM überschritten wird. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, eine zweite, bis zum 31.12.95 befristete Ausschreibung für die KG vorzunehmen und weitere Einlegerinnen und Einleger zu werben. Für die technischen Investitionen soll allerdings nach Darlehensgebern gesucht werden, die bereit sind, gegen einen Zins von 5 % p.a. dem

Verlag 60.000 DM zu leihen. Ein genaues Protokoll der Versammlung geht allen Kommanditistinnen und Kommanditisten in den nächsten Tagen zu.

Konkret 02/95, S. 6

an konkret

Auf der ganzen Linie

KONKRET 1/9S: »Herrschaftszeiten«

Traurig, betroffen und bestürzt habe ich die Notiz »Victoria, Victoria« in den »Herrschaftszeiten« der neuen KONKRET gelesen. Nicht so sehr, weil ich für mich rigoros bestreite, mit Krista Sager oder anderen ehemaligen Maoisten »verwandt« zu sein, sondern vor allem, weil das, was dort über die Grünen zu lesen ist, nicht einmal die halbe Wahrheit enthält. In den fünf Spitzenpositionen der Grünen im Parteivorstand, Fraktionsvorstand und Bundestagspräsidium vereinigt sich heute immerhin das Spektrum von KB, KBW, GIM, Revolutionärer Kampf und KPD/AO. Es ist unerträglich, schamlos und erschütternd, wenn KONKRET diesen Erfolg der Vereinigten Linken durch Nichterwähnen von Karin Bauer oder anderer Personen zu schmälern versucht ...

Jürgen Reents

Pressebüro der PDS im Bundestag, Bonn

Macho from the West Country

KONKRET 1/95: »Girl from the East Country<< von Hermann L. Gremliza

Frau Nolte, deren Weltverständnis sicher von bedeutend mehr (relativ *und* absolut) Ostfrauen aller Couleurs und Altersgruppen abgelehnt wird als von Westfrauen, wird von Ihnen gerügt wegen ihrer, Ihren Westansprüchen nicht entsprechenden Bekleidung und Accessoires. So geht man auch im »Spiegel« mit uns Ossi-Frauen um.

Die beiden in der DDR akademisch zu Natur- bzw. Technikwissenschaftlerinnen ausgebildeten CDU-Ministerinnen und eine ungenannte schwangere Ost-Journalistin werden von Ihnen als Beweis dafür vorgeführt, daß in der DDR *Scharen von reaktionären Fischköpfen* deshalb produziert wurden, weil es dort keinen Sozialismus gab, sondern eine Gesellschaftsordnung, in der der Pöbel das Arbeiten verlernte, wie Sie übereinstimmend mit der von Ihnen geschmähten Sozialwissenschaft und offenbar von keiner persönlichen Kenntnis getrübt, feststellen. Im Unterschied zu dem Wessi in der hübschen neuen FS-Serie, der nicht wußte, was ein Dispatcher ist, aber wenigstens zugab, daß er keine Ahnung hat, sind Sie offenbar überzeugt, daß Ossi-Frauen schlecht angezogen und alle Ossi-Arbeiter faul sind. Nur (West)-Deutsche sind arbeitsam, weshalb sie auch in den 40 Jahren so reich geworden sind. (Haben Sie diese Pauschalurteile wirklich nicht schon mal über andere *Rassen* gehört?)

Aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus haben eine (interessanterweise sehr kleine) Minderheit von Männern und noch weniger Frauen die Schlußfolgerung gezogen, sie müßten sich, wie es englisch heißt, *whole hog* anpassen, wenn sie in Wessiland nicht untergehen sondern aufsteigen wollten. Mit bewunderswerter Rapidität haben gerade die unter diese Kategorie fallenden Frauen ihre in der DDR mangels Erwerbstätigenkonkurrenz entwickelte Solidarität gegen den Ellenbogenstandard eingetauscht, der sich rechnet und sich damit in Rekordzeit weitaus besser an das Leben in unser aller Land angepaßt als die »weit klügeren jungen (West-) Frauen«.

Dieser auch von Ihnen entdeckte Umstand wird aber, von Ihnen bisher unentdeckt, komplementiert durch die Existenz der sehr viel zahlreicheren Brüder und vor allem Schwestern aus dem Osten, die eine noch grandiosere Anpassungsleistung erbrachten, ohne sich dem konservativen Denk- und Handlungsmodell anzugleichen. Diese Leute setzen nicht nur sehr bewußt keine Kinder mehr in die Welt, sondern versuchen auch, in diesem System, wie sie es bereits im verflossenen taten, halbwegs integer über die Runden zu kommen, ohne unterzugehen. Unter ihnen gibt es einige, die ernsthaft nachdenken, warum alles so gekommen ist.

Hanna Behrend

Berlin

Steile Karriere

KONKRET 1/95: »Rolle vorwärts« von Otto Köhler

Zitelmännchen Ansgar Graw, der die Konzeption des »Parlament« 45-56 übernahm, ist an der Hamburger Uni kein Unbekannter. Er war Mitglied einer »Gruppe 146«, die versuchte, dort mit neurechter Politik in den Jahren 1988 bis 1990 Fuß zu fassen. Sie nannte sich nach dem Artikel 146 GG und wurde mit Unterstützung der »Jungen Freiheit« unter der

Führung des einschlägig bekannten Neofaschisten Reinhald Oberlercher gegründet. Bei einer Veranstaltung setzte sie Nazischläger als Saalschutz ein, darunter Mitglieder der »Hamburger Liste für Ausländerstopp«, worauf die Unileitung den 146ern ein Veranstaltungsverbot erteilte. Der Hamburger Senat erklärte auf eine kleine Anfrage: »In dieser Gruppe arbeiten Personen mit, die den Rechtsextremisten zugeordnet werden. Darüber hinaus findet eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen als rechtsextremistisch bewerteten Organisationen statt. An der öffentlichen Veranstaltung der Gruppe 146 am 19.1.1990 an der Universität Hamburg nahm eine größere Anzahl von Personen teil, die den Rechtsextremisten zugeordnet werden. An der Demonstration des Bürgerforums für deutsche Einheit am 3.2.1990 in Hamburg waren neben Angehörigen der Gruppe 146 überwiegend Rechtsextremisten, unter ihnen Mitglieder der Republikaner, Nationaldemokraten sowie Skinheads, beteiligt« (Drucksache 13/5466). Außerdem marschierten mit Ansgars Mannen noch Kameraden der DVU, NL und der FAP; das gesamte faschistische Spektrum Hamburgs war damals versammelt.

In nicht einmal fünf Jahren von den grölenden Nazihorden auf der Straße hinauf in die Bundeszentrale für politische Bildung – eine wirklich steile Karriere.

Hochschul-Antifa HH

Hamburg

Ungebrochener Stolz

KONKRET 1/95: »Logik des Konkreten« von Thomas Palzer

Stolz stelle ich fest, daß der Stolz der Linken, von Kunst und Ästhetik nichts zu verstehen, derart ungebrochen ist, daß nun sogar die dünkelhafte Unterscheidung von Kunst und Ästhetik, immerhin eine von Praxis und Theorie, abgeschafft werden kann.

Michael Scharang

Wien

Literaturhinweis

KONKRET 1/95: »Nazismus light« von Helmut Kellershohn und Anton Maegerle

Die Präsentation unseres Artikels zur jüngsten Entwicklung der »Jungen Freiheit« entspricht nicht ganz unseren Vorstellungen: Die Formulierung des Titels »Nazismus light« und die Kennzeichnung der »JF« als »Nazi-Postille« sind nicht mit uns abgesprochen, sondern liegen allein in der Verantwortung der KONKRET-Redaktion. Unsere Einschätzung der »JF« haben wir ausführlich in dem Buch *Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit* (Duisburg: DISS 1994) dargelegt. Außerdem müssen wir fairerweise anmerken, daß sich Freya Klier nachträglich von ihrer Unterschrift unter den »Berliner Appell« distanziert hat.

Helmut Kellershohn

Anton Maegerle, Duisburg

Konkret 02/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Links, wo das Recht ist

Macht und Freiheit, Recht und Sitte,
Klarer Geist und scharfer Hieb
Zügeln dann aus starker Mitte
Jeder Selbstsucht wilden Trieb,
Und es mag am deutschen Wesen
Einmal noch die Welt genesen.

Falsch zitiert« und »viel mißdeutet« nennen die Herausgeber von Büchmanns »Zitatenschatz des deutschen Volkes« das Wort vom deutschen Wesen, an dem die Welt genesen soll. Und recht gelesen stellt Emanuel Geibels Gedicht, ein Jahrzehnt vor Bismarcks Reichsgründung verfaßt, seine Bedingungen nicht zuerst der Welt, sondern den Deutschen. Wenn Deutschland endlich geworden sei, was seinem Dichter des Jahres 1861 so nah schien: frei, gesittet, gezügelt, werde es der Welt nichts als Heil bringen.

Es sollte, wie man weiß, noch ein wenig dauern, bis auch ihre Kritikaster die Deutschen frei, gesittet, gezügelt, kurzum: gründlich zivilisiert nennen durften, und auf dem Weg dahin gab es manche Zwischenfälle zu bewältigen, was andererseits aber einen sogenannten Lernprozeß bescherte, der seine Absolventen in die glückliche Lage versetzte, jedem fremden Stamm zwischen Baltikum und Australien die Leviten der Zivilisation zu lesen. Wer denn sollte besser Bescheid wissen über das Wesen der Demokratie als ein Volk, das zwei Weltkriege hatte führen und verlieren müssen, um sie zu erlernen? Wer eignete sich besser, Völkermord und Vernichtung anzuklagen, als die Söhne und Töchter der Väter und Mütter, die Auschwitz erbaut und betrieben hatten? Wer, wenn nicht sie, sollte beurteilen können, was ein Konzentrationslager ist und was ein Verbrechen gegen die Menschheit?

Wer auch hätte der Welt sagen können, daß die angloamerikanisch-französischen Friedenspläne für Bosnien einen »Diktat-Frieden« (»Frankfurter Rundschau«) bedeuten, wenn nicht die Opfer des angloamerikanisch-französischen »Friedensdiktats« von Versailles; daß die Uno eine Stätte des »Wortgeklingels« (»FAZ«) ist, wenn nicht die Enkel derer, die aus der »Schwatzbude Völkerbund« ausgetreten sind; daß »Bihac Guernica ist« (»Taz«) und also Abdic ein Franco, die Serben Nazis und deutsche Tornados eine edlere Thälmann-Brigade, wenn nicht die Kinder der Erfinder?

Leider hat die Welt Vorbehalte, die es den ums allgemeine Exportwohl besorgten Regierenden des Nachfolgestaates geraten erscheinen lassen, selber das Maul nicht ganz so voll zu nehmen wie, zum Beispiel, der Vorsitzende der Jungen Union. Menschenrechte, erklärt dieser Klaus Escher, seien erstens keine innere Angelegenheit, sie seien zweitens unteilbar, und damit »verträgt sich eine relativierende Landkarte nicht, auf der grauschraffierte Gebiete deutscher Verstrickung, Verbrechen und Schuld eingezeichnet sind. Im Gegenteil: Vergangenheit kann nur zu gesteigerter Verantwortung und Sorge mahnen. Gemeint ist Verantwortung aus vorangegangenem Tun. Sie verpflichtet zum Handeln, wenn in Sarajevo die jüdische Gemeinde auf Schutz von außen hofft.«

Oder wie, anderes Beispiel, der Grüne Dany Cohn-Bendit (und weil, wenn al-les vorüber ist, jemand nach den Gründen fragen könnte, sei es ausführlich genug zitiert):

Ich wünsche mir, daß die Grünen neben ihrer Strategie der Entmilitarisierung auch eine Strategie hin zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln, die neben den zivilen auch militärische Interventionsmöglichkeiten beinhaltet... Müssen die serbischen Raketenstellungen abgeschossen werden, damit die Hilfe nach Bihac kommt? Ja oder nein? Und da bin ich der Meinung: Wenn man Ja zu den amerikanischen Tornados sagt, dann muß man auch Ja zu den deutschen Tornados sagen... Wenn man die militärische Durchsetzung der von der Uno befürworteten Ziele will, wird man um die Frage der deutschen Beteiligung nicht herumkommen. Meine Frage lautet: Wie lange wird es noch dauern, bis man die Bundesrepublik Deutschland als eine normale Republik mit normalen Verpflichtungen akzeptieren wird?

Der zaghafte Einwand seines Parteiführers Fischer, man möge bedenken, »was es heißen würde, wenn deutsche Soldaten in Kampfhandlungen gegen Serben verwickelt würden! Dann hätten wir hier wirklich eine völlig andere Debatte«, fand die Antwort: »Ach Quatsch, das glaub ich nicht.«

Woran Fischer vielleicht hatte erinnern wollen, war die im Ploetz (27. Auflage, 1968!) so genannte »Neuordnung im Balkanraum«, die am 6. April 1941 mit dem deutschen Luftangriff auf Belgrad begann, dem vier Tage später die Ausrufung

des Staates Kroatien und der Beginn der Vernichtung von 600.000 in Kroatien lebenden Serben folgte. Am 8. Juli 1941 proklamierten Deutschland und Italien das Ende des jugoslawischen Staates.

Doch wer sich von solcher Erinnerung Besinnung verspricht, hat die Tendenz der Debatte nicht verstanden. Nicht *obwohl*, sondern *weil* die Deutschen dort gewütet haben, sollen sie es wieder tun, und daß sie 1995 an der gleichen Front stehen müssen wie 1941: auf Seiten der Kroaten und Muslime gegen Serben, Engländer, Franzosen und Russen, spricht nicht gegen ihren zweiten, sondern für ihren ersten Auftritt. In der »Tageszeitung« ist diese Geschichte denn auch schon umgeschrieben:

England und Frankreich, die sich neben Rußland am meisten in den Krieg für Großserbien einmischen,... setzen auf die Serben, weil sie meinen, daß der serbische Sieg Befriedung für die Region bringt, auch wenn sie von der gleichen menschenverachtenden Qualität sein sollte wie nach 1918, als sie der Gründung des terroristischen serbischen Jugo-Staates Pate gestanden hatten. Sie liegen falsch... Den serbischen Frieden nach dem Gusto von London und Paris wird es nicht geben.

Soweit kann amtliche deutsche Politik nicht gehen. Ihre Militärs und Minister wägen ab, zieren sich, gehen diplomatische Umwege wie der Generalinspekteur Naumann, der sich in Brüssel eine »Nato-Anfrage« nach deutschen Bombern organisiert hat. Die Reklame für eine militärisch gestützte deutsche Weltmachtpolitik, die nicht nur weit hinter der Türkei, in Ruanda oder Kambodia, Krieg führen kann, sondern endlich auch wieder in ihrem ureigensten Wirtschafts- und Lebensraum Osteuropa, überlassen die Regierenden der biografischen und historischen Unschuld, den Jungen und den Linken, der machtlosen Opposition und dem humanitären Vorfeld: der Jungen Union und den Achtundsechzigern, den Kloses, den Duves und den Christusdarstellern vom Cap Anamur und der Gesellschaft für dies und jenes bedrohte Volk.

Überlassen sie ihnen getrost, wohl wissend, daß immer, wenn es ernst wurde, deutsche Humanisten die klangvollsten Worte fanden, warum »in dieser Schicksalsstunde für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft und das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit etc.pp.« (SPD, 4. August 1914) Kriegskredite bewilligt oder Tornadoeinsätze gebilligt werden müssen.

Wie leicht kann Kriegsminister Rühe Tschetschenien eine »innerrussische Angelegenheit« nennen, wenn er doch seine »Taz« hat, die mit der Frage: »Wie aber ist das gegenwärtige Bonner Verhalten gegenüber den russischen Attacken auf Grosny zu nennen, wenn nicht Appeasement?« Deutschlands Recht auf Intervention mit einer Parole verteidigen wird, die England und Frankreich die Verantwortung für Hitlers Aufstieg zuschiebt und sie zugleich beschuldigt, die Deutschen, die daraus gelernt haben, daran zu hindern, den Hitlern anderswo rechtzeitig das Handwerk zu legen. Mit Antifaschisten wie diesen im Bunde kann es der deutsche Imperialismus noch wer weiß wie weit bringen.

Konkret 02/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Hurra for fisk!

Auf die Behauptung von Antje Vollmer (vormals KPD), sie und die Ihren hätten die Bundesrepublik »gründlich zivilisiert«, hat ihr ehemaliger Bruder in Mao, der Fischmehlfabrikdirektor in Frühpension J. Schmierer (vormals KBW), noch eins draufgesetzt:

Die Mehrheit (der Deutschen) ist eher links, aber die Linke ist nicht regierungsfähig... Die Linke könnte sich in der Mitte wie ein Fisch im Wasser bewegen, wenn sie zur politischen Abrüstung bereit wäre und begriffe, daß ihre Werte fast schon Gemeingut sind.

Wie sollte der maoistische Revolutionär im Volke schwimmen? Wie das Fettauge auf der Consommé.

Zivilgespräch

Ein Interview mit der abgerüsteten neuen Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Bündnis 90/Grüne):

»Bild«: Frau Vollmer, wie haben Sie sich gefühlt, als sie zum erstenmal eine Bundestagssitzung geleitet haben?

Vollmer: Ich war etwas unsicher, ob ich die Regeln der Geschäftsordnung verinnerlicht habe und ob ich die Namen aller Abgeordneten kenne.

»Bild«: Wie kommen Sie mit den Insignien der Macht klar – Dienstlimousine, Präsidenten-Büro?

Vollmer: Ich habe den Dienstwagen von meiner Vorgängerin Renate Schmidt übernommen, weil man in diesem Amt ohne Auto nicht auskommt. Privat nutze ich Bus und Bahn.

»Bild«: Was wollen Sie als Vizepräsidentin in Bundestagssitzungen anders machen?

Vollmer: Das Parlament muß selbstbewußter werden. Ich werde mir auch das Verhalten auf der Regierungs- und Bundesratsbank genau anschauen. Nach der Geschäftsordnung darf die Regierung keine Zwischenrufe machen. Ich habe Theo Waigel schon einmal freundlich ermahnt.

»Bild«: Hat sich die Einstellung gegenüber den Grünen geändert?

Vollmer: Ja, die anderen Parteien sind uns gegenüber aufgeschlossener – nach dem Motto: So sind sie eben, unsere Grünen. Selbst der Bundeskanzler betrachtet uns mittlerweile mit Milde.

Die linken Werte (Verinnerlichung der Geschäftsordnung, Dienstlimousine, freundliche Ermahnung der Reaktion, Stolz auf Kanzlers Lob) sind Gemeingut.

Eastern Girl

Als Exempel auf die Diskrepanz zwischen Selbstbewußtsein und Bewußtsein, das die Ministerin Claudia Nolte (CDU) auszeichnet (KONKRET 1/95), wird gemeldet, daß der Vater der Familien- und Jugendministerin Inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit war, wozu Frau Nolte der »Bild«-Zeitung gesagt hat, kurz nach der Wende in der DDR habe ihr Vater berichtet, er sei gezwungen worden, mit der Stasi Gespräche zu führen. »Nach meinem Wissen hat er nichts getan, was anderen schaden konnte«, meinte die 28jährige Ministerin. Ihr Vater arbeitete in der DDR als Professor für Agrarwissenschaft an der Universität Rostock. Nolte wandte sich gegen eine Generalamnestie für Stasi-Spitzel. Richtig sei eine »differenzierte Bewertung« der Einzelfälle. Einer ist schon bewertet.

Wende vorwärts 1:

Ein revolutionäres Dokument aus der Hansestadt Rostock:

Endlich ist es soweit! Ab 20. Juni 1994 hat der Verein Wohltat e.V. die Möglichkeit geschaffen, daß Obdachlose für 2,00 Mark pro Tag eine warme Mahlzeit von 11.30 – 13.00 Uhr bekommen.

Kommentar eines Lesers des »Neuen Deutschland«:

Ich stimme den jetzt Herrschenden voll zu, daß die marode DDR es auch 50 Jahre nach dem Krieg noch nicht geschafft hätte, Suppenküchen für Obdachlose einzurichten.

Ob aber der Kommentar nicht doch kapitalistenverachtend gemeint ist?

Wende vorwärts 2:

Kommt der Kommunismus wieder? In Bulgarien hat die ehemalige kommunistische Regierungspartei des Todor Schiwkow, umbenannt in Sozialistische Partei, den antikommunistischen »Bund der demokratischen Kräfte« bei den Wahlen vernichtend geschlagen. In Ungarn regieren, nach ihrem Wahlsieg über das »Demokratische Forum«, die von Gyula Horn geführten ehemaligen Kommunisten. In Polen regiert die ehemalige Jaruszelski-Partei, in Litauen der ehemalige Kommunist Brazauskas, in Georgien der ehemalige Außenminister der UdSSR, Schewardnadse. Nicht anders in Rumänien, Albanien, Serbien. Wo soll das enden?

Rechtsstaat

Die Verfolgung der DDR-Regierungskriminalität komme gut voran, hat der Berliner Generalstaatsanwalt Christoph Schaefgen erklärt. Als nächste seien Egon Krenz und die Politbüro-Mitglieder Erich Mückenberger, Kurt Hager, Harry Tisch, Günter Schabowski, Günther Kleiber und Horst Dohlus dran. General Schaefgen sagte auch, welches Verbrechen er den Angeklagten vorwirft. Wörtlich: »Ihnen wird der Vorwurf der Unterlassung der Humanisierung des Grenzregimes gemacht.«

Scheiß Frieden

Mögen die Bewohner Sarajevos mit Böllerschüssen und Glockenläuten den Waffenstillstand gefeiert haben, den der frühere US-Präsident Jimmy Carter zustandegebracht hat, den Hilfsmuezzin der deutschen Presse hatte »der Erdnußfarmer« ihren schönsten Krieg kaputtgemacht. Und so haben sie in den Tagen vor und nach Weihnachten geplärrt:

Nur scheinbar zeigt die Verhandlungstätigkeit des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter im umkämpften Bosnien Wirkung. (»Taz«)

Jedes noch so windige Abkommen, daß (!) Carter als Erfolg präsentierte, wäre eine Niederlage für all jene, die sich bisher erfolglos bemüht haben. Wäre das die späte Genugtuung für einen, der sich zu Amtszeiten verkannt gefühlt hat? Ist dieser Antrieb so edel, wie der _gute Mensch von Plains vorgibt? (»FAZ«)

Mit seiner Bosnien-Reise hat sich Carter nun allerdings auch als privater Vermittler völlig desavouiert... Doch selbst wenn Carter sich vor Ort nicht derartige Blößen gegeben hätte: anders als bei seinen halboffiziellen Missionen in Nordkorea und Haiti war sein Scheitern in Bosnien vorprogrammiert. (»Taz«)

Jimmy Carter, der selbsternannte Missionar des Friedens... Der gutgläubige Jimmy Carter... Jimmy Carter ging ungewarnt in diese tückische Falle... Er leidet an Selbstüberschätzung, Naivität und Gutgläubigkeit... Dieser höchst ehrsame selbsternannte Friedensengel aus dem fernen Plains... Jimmy Carter droht zum Handlanger des nach seiner Meinung mißverstandenen Serben-Chefs zu werden. (»Welt«)

Waffenstillstand oder nur Peanuts? Der angebliche Erfolg der »privaten Sondierungsmission« Carters löste international Verwirrung aus. (»Taz«)

Was jetzt wieder als bescheidener Erfolg des US-Vermittlers Jimmy Carter verkauft wird, ist nur ein weiterer Schachzug der führenden bosnischen Serben... Carters Mission hat diesem Weg zu einem Diktat-Frieden nur den letzten medienwirksamen Segen gegeben. Was hat der Privatmann schon erreicht? (»Frankfurter Rundschau«)

Sicher, die rund 180.000 Menschen in der Bihac-Tasche brauchen dringend eine Feuerpause. Aber ein Waffenstillstand wird weniger ihnen als dem ehemaligen kommunistischen Manager Abdic und seinen serbischen Verbündeten in Bosnien und Kroatien zugute kommen. (»Taz«)

De l'Allemagne

Das schönste Buch über Deutschland, das ich kenne, ist Walter Abishs *How German Is It?*. Darin wird auf heiter-dezente Weise der Eindruck vermittelt, daß alle Deutschen, ohne jede Ausnahme (selbst die RAF), Nazis sind. Diesen Eindruck habe ich, ehrlich gesagt, auch. Er ist wissenschaftlich nicht zu belegen.

Wissenschaftlich nachzuzeichnen ist die verzweigte Geschichte des Faschismus und Rechtsextremismus in der BRD. Patrick Moreau tut dies in einem kürzlich erschienenen Buch (*Les Héritiers du IIIe Reich.* Ed. du Seuil, Paris 1994, 510 Seiten, 160 Francs) mit lobenswerter Gründlichkeit. Über Organisationsgeschichte und Ideologie (»les idées völkisch«) der Nazis erfährt man viel. Weniger ist davon zu lesen, wie diese Bewegungen und Parteien stets mit der bürgerlichen Mitte

kooperieren, und leider nichts davon, mit welcher Selbstverständlichkeit Nazis und Nazi-Ideen von jeher zum neuen Deutschland dazugehören. Das kann eben doch nur Abish.

Stefan Ripplinger

Deutsche Waffen, deutsches Geld

bringen Frieden in die Welt!

Motto des Parteitags 1996 der Bündnisgrünen (Entwurf)

Konkret 02/95, S. 12

Jürgen Elsässer

Die Dresden-Lügen

Der 50. Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden wird zur Schaffung eines Nationalmythos genutzt, mit dem die Deutschen Auschwitz vergessen machen wollen. Die Rede, die der Bundespräsident am 13. Februar halten wird, könnte sich gleichermaßen auf CDU und SED, auf David Irving und Ulrike Meinhof stützen

Die Mahnung von Ralph Giordano an die Adresse von Roman Herzog, es dürfe am 13. Februar in Dresden»nicht zum Schulterschluß mit den Lügnern von der ›Auschwitzlüge‹« und zur »großen Stunde der professionellen Aufrechner« kommen, ist naiv. Längst ist alles angerichtet: Anläßlich des 50. Jahrestags der Bombardierung werden die Dresdner Musikfestspiele unter dem Titel »Apokalypse« stattfinden. In den Geleitworten des Programmheftes bringt Intendant Michael Hampe den Sinn des Gedenkschmus auf den Punkt: »1995 jährt sich zum fünfzigsten Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Zerstörung Dresdens, jenes apokalyptische Ereignis, das wie kein zweites zum Symbol des Untergangs, des Grauens und des Leidens wurde, das jener Krieg über die Menschheit brachte.«

Was anderes bedeutet das als eine große Stunde der Aufrechner? Was anderes als das Verschweigen von Auschwitz, seine Substitution durch Dresden? Zur musikalischen Untermalung dieses Ziels haben die Veranstalter keinen Aufwand gescheut: In einer aparten Mischung werden neben Arnold Schönbergs »Ein Überlebender aus Warschau« auch Richard Strauss' 1938 in München uraufgeführte Oper »Friedenstag« und Richard Wagners »Lohengrin« präsentiert. Eine szenische Lesung aus den Tagebüchern der Hitler-Verehrerin Cosima Wagner rundet das Ganze ab. Die Deutschen sind ein Kulturvolk, und gäbe es einen schöneren Ort als ihr »Elbflorenz«, um das zu zeigen?

Am 13., 14. und 15. Februar 1945 warfen insgesamt 2.435 britische und amerikanische Flugzeuge 7.070,3 Tonnen Bomben aller Art auf die Stadt. Der Dresden-Mythos rankt sich im wesentlichen um zwei Lügen: Erstens werden das Ausmaß der Zerstörung und die Zahl der Opfer übertrieben, um die Singularität des Ereignisses zu suggerieren. Zweitens wird der Angriff als militärisch sinnlos und deshalb reiner Terror gegen die Zivilbevölkerung dargestellt. Von links wird gelegentlich noch eine dritte Lüge hinzugefügt: Die Zerstörung Dresdens habe im Kalkül der Westalliierten gelegen, die den Vormarsch der Roten Armee hätten behindern und die künftige sowjetische Besatzungszone schwächen wollen.

Lüge 1

Das Privileg, Dresden expressis verbis mit Hiroshima und Nagasaki auf eine Stufe gestellt zu haben, gebührt zwei westlichen Autoren. Axel Rodenberg, dessen Buch *Der Tod von Dresden* aus dem Jahre 1951 in der BRD viele Auflagen erlebte und das Geschichtsbild entscheidend prägte, verbreitete die Opferzahl von 350.000 bis 400.000 Umgekommenen. David Irving geht in *Der Untergang Dresdens* (Erstauflage 1964) von 135.000 Toten aus. In der DDR beschied man sich in der Regel mit 35.000, steigerte sich aber, wenn die Propagandaaufgaben des Kalten Krieges dies notwendig machten. Spitzenleistung war die Rede des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Loch, der im Jahre 1955 die Westalliierten des Mordes an 300.000 Dresdnern anklagte.

Weitgehend unbekannt ist, daß Irving sich in einem Leserbrief an die Londoner »Times« vom 7. Juli 1966 selbst korrigierte. Der Nachrichtenagentur AP war das nur eine kurze Meldung wert, Irvings Buch aber war mittlerweile schon um die halbe Welt gegangen. Die Verbreitung der Selbstkritik Irvings wurde allerdings auch durch ihn selbst erschwert: Im Zuge seiner rechtsradikalen Entwicklung kehrte er in den 80er Jahren wieder zu den höheren Opferzahlen zurück.

Ausgangspunkt für Irvings Selbstkritik aus dem Jahre 1966 war ein neu aufgetauchtes Dokument, das als einziges amtliches Schriftstück der damaligen Zeit exakte Zahlen angibt; alle anderen Primär- oder Sekundärquellen berufen sich auf nicht belegte Augenzeugenberichte oder Vermutungen. In der »Schlußmeldung über die vier Luftangriffe auf den LS-Ort Dresden am 13., 14. und 15. Februar 1945 des Höheren SS- und Polizeiführers Elbe« heißt es unter Punkt E: »Personenschäden. Bis 10.3.1945 festgestellt: 18.375 Gefallene, 2.212 Schwerverwundete, 13.718 Leichtverwundete ... Die Gesamtzahl der Gefallenen einschl. Ausländer wird auf Grund der bisherigen Erfahrungen und Feststellungen bei der Bergung nunmehr auf etwa 25.000 geschätzt.«

Im Dezember 1993 wurden seitens des Stadtarchivs Dresden bisher unerschlossene Akten aufgefunden, die diese Angaben bestätigen. Es handelt sich hierbei um die Bestattungslisten der städtischen Friedhöfe, die – deutsche Gründlichkeit – auch nach dem Chaos der Februartage penibel geführt wurden. Demnach wurden auf den beiden Hauptfriedhöfen bis zum 12. Juli 1945 insgesamt 21.271 Leichen registriert. Der Dresdner Stadtarchivar Friedrich Reichert schreibt: »Für die Zahl der Bestattungen auf anderen Friedhöfen liegen lückenhafte Belege vor. Die Zahl dürfte kaum 2.000 überschritten haben ... Behauptungen, daß unter den Trümmern noch Zehntausende Tote lägen, erwiesen sich als nicht richtig ... Es ergibt sich somit die Gesamtzahl von rund 25.000 Opfern der Luftangriffe auf Dresden zwischen dem 13. Februar und dem 17. April.«

Die Dresdner Stadtverwaltung hat im Dezember 1994 dem Autor gegenüber erklärt, sie werde diese Zahlen nicht in der Öffentlichkeitsarbeit verwenden. Das ist verständlich: Zu kraß wird die Geschichtslüge vom einzigartigen Schicksal Dresdens dementiert, die die Basis für die gesamten Staatsfeierlichkeiten ist. Mit der ermittelten Opferzahl liegt Dresden gleichauf mit Hamburg. Nimmt man andere Parameter als Grundlage, fällt Dresden sogar noch weiter ab: In einer Aufstellung des Anteils der durch Bomben zerstörten Wohnungen nimmt Dresden mit 60 Prozent lediglich den 22. Platz ein (davor liegen z.B. Düren mit 99,2, Bocholt mit 89 und Köln mit 70 Prozent). Addiert man die Gesamttonnage der während des 2. Weltkriegs abgeworfenen Bombenlast, liegt Dresden (7.000 t) weit hinter Köln (44.700 t), Essen (37.900 t), München (27.000 t) und Leipzig (11.600 t).

All dies sind immanente Widersprüche der deutschen Aufrechnungslogik; verläßt man diesen Bezugsrahmen, wird die Ungeheuerlichkeit des Dresden-Mythos erst richtig klar: In Dresden kamen 25.000 Tote auf 630.000 Einwohner, in Leningrad 700.000 auf 2 Millionen.

Keinen Eingang in die Bilanz der Geschichtsfälscher findet auch das Schicksal der Dresdner Juden: Am Morgen des 13. Februar kam der Befehl, die letzten 70 von ihnen zu deportieren. Wer von ihnen die Nacht überlebte, konnte im allgemeinen Chaos der Gestapo entkommen. Anders gesagt: Was den Deutschen als »Apokalypse« erscheint, rettete einigen ihrer Opfer das Leben.

Lüge 2

Die Bombardierung war militärisch nicht sinnlos. Die Einzigartigkeit Dresdens besteht lediglich darin, daß die Stadt erst in den letzten Kriegsmonaten zum Ziel der alliierten Angriffe geworden ist und von der Bevölkerung deswegen bereits schmunzelnd als »Luftschutzkeller des Reiches« bezeichnet worden war. Die Zerstörung dieser Illusion innerhalb von 48 Stunden mußte natürlich als Schock wirken – als heilsamer Schock. Götz Bergander bilanziert im quellenreichsten bürgerlichen Standardwerk *Dresden im Luftkrieg* (Erstauflage 1977), »daß die von Dresden ausgelöste Schockwelle den noch vorhandenen Widerstandswillen fortschwemmte, weil jetzt befürchtet wurde, eine solche Katastrophe könne sich täglich wiederholen ... Zwar glaubten die meisten Deutschen nicht mehr an den Sieg, aber sie konnten sich trotzdem die bedingungslose Kapitulation nicht vorstellen. Der Schock von Dresden trug wesentlich zu einer Sinneswandlung bei. Sie äußerte sich damals in den Worten: Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Der Schrecken ohne Ende – das war für die meisten Deutschen der Bombenkrieg.«

Dies illustriert einen der Haupterfolge des englischen Bomberkommandeurs Sir Arthur T. Harris. Harris vertrat offensiv die Bedeutung der Bombardements für die Demoralisierung der Bevölkerung. Seine Haltung reflektiert die Erkenntnis, daß es in Nazi-Deutschland keine nennenswerten Widersprüche zwischen Führern und Geführten gab – von individuellen Ausnahmen abgesehen. »Der widerwillig loyale Deutsche des Kriegsbeginns ... wurde zum befehlsgemäß loyalen Exekutor des NS-Rasse- und Vernichtungskrieges«, heißt es in einem Aufsatz des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg. Für Dresden, das den reichsweit höchsten Anteil von NSDAP-Mitgliedern an der Bevölkerung hatte, galt dies um so mehr. Zudem konnte sich Harris auf ein naheliegendes Beispiel berufen: In Italien hatte das *moral bombing* nachweisbar dazu beigetragen, »daß große Gruppen der italienischen Arbeiterschaft im März 1943 offen gegen das faschistische Regime auftraten«, weil dieses »im Hagel der Bomben nicht nur als korrupt, sondern auch als machtlos und unfähig« dastand (so das Standardwerk *Bombenkrieg gegen Deutschland* des DDR-Historikers Olaf Groehler). Man kann Harris nicht zum Vorwurf machen, daß die Deutschen sich nicht einmal im Bombenhagel von ihrem Führer trennen wollten.

Obwohl auch die Demoralisierung der Heimatfront für sich genommen ein Faktor der Kriegführung ist, soll die Bedeutung der Städtebombardierung auch im engeren militärischen Sinn geklärt werden. Zunächst ein Überblick: Als Harris 1942 das Kommando über die britischen Bomberverbände übernahm, sah er sich mit einer dramatischen Lage konfrontiert. Nach der Wannseekonferenz im Januar 1942 trat die Judenvernichtung in ihr industrielles Stadium. An der deutsch-sowjetischen Front stießen die Heeresgruppen A und B scheinbar unaufhaltsam Richtung Wolga und Kaukasus vor. In Nordafrika rüsteten sich Rommels Verbände zum Durchbruch ins Nildelta. Harris faßte in einer Denkschrift die Konsequenzen aus dieser Situation zusammen: »Das Bomber Command führt die einzigen offensiven Kampfhandlungen durch, die gegen Deutschland unternommen werden. Alle anderen Kriegsanstrengungen sind defensiver Natur und können niemals mehr erreichen, als unsere Existenz im Angesicht des Gegners zu erhalten. Das Bomber Command gibt uns die Möglichkeit, Rußland rechtzeitig zu unterstützen.« Es sei »die einzige Möglichkeit, Deutschland so weit physisch zu schwächen und nervlich zu erschöpfen, daß eine Invasion aussichtsreich erscheinen könnte«.

Die deutsche Kriegswirtschaft erlitt gravierende Schäden: 1943 wird die V2-Produktion durch Angriffe auf Peenemünde erheblich verzögert, 1944 die deutsche Benzin- und Flugbenzinproduktion so schwer geschädigt, daß Militäroperationen erheblich behindert sind, im gleichen Jahr tritt durch die schweren Zerstörungen am Verkehrsnetz eine transportbedingte Kohleknappheit ein, 1945 wird der Schienenverkehr durch die Bombardierung von Rangierbahnhöfen teilweise lahmgelegt.

»Dresden ging in Schutt und Asche, zwei Jahre nachdem der Ausgang des Zweiten Weltkrieges in Stalingrad entschieden worden war«, polemisierte Ulrike Meinhof. Sie vergaß, daß die mörderischen Angriffe der V-Waffen auf London bis März 1945 weitergingen, daß die Nazis die Entwicklung einer Atombombe bis in die letzten Kriegstage vorantrieben und daß Dresden von erheblicher militärischer Bedeutung war. So wird die Stadt im Operationsbericht des Informationsbüros der UdSSR als »wichtiger Stützpunkt faschistischer Verteidigung in Sachsen«, vom Sowjetischen Oberkommando als »mächtiger Verteidigungsknoten der Faschisten in Sachsen« bezeichnet. Der britische Militärhistoriker Joseph W. Angell geht davon aus, daß der Bombenangriff auf Dresden als direkte Unterstützung für die heranrückende Rote Armee gedacht war. Zur gleichen Zeit, schreibt er, habe Marschall Konjew mit seinen Armeen ungefähr 110 Kilometer ostwärts der Stadt gestanden, in einer durch deutsche Gegenangriffe höchst verwundbaren vorgeschobenen Position – vorausgesetzt, die Deutschen könnten Verstärkung durch Dresden bringen; dies sollten die Bombardements verhindern.

Ob dieses Ziel vorrangig angestrebt wurde, ist unter Fachhistorikern umstritten – dagegen spricht, daß der Rangierbahnhof nicht dauerhaft zerstört worden ist. Andererseits wurden »enorme Auswirkungen auf die Rüstungsproduktion« (Stadtarchivar Friedrich Reichert) erzielt. Im größten Rüstungsbetrieb, der Firma Zeiß Ikon, waren vor dem Angriff 10.837 Arbeiter tätig, danach nur noch etwa ein Fünftel (2.508).

Lüge 3

Zum 10. Jahrestag erklärte der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl die Bombardierung Dresdens wie folgt: »Dieses unsinnige Verbrechen diente ebenso wie die Zerstörung von Brücken, Talsperren und anderen lebenswichtigen Einrichtungen durch die SS dem Zweck, eine Trümmerzone zu schaffen, die den siegreichen Sowjetarmeen das weitere Vordringen unmöglich machen sollte.« 1969 hieß es am 13. Februar im »Neuen Deutschland«: »An diesem Tag gedenken die Dresdner der vielen unschuldigen Opfer, die sterben mußten, weil einige Politiker und Generale die untaugliche Idee hatten, den Vormarsch des Sozialismus mit Bomben und Tränen aufzuhalten.«

Wenn hinter den Bombenangriffen auf Dresden antisowjetische Motive gesteckt haben, was mag dann den Attacken gegen Hamburg, Essen und Köln zugrunde gelegen haben? Fakt ist: Der Westen Deutschlands, der von den Westalliierten besetzt werden sollte, ist insgesamt weitaus länger angegriffen und schwerer getroffen worden als Ostdeutschland.

Ähnlich demagogisch ist eine 1969 vom »Neuen Deutschland« zitierte Äußerung Marschall Shukows zu Dresden: »Eine solche Barbarei hätte die sowjetische Armee nie zustande gebracht.« Dieser Vorwurf folgt dem Propagandainteresse der Sowjetunion nach 1945; zuvor hatte es anders ausgesehen. Überliefert ist ein reger Briefwechsel zwischen Winston Churchill und Josef Stalin; Churchill erstattete detailliert Bericht über die Erfolge der Städtebombardements, legte oft sogar Luftaufnahmen und Dias bei. So erhielt Stalin am 12. Januar 1944 von Churchill eine Geheimbotschaft mit dem launigen Text: »Teilen Sie mir bitte rechtzeitig mit, wann wir aufhören sollen, Berlin zu zerstören, damit genügend Unterkünfte für die Sowjetarmee stehen bleiben.« Stalin antwortete todernst: »Unsere Armeen haben in der letzten Zeit wirklich Erfolge erzielt, aber bis nach Berlin ist es für uns noch sehr weit ... Folglich brauchen Sie die Bombardierung Berlins nicht abzuschwächen, sondern sollten Sie möglichst mit allen Mitteln verstärken.«

Der Angriff auf Dresden wurde den Sowjets durch die US-Militärmission in Moskau vorab mitgeteilt; sie erhoben keine Einwände. Der in Moskau lebende KPD-Führungskader Anton Ackermann äußerte sich im Februar 1945, in Kenntnis der schweren Luftangriffe, anerkennend darüber, wie »die amerikanischen und englischen Luftflotten täglich stärker auf das rückwärtige Gebiet jener deutschen Armeen wirken, die der Roten Armee gegenüberstehen, und dieser somit vom Westen her helfen«.

Diese Haltung wurde nach dem Krieg zunächst bewahrt. So fanden am 13. Februar 1946 über 20 Gedenkveranstaltungen statt, für die zwischen Stadtadministration und Sowjets die folgende Linie abgestimmt wurde: »Es soll alles vermieden werden, was den 13. Februar als Trauertag erscheinen läßt. Die Meinung des (sowjetischen) Majors geht dahin, daß, wenn der 13. Februar eine falsche Note bekommt, sich sehr leicht Tendenzen gegen die Alliierten äußern könnten; das müßte unter allen Umständen vermieden werden.« Auf den Veranstaltungen wurden Resolutionen verfaßt, in denen die Zerstörung der Stadt als »die traurige Bilanz des hitleristischen Raubkrieges« bezeichnet wurde. Kritik an Großbritannien und den USA gab es nicht. Der kommissarische Bürgermeister Weidauer gab in seiner Rede die Zahl der Opfer des Angriffes korrekt mit 25.000 an.

1947 und 1948 fanden keine Gedenkveranstaltungen statt. Im Laufe des Jahres 1948 vertiefte sich die Spaltung der früheren Alliierten (Berlin-Blockade), was zu einer radikalen Änderung der Propagandalinie führte. So fand die »Sächsische Zeitung« am 12. Februar 1949 in der Zerstörung Dresdens »zugleich eine Anklage gegen die anglo-amerikanische Kriegführung ... Die grauenhafte Vernichtung Dresdens war durch keinerlei strategische Überlegungen zu rechtfertigen.«

1950, kurz nach Gründung der Nato, gab es in der ganzen DDR Dresden-Gedächtniskundgebungen. Das Dresdner Vorbereitungskomitee schrieb: »Die Nationale Front des demokratischen Deutschland kämpft gegen die Zerstörer

Dresdens, die Kriegstreiber von heute.« Der sächsische Ministerpräsident Seydewitz rief aus, »daß dieselben Kräfte, die damals Dresden sinnlos zerstörten, heute schon wieder von neuem zum Völkermord aufrufen.«

1951, der Korea-Krieg war ausgebrochen, schrieb die »Tägliche Rundschau«: »Der Feuerschein der blutigen Stadt Dresden, der am Ende des Zweiten Weltkrieges den Himmel weithin sichtbar rötete, ließ die räuberische Fratze des amerikanischen Imperialismus, des ärgsten Feindes der Menschheit, heraufleuchten.« Ein Jahr später verhalf DDR-Volkskammerpräsident Dieckmann gar der Goebbelschen Wortschöpfung von den »anglo-amerikanischen Luftgangstern« zu neuer Reputation.

Damit hatte die SED den Gipfel der Demagogie erreicht. In der Folge klang die anti-amerikanische und anti-englische Hetze ab. Sie wurde ersetzt durch die Kritik an den »Bonner Ultras« (60er Jahre) oder durch allgemeinplätzlerische Friedensappelle (80er Jahre). Es blieb der westdeutschen Linken vorbehalten, die Geschmacklosigkeiten der frühen DDR-Propaganda fortzuführen und mit westlichem Geschichtsrevisionismus zu verbinden. Ulrike Meinhof bezog sich 1965 in KONKRET positiv auf David Irving, schlug auf dessen gefälschte Opferzahlen lässig noch einmal die Hälfte drauf (über 200.000) und kam dann zu folgendem Schluß: »Als die deutsche Bevölkerung die Wahrheit über Auschwitz erfuhr, erfuhr die englische Öffentlichkeit die Wahrheit über Dresden ... In Dresden ist der Anti-Hitler-Krieg zu dem entartet, was man zu bekämpfen vorgab und wohl auch bekämpft hatte: zu Barbarei und Unmenschlichkeit, für die es keine Rechtfertigung gibt. Wenn es eines Beweises bedürfte, daß es den gerechten Krieg nicht gibt – Dresden wäre der Beweis.«

Diese Äußerung, der entstehenden Neuen Linken in die Wiege gelegt, konzentriert alle Geburtsfehler dieser Linken: die nivellierende Einreihung von Auschwitz in die Schrecken des Krieges; die fehlende Unterscheidung von Nationalsozialismus und gewöhnlichem Faschismus; die Gleichsetzung von Nazi-Deutschland mit den Feindstaaten; die Verwechslung von Antifaschismus mit Pazifismus, von Pazifismus mit Appeasement. Wem zum 13. Februar und zum 8. Mai statt des naheliegenden »Nie wieder Deutschland« nur ein »Nie wieder Krieg« einfällt, in dem sich auch der Haß auf die Armeen der Anti-Hitler-Koalition gut aufgehoben sieht, stand 1965 rechts von Konrad Adenauer und steht 1995 nicht links von Roman Herzog. Eine neue Linke kann sich nur im Bruch mit diesen Traditionen konstituieren.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 1/95 über Afghanistan fünf Jahre nach der »Befreiung«

Konkret 02/95, S. 15

Erwin Riess

Republik der Opfer

Österreich bereitet sich auf den 50. Jahrestag der »Befreiung« vom Nationalsozialismus vor. Längst kennt die Zweite Republik keine Sieger mehr, sondern nur noch »wahre Österreicher«

»Als neues EU-Mitglied soll Österreich einmal zuhören und sich mit eigenen Initiativen zurückhalten.«
Jacques Delors

Als Hitler am 12. März 1938 auf dem Weg nach Linz war, dachte er noch nicht an die vollständige Annexion Österreichs. Nur ein knappes Viertel der Bevölkerung befürworte den »Anschluß«, warnte die Gestapo, Widerstand von Nazigegnern sei nicht auszuschließen. Der Jubel an den Straßen zerstreute aber Hitlers Befürchtungen, und als er in Linz einzog, war er sich seiner Sache schon so sicher, daß er der schlecht vorbereiteten Wehrmacht befahl, auf dem schnellsten Weg nach Wien vorzustoßen. Zwar kamen fünfundzwanzig deutsche Soldaten bei Verkehrsunfällen ums Leben, auch blieb ein Großteil der motorisierten Truppen sechzig Kilometer vor Wien aus Mangel an Treibstoff liegen; da aber keinerlei Feindberührung zu verzeichnen war, marschierte die angeschlagene Wehrmacht dennoch in der Hauptstadt ein. Der »Blumenkrieg« war gewonnen, die »Ostmark« erobert.

»Austria will sooner or later go Nazi«, hatte ein englischer Diplomat bereits im Sommer 1934 nach London gekabelt. 1936 wurden in Wien Nationalsozialisten in die Regierung aufgenommen, und am Abend vor dem Einmarsch ernannte der österreichische Bundespräsident Miklas den NSDAP-Innenminister Seyss-Inquart zum Bundeskanzler. Stunden zuvor hatten die österreichischen Nazis schon die Macht in den Landeshauptstädten übernommen. Hitler marschierte also in ein bereits »befreites« Land ein. »Dieses Volk von Dienstboten hat nur das bekommen, was es verdient«, notierte der französische Militärattaché.

Am 13. März 1938 beschloß der österreichische Ministerrat das Verfassungsgesetz über die Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Das Protokoll endet mit den Worten: »Die Mitglieder der Bundesregierung erheben sich zur Feier der Stundevon den Sitzen und leisten den deutschen Gruß.«

1938 befanden sich laut Ernst Hanisch – Autor einer vor kurzem erschienenen Studie über Österreich im 20. Jahrhundert – ein Viertel der Wiener Betriebe im Eigentum jüdischer Besitzer, die »Arisierung« hatte also eine nicht zu unterschätzende materielle Dimension, allein in Wien wurden 70.000 Wohnungen geraubt. Die Aussicht auf Beute führte zu einem Sturm auf die Parteilokale, und im Nu waren 700.000 NSDAP-Mitglieder registriert. Zur gleichen Zeit wurden ungefähr 100.000 politische Gefangene gemacht. Die jüdische Bevölkerung – annähernd 200.000 Menschen – wurde vertrieben oder in Vernichtungslager deportiert. Ein Drittel der österreichischen Juden und die Hälfte der Roma und Sinti sind ermordet worden.

Widerstand kam hauptsächlich von Kommunisten, allein zwischen 1938 und 1943 wurden in Wien und Niederösterreich 6.000 von ihnen verhaftet, ein großer Teil wurde hingerichtet. Den sozialistischen Widerstand ordnete die Gestapo als »Stammtischaktivität« ein, und der konservative Widerstand überschritt kaum die Schwelle eines geflüsterten »Grüß Gott!«.

1,2 Millionen Österreicher wurden zur Wehrmacht eingezogen. 240 von ihnen erreichten den Generalsrang. Der Anteil von Österreichern im Sicherheitsdienst war überproportional hoch. In der Wiener Gauleitung war nur eine von achtzehn Positionen mit einem Deutschen besetzt, in der Wiener Gestapo stellten Österreicher achtzig Prozent des Apparats. Die NS-Herrschaft war also auch eine Herrschaft von Österreichern über Österreicher.

Der Krieg hinterließ 247.000 tote oder vermißte österreichische Soldaten, Zehntausende tote Zivilisten, 100.000 Invaliden, 500.000 Kriegsgefangene und einen Schwerindustriekomplex, der rasch verstaatlicht wurde, um den Zugriff der Sowjetunion auf das ehemalige deutsche Eigentum zu vereiteln. Die Betriebe wurden von den schätzungsweise 200.000 Gefangenen der ostmärkischen Konzentrationslager – allein das KZ Mauthausen unterhielt 49 Nebenlager – errichtet. Die Zweite Republik hat ihre ökonomischen Ursprünge also im KZ-Wirtschaftskonzern, ihre Säulen sind Sklavenarbeit und Mord.

Erlebten die einen das Ende der NS-Herrschaft als die ersehnte Befreiung, war es für die Parteigenossen die Stunde Null, die große Niederlage, der Zusammenbruch. Für die Mehrheit der Österreicher war das Kriegsende der »Umbruch«. Den Alliierten gegenüber vefolgte man die Taktik des Hofrates Pechacek aus dem Kabarett »Wiener Werkel«: »Nur net nervös sein. Mir wern’s schon demoralisieren.«

In der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April heißt es: »Angesichts der Tatsache, daß die Reichsregierung Adolf Hitlers kraft der Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur

Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat ...«

Wer »macht- und willenlos« einen Großteil der KZ-Mörder stellt, wer einen Eroberungskrieg nur deswegen ablehnt, weil er »aussichtslos« ist, wer niemals die »Bekriegung von Völkern gewollt«, wer also nichts Böses »gutzuheißen instand gesetzt war«, der ist nicht nur ein bedauernswertes Opfer der Sprache, sondern auch der Geschichte, mit einem Wort, ein wahrer Österreicher. Die Vorsitzenden der konservativen, der sozialistischen und der kommunistischen Partei unterzeichneten die Erklärung, stellten sich also in den Dienst des wahren Österreichers. Und der katholische Publizist Friedrich Heer verkündete dessen Mission: »Aufgabe jedes wahren Österreichers war es nun, sich zu gürten zur Wanderschaft und Tag und Nacht mit brennender Fackel durch die Welt zu laufen, um das neue Europa zu suchen, den Ruf unter die Völker werfend: das alte Europa ist tot – auf, schaffet das neue.« Diese gemeingefährliche Drohung blieb aber nur Vorsatz, dem zerbombten Land fehlten die Mittel, das grausame Vorhaben in die Tat zu setzen. Erst Jahrzehnte später sollte der wahre Österreicher Alois Mock, Heers Wort eingedenk, als Außenminister mit brennender Fackel durch Jugoslawien laufen, den Ruf unter die südslawischen Völker werfend: Das alte Reich ist tot – schaffen wir das neue, das Beinhaus.

Österreich, das sich mit Aplomb in die Staatenwelt zurückgemeldet hatte, durchforstete seine Geschichte nach Spuren des wahren Österreichers. Das konservative Lager pries die josephinische Aufklärung, denn deren Spuren waren schon zwei Jahre nach Josephs Tod getilgt. Man beschwor das Biedermeier und die Alpen, das förderte den Fremdenverkehr und die Weinwirtschaft. Nicht die Denkmäler, sondern die Idee des Denkmalschutzes wurde zur Apotheose erhoben. Treppenlifte für Behinderte wurden unter die Moderne eingereiht, und die war verpönt, denn sie produzierte keine Staatsdenkmäler des wahren Österreichers. In sentimentalen Stunden gestanden selbst ultramontane Katholiken ihre heimliche Liebe zum barocken Sinnenrausch.

Die Linke pries die josephinische Aufklärung, denn sie war, anders als die französische und englische, ohne Literatur ausgekommen. Und sie beschwor den Österreichmythos, denn er stieß »in der Welt draußen« auf amüsiertes Kopfnicken. Die Pflege des Kulturerbes äußerte sich bei der Linken in verbissener Kunstfeindlichkeit – bis tief in die Zweite Republik war im kommunalen Wohnungsbau die Errichtung von »jüdischen Flachdächern« verpönt, und ehemalige Nazi-Dichter wurden mit Staatspreisen bedacht. In sentimentalen Stunden gestanden auch die Revolutionäre und Sozialreformer ihre heimliche Liebe zum sinnenfrohen Barock.

Österreich als Hitlers erstes Opfer: Diese historische Figur beruft sich auf die Moskauer Deklaration der Alliierten Außenminister des Jahres 1943. Verdrängt wurde jedoch der folgende Passus: »Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Kriege ... eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und daß, anläßlich der endgültigen Abrechnung, Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.«

Der wahre Österreicher liest nicht gern, er schätzt einfache Botschaften und liebt seine Schriftsteller, sofern sie ihn nicht überfordern. Alexander Lernet-Holenia, Autor des inoffiziellen Regierungsprogramms der Zweiten Republik – »Die Österreicher brauchen nur dort fortzusetzen, wo sie durch Träume eines Irren unterbrochen worden sind« – , erfreute sich hoher Wertschätzung.

Die Zweite Republik kannte keine Sieger, sie kannte nur Opfer: die katholischen Legitimisten, weil Otto Habsburg die Einreise nach Österreich verwehrt blieb; die Sozialisten, weil der Traum vom Anschluß an Deutschland in weite Ferne gerückt war; und die betrogenen Glücksritter von der NSDAP, weil sie ihre Beute nicht länger genießen konnten. Die Kommunisten fühlten sich als Opfer, weil sie sich von der Bevölkerung um das Honorar für den Widerstand betrogen glaubten. Die Widerstandskämpfer waren aber im Kampf gegen die Nazi-Herrschaft und nicht im schwärmerischen Streben nach einem wahren Österreichertum gefallen. Ernst Fischers und Louise Eislers Briefroman über Prinz Eugen, Eva Priesters *Geschichte Österreichs* und Albert Fuchs' *Geistige Strömungen in Österreich* beschworen den Österreichmythos, der ohne das Opfertheorem aber nicht zu haben ist, was zur Folge hatte, daß diejenigen, die besonders unter den Nazis gelitten hatten, die Augen vor dem österreichischen Anteil an der NS-Herrschaft niederschlugen.

Die Kommunisten fühlten sich aber auch als Opfer der sowjetischen Befreier, die ein naheliegendes Ziel verfolgten: den Transfer der Maschinenstraßen in die zerstörte Sowjetunion. Stalin mag sich häufig geirrt haben; daß er einen österreichischen Sozialismus errichten wollte, kann man ihm aber nicht vorwerfen. Er kannte die österreichische Geschichte – 1913 hatte er im Auftrag Lenins in Wien die Nationalitätenpolitik der Habsburger studiert und dabei auch Karl Renner kennengelernt. Dieser wahre Österreicher, der für den Fortbestand der Monarchie eingetreten war und den Einmarsch der Deutschen bejubelt hatte, diente sich den Sowjets als Bundeskanzler an, und Stalin ging auf das Angebot ein. »Daß die Zukunft des Landes dem Sozialismus gehört, ist unfraglich und bedarf keiner Betonung«, schrieb Renner an Stalin, und der nahm Renner beim gelogenen Wort. Endlich spielte Österreich eine nützliche Rolle: als sowjetisches Faustpfand im Kalten Krieg.

Das Opfertheorem und der Österreichmythos sind auch in der Kabale um Alfred Hrdlicka präsent. Broders Forderung, dessen »Mahnmal gegen Krieg und Faschismus« müsse geschleift werden, zeugt davon, daß es noch Anwärter auf das wahre Österreichertum gibt. Weil man die wirklichen Nazis jahrzehntelang ungeschoren ließ, erfindet man einen »linken Nazi«, der dafür büßen soll. Natürlich ist Hrdlicka kein Nazi, er ist auch kein Antisemit, er ist ein barocker Künstler, und im Barock ist Theatralik von Inszenierung, Ornament von Funktion nicht zu unterscheiden. Das hysterische Geheul übertönt die Fragen nach der ästhetischen und politischen Dimension einer Skulpturengruppe, unter der Hunderte von Bombenopfern liegen. Hinter der Oper und neben dem Hotel Sacher wird aller gedacht, der Bombenopfer und der gemordeten Juden, der Nazis und Kommunisten, der Mitläufer und Skrupulösen – der Betrachter kann sich aus dem Supermarkt der österreichischen Geschichte nehmen, was ihm gefällt. Auf dem »Stein der Republik«, dem Schlußstein des Mahnmals, prangt ein Auszug aus der verlogenen Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1945. Der Text ist aber nicht als ein ironischer Kommentar, sondern als ein pathetisches Dokument gestaltet. Insofern lügt auch das Mahnmal, und die Exaltation, mit der es von jenen Linken, die sich jetzt von Hrdlicka lossagen, verteidigt worden ist, zeugt nur von der inneren Übereinstimmung mit den konservativen Denkmalgegnern, wahre Österreicher die einen wie die anderen.

Simon Wiesenthals Plan, das Mahnmal zum fünfzigsten Jahrestag der Befreiung mit einem Stein zu ergänzen, der die Namen aller 65.459 ermordeten Juden enthalten soll, ist ein Versuch, den Opfermythos, der vom Mahnmal transportiert wird, zu korrigieren, doch der Versuch scheitert daran, daß die Namen der ermordeten Juden nicht bekannt sind. »50 Jahre nach der Befreiung wissen wir, an welchen Krankheiten die österreichischen Kriegsgefangenen gestorben sind, aber weder wissen wir die Namen der ermordeten Juden, noch wissen wir, wie hoch das den Juden geraubte Vermögen ist«, klagt der Historiker Robert Streibel, der seit Jahren versucht, in Arisierungsakten Einsicht zu nehmen. Zuerst wurde ihm beschieden, es gebe keine Aufzeichnungen dieser Art. Der Historiker fand aber heraus, daß die Faszikel in der Abteilung für Naturkatastrophen gelagert werden. Der Leiter dieser Abteilung erklärte dem Forscher, im Frühjahr würden Hochwasserschäden auftreten, im Sommer verzeichne man Dürreperioden und Hagelschläge, im Herbst sei man wieder mit Hochwasserschäden konfrontiert, und im Winter arbeite man den Überhang an Akten ab. Wie solle man da Zeit finden, sichmit den Arisierungsakten zu beschäftigen. Bei Hochwasser müssen die Juden eben warten.

Im Frühjahr 94 beschied Vizekanzler und Wissenschaftsminister Busek einen Filmemacher, der um Förderung für einen Dokumentarfilm über den Todesmarsch ungarischer Juden (1944/45) nachgesucht hatte, daß »in Wirtshäusern Arbeiten dieser Art keine wie immer geartete Akzeptanz finden«, die Verbrechen seien »in der Bewußtseinslage der Bevölkerung« ähnlich entlegen wie die Schlacht bei Königgrätz 1866. Einen Historiker, der um Unterstützung eines Projekts über das KZ Mauthausen gebeten hatte, beschied er: »Ich sehe die Rolle des Wissenschaftsministeriums nicht in der Notwendigkeit der Pflege von ›Schrebergärten‹« (aus einem Brief an Walter Manoschek vom 25.3.1994).

So hartnäckig der Opfermythos in Österreich auch beschworen wird, international ist er längst durchschaut. Kurz vor Weihnachten wurde die Unesco-Liste des »Welterbes« auf 440 Stätten ergänzt. In der Liste finden sich jetzt auch die Klöster an den Hängen des Popocatepetl und der Potala-Palast in Lhasa. Österreich ist in der Liste weiterhin nicht vertreten.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 4/94 über den Beitritt Österreichs zur EU

Konkret 02/95, S. 18

Eike Geisel

Die neuen »Opfer der Opfer«

Pünktlich zum Gedenkjahr 1995 machen sich die Deutschen daran, eine Frage zu beantworten, die die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vor zehn Jahren gestellt hat: »Wann verlieren die Opfer ihre moralische Unschuld?«

Dort, wo der Feind gesessen hatte, war plötzlich eine Leerstelle. Mit der bedingungslosen Kapitulation des sozialistischen Systems sind dessen Gegnern nämlich auch die Bösewichte abhanden gekommen. So sehr sich die Gauck-Behörde auch müht, kein Ersatz weit und breit. Dramaturgen von Zeitstücken verzweifeln: Egon Krenz, vom Gebiß bis zur Gesinnung ein Edeka-Filialleiter, aber doch kein Fiesling; Gregor Gysi, der ideale Schwiegersohn, aber doch kein Schurke.

Not macht erfinderisch. Neue Feinde braucht das Land. Und wahlweise versuchte man es mit Kinderschändern, Drogenhändlern, der Mafia oder der »penetranten Meinungsführerschaft des Achtundsechzigertums« (Leggewie). Aber nur die Asylbewerber schafften es bislang, die frei gewordene Stelle dauerhaft zu besetzen. Denn wo zusammenwächst, was zusammgehört, da muß zusammengeschlagen werden, was nicht dazugehört.

Doch der Mensch lebt nicht von der Faust allein, er braucht auch eine Seele. Der Deutsche braucht eine Identität. Nach der physischen Zusammenführung verlangt es ihn deshalb nach einer spirituellen Wiedervereinigung. Auch geschichtlich soll endlich zusammenkommen, was durch jene zwölf Jahre künstlich getrennt worden war. Nur wie? Und woher bloß ein Feindbild nehmen? Stand man sich da nicht irgendwie selbst im Wege?

Die Lösung des Dilemmas kam ganz unerwartet und gleich im Doppelpack aus den Vereinigten Staaten. Sozusagen als Wiedergutmachung für die Invasion der Alliierten befreiten die einstigen Befreier der Opfer nun auch die Täter. Mit »Schindlers Liste« kurierten sie die Deutschen von einem unguten Gefühl, das die davon Befallenen längst selbst als krankhafte Regung diagnostiziert und deshalb als Schuldkomplex bezeichnet hatten.

Spielberg hat den Deutschen im letzten Jahr die blaue Blume der Identitätssuche überreicht: Oskar Schindler, außen Nazi, innen gut. Und als wäre das nicht des Glücks genug, schenkt ein anderer amerikanischer Jude, John Sack, den Deutschen das Gegenstück zum guten Nazi gleich im Dutzend: den bösen Juden. *Auge um Auge* heißt sein Buch, das jetzt auf deutsch erscheinen soll. Im amerikanischen Untertitel wird versprochen: *Die nichterzählte Geschichte der jüdischen Rache an Deutschen im Jahr 1945*. Mit diesem Buch haben die Deutschen dann ein Brevier, das sie so nötig brauchen wie der Spießer das Laster und der Christ die Sünde.

Opfer des Holocaust als Täter heißt es nun im Untertitel der deutschen Ausgabe. Geahnt hatten es alle, daß mit den Juden nicht ganz zu Unrecht wie bekannt verfahren worden war und daß Auschwitz gewissermaßen ein – vielleicht etwas überzogener – Akt putativer Selbstverteidigung gewesen war. Aber abgesehen vom regelmäßigen Gebrauch des Adjektivs »alttestamentarisch«, das in kaum einer Zeitung fehlte, wenn israelische Militäraktionen kommentiert wurden, traute sich lange Zeit niemand, unbefangen und offen über die chronische Rachsucht, das jetzt auch in der deutschen Öffentlichkeit wiederentdeckte Betriebsgeheimnis des Judentums, zu reden.

Schon gar nicht so: »Ein Jude peitschte einen Deutschen aus ... Wie der Jude so raste, schob sich sein Unterkiefer nach vorn wie eine riesige Baggerschaufel, und auf seinen Zähnen glänzte der Speichel ... ›Du verdammter Hurensohn!‹ schrie der Jude, als seine sechs Fuß lange Peitsche – wumm! – auf den nackten Rücken des Deutschen niedersauste.« Ein amerikanischer Kritiker schrieb in »The Nation« über John Sacks Buch, das derlei Passagen schockweise enthält: »Sack kommt aus der Schule des sadistischen Sensationsjournalismus; er verrührt ein bißchen Mickey Spillane mit einer gehörigen Portion Antisemitismus.« Das war äußerst ungerecht – was Mickey Spillane betrifft.

John Sacks Bericht über die Bestialität der Bösen will den historischen Beweis antreten, daß sich die Deutschen zu Recht als zweifaches Opfer der Geschichte fühlen dürfen. Sie waren, das bekräftigten sie immer wieder, selbst das erste Opfer Hitlers gewesen. Und insofern mußte man eigentlich die ermordeten Juden schon immer als Opfer der Opfer betrachten. Mit John Sacks *Geschichte der jüdischen Rache gegen Deutsche im Jahr 1945* weiß man nun, daß nach dieser Variante des deutsch-jüdischen Dialogs Deutsche und Juden mindestens quitt, jedenfalls aber die Deutschen erneut das Opfer gewesen waren.

In Polen und in den von Polen nach Kriegsende annektierten deutschen Gebieten wurden vom – so John Sack – jüdisch dominierten Sicherheitsdienst der polnischen Kommunisten 1.225 Konzentrationslager für Deutsche eingerichtet. Gegenüber dieser schieren Zahl nimmt sich das deutsche KZ-System aus wie ein bescheidenes mittelständisches Unternehmen. 200.000 Deutsche waren laut Sack in diesen Lagern eingesperrt. 60.000 bis 80.000 Deutsche, »mehr Zivilpersonen als in Dresden«, sollen dort 1945 verhungert, an Typhus gestorben oder Opfer von Folter und willkürlichem Totschlag geworden sein, »zu 99 Prozent unschuldige Zivilisten«.

Wieviele Hundertausend und zu 100 Prozent unschuldige Zivilisten außerhalb von Lagern und nach Kriegsende wegen dieses Krieges an Hunger und Typhus verreckt sind, ist John Sack keine einzige Zeile wert. Die Geschichte, die ihn

interessiert, ist nicht neu; es ist hinlänglich bekannt, daß Deutsche 1945 in Polen drangsaliert wurden. Neu ist nur, wie John Sack das Augenmerk auf die jüdischen Mitglieder des polnischen Sicherheitsapparates richtet. In seiner unablässigen Aufzählung jüdischer Angehöriger des Wachpersonals der Lager erweckt er den Eindruck, daß Kommunisten jüdischer Herkunft sich als Überlebende der Massenvernichtung verschworen hätten zu all jenen Verbrechen, die er selbst mit sadistischer Freude am noch grausamsten Detail als Akte »jüdischer Rache« beschreibt.

Der Kommandant des Lagers Lamsdorf, ein Überlebender von Auschwitz, habe, so berichtet Sack, Frauen aus dem nahegelegenen Grüben befohlen, die Leichen Hunderter von der SS erschossener Polen wieder auszugraben: »Das taten sie und wurden ohnmächtig, als sie die Leichen freilegten, die schwarz wie Schlamm im Gully waren. Die Gesichter waren verfault, das Fleisch eine klebrige Masse; aber die Wächter – die oft einen psychopathischen Zug an den Tag legten, indem sie eine deutsche Frau zwangen, Urin oder Blut zu trinken und die Exkremente eines Mannes zu essen oder einen ölgetränkten Fünfmarkschein in die Vagina einer Frau einführten, um das äußere Ende dann anzuzünden – diese Aufseher brüllten die Frauen von Grüben an: ›Legt euch dazu! Macht Liebe mit ihnen!‹, und dann drückten sie mit ihren Gewehrkolben solange gegen den Hinterkopf der Frauen, bis deren Augen, Nase und Mund tief in der gallertartigen Masse der polnischen Gesichter vergraben waren. Die Frauen, die ihre Lippen zusammenpreßten, konnten nicht schreien, und diejenigen, die doch schrien, verspürten einen ekligen Geschmack. Spuckend und würgend erhoben die Frauen sich schließlich wieder; die nassen Haarlocken der Toten klebten immer noch an ihrem Kinn, an den Fingern und an den Kleidern; die Nässe drang durch den Stoff, und der Gestank umgab sie wie Nebel, als sie zurück nach Lamsdorf marschierten. Dort gab es keine Duschen, und die Leichen waren offenkundig alle mit Typhus infiziert gewesen, denn vierundsechzig Frauen aus Grüben starben danach.«

Daniel Goldfaden, ein Historiker von Harvard, rechnete John Sack vor, daß unter den rund 25.000 Mitarbeitern des polnischen Sicherheitsapparates 1945 ungefähr 400 Personen jüdischer Herkunft waren. In der Zeitschrift »The New Republic« kommentierte er auch Sacks drastische Schilderung des Lagers Lamsdorf: »Dies ist eine grauenvolle Geschichte, wie man sie nur in den Annalen des Holocaust finden kann. Es gibt nur ein Problem damit, welches auch für Sacks gesamten Bericht über dieses Lager kennzeichnend ist: Die Akteure waren keine Juden.« Erst achtzig Seiten später und in einem unüberschaubaren Wust von unlesbaren Anmerkungen findet sich bei Sack ein Hinweis auf die Identität des Lagerkommandanten: Es handelte sich um einen katholischen Polen. »Katholische Rache«?

Diese Frage kam einem Professor für Journalismus an der Loyola Universität von New Orleans erst gar nicht in den Sinn. Er war von Sacks Entdeckungen ganz begeistert und besprach das Buch im »National Catholic Reporter« unter der Überschrift: »Noch ein Holocaust«. Seine Zusammenfassung lautete: »Das wurde Deutschen im Zweiten Weltkrieg von Juden angetan.«

Durch die penetrante Identifizierung der beteiligten Personen als »der Jude«, »der jüdische Aufseher«, »Wächter mit polnisch klingenden Namen« oder »der jüdische Kommandant« suggeriert Sack, es bestehe ein innerer Zusammenhang zwischen deren jüdischer Herkunft und den von ihm geschilderten Verbrechen. Warum, so wäre zuerst zu fragen, sollten jüdische Überlebende damals eigentlich nicht auf Rache sinnen? Rache ist ein völlig normales Gefühl. Aber in Wahrheit verhielt sich die übergroße Mehrheit der jüdischen Überlebenden völlig unnormal. Abgesehen von wenigen, vereinzelten Racheakten, die sich unmittelbar nach der Befreiung und meist gegen Kollaborateure gerichtet hatten, waren die Überlebenden der Lager nur von einem einzigen Gedanken erfüllt: nichts wie weg von diesem Friedhof Europa. Mit den Mördern wollten sie keinesfalls zusammenleben.

Ein ähnliches Fehlen jeglichen Racheimpulses läßt sich auch für Deutschland feststellen. Wie Hannah Arendt berichtete, hatten die Alliierten befürchtet, es könnte zu Vergeltungsaktionen von Deutschen gegen Deutsche kommen. Aber für diese Art von Zorn war offensichtlich gar kein Grund vorhanden gewesen. Kein einziger alliierter Soldat war nötig, um Deutsche vor Deutschen zu schützen. Die Mörder blieben meist, wo sie waren, und die Deutschen waren nur von einem Gedanken erfüllt: mit ihnen zusammenzuleben.

Was freilich das Judentum der von Sack beschuldigten Personen betrifft, die, im Unterschied zu der in den Hintergrund gedrängten Mehrheit der Beteiligten, Verbrechen aus rassischen, ethnischen oder religiösen Gründen begangen haben sollen, so schrieb Adam Michnik 1987 in einer polnischen Untergrundzeitung: »Die überwältigende Mehrheit der Kommunisten jüdischer Herkunft identifizierte sich nicht mit der jüdischen Nation. Sie betrachteten sich selbst als Polen oder ganz einfach als Kommunisten ... Für die jüdische Gemeinschaft waren sie Renegaten, die die Sprache, Religion und nationale Identität ihrer Väter über Bord geworfen hatten.«

Doch Sack besteht auf diesem rassischen Merkmal, denn sonst würde seinem zu neuem Leben erweckten antisemitischen Homunkulus namens »jüdische Rache« der Atem ausgehen, den dieser benötigt, um das Hauptziel des Buches zu erreichen: den Nachweis, daß diese »Überlebenden des Holocaust so wurden wie Nazis«. Das nimmt er ihnen besonders übel, denn eigentlich hätten diese Juden doch allen Grund gehabt, sich besser zu benehmen. Ganz ähnlich dachten auch die deutschen Grünen, die Auschwitz für eine Besserungsanstalt hielten und den Israelis vorwarfen, sie hätten die Lehren des

Lagers nicht begriffen. Einer ihrer Sprecher prägte damals eine Formel, die mit dem Schicksal der Palästinenser wenig, mit dem deutschen Entlastungsbedürfnis hingegen viel zu tun hatte: Die Palästinenser seien »die Opfer der Opfer«.

Das entschuldende »wie die Nazis« wird bei John Sack zu: schlimmer als die Nazis. Hätten die Deutschen noch auf höheren Befehl gehandelt, so hätten die überlebenden Juden ihre Verbrechen willentlich begangen. So geringfügige Unterschiede wie der zwischen individuellem Vergehen und Massenmord spielen dann keine Rolle mehr. Immerhin räumt Sack noch ein, die Deutschen hätten mehr Juden umgebracht als umgekehrt.

Sacks Buch wird in Deutschland ein aufnahmebereites kollektives Sensorium vorfinden. Die Angst vor der imaginierten jüdischen Rache ist hier sozusagen ein anhaltender Unterstrom der Nachkriegsgeschichte. Heiner Müller, der Sprecher des kollektiven Unterbewußtseins in Deutschland, hat diese Angst vor der Rache für ein unabgegoltenes Kapitel der jüngeren Geschichte auf die Formel gebracht: »Die Atombombe ist die jüdische Rache für Auschwitz.«

Auch wenn er nicht über spaltbares Material, sondern nur über eine spitze Zunge verfügt – diese Angst lag der Kampagne gegen den Literaturkritiker Reich-Ranicki zugrunde. Ein Ärgernis war er schon immer gewesen. Talent habe er, hieß es, doch keinen Charakter, weil er nicht die tödliche Langeweile seiner Kollegen verbreitete. Und jene, die sich wie etwa Walter Jens als Sachwalter des Geistes sehen, warfen ihm vor, er sei ein Agent der Warenwelt; das »Literarische Quartett« unterscheide sich nicht von einer Verkaufsveranstaltung für »Jacobs-Kaffee«. Am brillanten Exponenten des Literaturbetriebs wurde die Verwandlung von Geist in Geschäft, von Literatur in Ware beklagt. Dieser Vorwurf, immer von jenen erhoben, die nichts als marktgängigen Edelkitsch und standardisierte Erbauung produzieren, ist indes bloß ein antijüdischer Ladenhüter der Moderne.

Dieser seit Heinrich Heine bekannte Vorwurf harmonierte aber deshalb so gut mit dem politischen Geheul des deutschen Feuilletons über Reich-Ranickis Vergangenheit als Kapitan des polnischen Geheimdienstes, weil diese Kampagne selbst einen kaum kaschierten antisemitischen Charakter hatte: Hinter dem »gnadenlosen Richter« war plötzlich der jüdische Rächer zu sehen. Der zentrale Satz, der in immer neuen Variationen in die Attacken einfloß, wurde gleich zu Beginn des Treibens verübt. In jener berüchtigten WDR-Sendung mahnte eine »garantiert doppel-arische Frau Krone-Schmalz« (Gremliza): »Daß der Richter von heute einst ein Gerichteter war, dürfen wir niemals vergessen.« Oder anders gesagt: Das Warschauer Ghetto werden wir ihm niemals verzeihen. Immer daran denken: Juden verfolgen, weil sie selbst verfolgt wurden. Verfolgung macht das Opfer zum Verfolger. Und jetzt muß der jüdischen Rachsucht Einhalt geboten werden. Der Angriff auf Reich-Ranicki ist sozusagen ein Akt der Notwehr gewesen.

Reich-Ranicki ist den Kommunismus losgeworden, nicht aber sein Judentum. Das hängt an ihm wie eine Zielscheibe, auf die sich seit Beginn der Affäre alle eingeschossen haben. »Jude und Kritiker«, so wird er seitdem ausgestellt. Im Verlauf dieser neuen Vergangenheitsbewältigung durch das Feuilleton wurde er zur phantastischen Wunschfigur des ideellen Gesamtantisemiten: Intellektueller, Jude, Kommunist. Erst im Geheimdienst, dann Verräter; übt Machtaus, sinnt auf Rache. Als deren Opfer fühlten sich nicht nur die paar Autoren, deren Bücher Reich-Ranicki abschätzig beurteilt oder schlimmer: Autoren, die er nicht einmal ignoriert hatte. Ein kluger Leser der »Woche« hatte rasch das Lernziel erreicht und schrieb: »Das Problem des Herrn Reich-Ranicki ist ... seine Siegerjustiz über andere Deutsche.«

Und der einst liberale Berliner »Tagesspiegel« demonstrierte bei dieser Gelegenheit, wie man Ernst Nolte ins Feuilleton übersetzen kann. Eine Journalistin, die nichts für ihren Namen, aber viel dafür kann, daß sie so denkt wie ihr Vater, schrieb: »Der polnisch-jüdisch-deutsche Literaturkritiker mit dem enormen Packen Zeitgeschichte auf dem Rücken stellt geradezu eine Verkörperung einer vitalen Frage dar. Nicht nur nach dem ›Was bleibt?‹, sondern auch und zuerst nach der andauernden Prägung: Was wirkt weiter und wie wirkt es sich aus? Ist, zum Beispiel, die apodiktische Kritik, die sich auf das biblische Ja-ja und Nein-nein beruft, ein säkulares Erbe des kommunistischen Anspruchs, die Partei habe immer recht?« Nolte, im Original, war entschieden kürzer: »Der rationale Kern des NS-Antisemitismus liegt in der inneren Affinität des ›Judentums‹ zu den bolschewistischen Ideen.«

»Wir wissen nicht, was Sie draußen gemacht haben, aber wir wissen genau, was wir drinnen gemacht haben« – mit diesem Satz haben die gleichgeschalteten Intellektuellen nach 1945 Emigranten als Verräter und Deserteure verhöhnt. Was Reich-Ranicki »draußen« gemacht haben könnte, ist trotz aller Enthüllungen über seine kommunistische Vergangenheit eine Frage geblieben, von welcher die verfolgende Unschuld des deutschen Feuilletons heftig gequält wird. In der »Zeit« las man im Sommer 94 die kleinlaute Zwischenbilanz des drängenden Wunsches, überlebende Juden den Deutschen gleichzumachen: »Über die ›vielen Erfolge‹ des Tschekisten Marcel Reich-Ranicki wissen wir praktisch nichts.« Und auch die Frage von Jürgen Fuchs in der »Taz« blieb unbeantwortet: »Niemandem geschadet, nur harmlose Berichte?« Fuchs hatte bekanntlich das von der Stasi angerichtete »Auschwitz in den Seelen« entdeckt und fragte sich nun, ob nicht auch außerhalb ein bißchen Auschwitz, besser: ein bißchen jüdisch gemachtes Auschwitz zu finden wäre.

Diesem unbefriedigenden Zustand wird der Piper Verlag jetzt abhelfen, wenn er das Buch von John Sack herausbringt. Es schließt nahtlos an die Kampagne gegen Reich-Ranicki an. Der Literaturkritiker wird freilich, wenn dann die kollektiven

Ahnungen zur Gewißheit geworden sind, nur die Vorspeise zu einem Hauptgericht gewesen sein. Er selbst kommt in diesen Protokollen der Rächer von Zion zwar nicht vor, aber wenn dieses neue antijüdische Standardwerk erschienen ist, spielt dieser geringfügige Umstand keine Rolle mehr. Wer immer dann über Reich-Ranicki spricht, denkt sich zum Kapitan den Kommandanten, zum »gnadenlosen Richter« auch den Henker.

»Wie aus Opfern Täter wurden« kündigt Piper das Buch zum Bedürfnis an, demnächst vielleicht Wiedergutmachung von den Überlebenden verlangen zu wollen. Denn diese hätten nichts anderes getan, als »die Rolle ihrer Peiniger zu übernehmen«. Daß das Buch nicht von einem deutschen Vertriebenenfunktionär oder von einem Ullstein-Redakteur geschrieben wurde, sondern von einem jüdischen Journalisten, beweist in den Augen des Piper Verlags vornehmlich, daß man die Nürnberger Gesetze durchaus positiv sehen kann: »John Sack ... ist seit fast fünfzig Jahren Zeitungsreporter und – was bei diesem Thema wichtig ist – selber Jude.«

Eine Art auszugsweisen Vorabdruck des Buches von John Sack konnte man bereits kürzlich in der »Zeit« (Nr. 49/94) besichtigen. Dort erschien als fünfseitiges Dossier und unter dem Titel »Die Rache des Kommandanten« ein Bericht von Helga Hirsch, der Warschau-Korrespondentin des Blattes. Schon einige Monate zuvor hatte sich die schreibende Sauberfrau der Wochenzeitung mit den »dunklen Stellen« des neuen Nachbarlandes beschäftigt. In der »Zeit« waren Auszüge aus dem Tagebuch eines Kapos zu lesen, der während des Krieges andere Juden an die deutschen Besatzer ausgeliefert hatte. Dieses Tagebuch, das im Jüdischen Historischen Institut in Warschau einzusehen ist, sei, so kommentierte Frau Hirsch damals, »unbequem für die Juden, die sich nur als unbescholtene Opfer fühlen«.

Ihr follow-up handelt von einer der Hauptfiguren in Sacks Buch, von Solomon Morel. Morel lebt heute in Tel Aviv. Er war Mitglied der polnischen KP und 1945 Kommandant eines Internierungslagers. Heute wird er beschuldigt, viele deutsche Häftlinge mißhandelt oder zu Tode gequält zu haben.

»Jetzt fordern die Überlebenden späte Aufklärung«, liest man in der großgedruckten redaktionellen Vorbemerkung, versteht aber nach wenigen Sätzen bereits, was gemeint ist: Jetzt fordert die »Zeit« eine Revision der Geschichte. »Niemand«, schreibt Helga Hirsch, »wollte nach 1968 mehr von deutschem Leiden erfahren.« Damals wurden, wie erinnerlich, nämlich Adorno, Horkheimer, Marcuse und andere jüdische Autoren gelesen. Jetzt ist die Zeit reif für eine ganz andere, für eine deutsche kritische Theorie, die Helga Hirsch freilich bloß bei John Sack abkupfert: Die überlebenden Juden waren wie Deutsche.

Von John Sack und der Entstehungsgeschichte seines Buches erfährt der Leser wenig, und was er erfährt, ist falsch: »Amerikanische Redaktionen«, schreibt Helga Hirsch, »hatten ihm Reisekosten nach Polen und Deutschland finanziert und hohe Vorschüsse gezahlt. Doch dann lehnten sie alle den Abdruck seiner Geschichte ab: ›Gentlemen's Quarterly‹, ›Harpers Magazine‹, ›The New Yorker‹, ›Rolling Stone‹.« Mit Ausnahme von »GQ«, einem Magazin für Herrenmode, wurde John Sack von keiner der von Helga Hirsch genannten Zeitschriften beauftragt oder finanziert. Der »New Yorker« etwa würde einen Autor, dessen Ruf sich auf die Memoiren von Leutnant William Calley, des Killers von My Lai gründet, nicht einmal mit dem Pförtner reden lassen.

Warum viele Verleger das Buch abgelehnt haben, ist Hirsch keinerlei Erwähnung wert. Sie hat entweder die Auseinandersetzung, die über Sacks Buch in den USA entbrannt ist, nicht zur Kenntnis genommen, oder sie verschweigt absichtlich, daß mehrere amerikanische Verlagshäuser das Buch mit guten Gründen abgelehnt haben: Es sei schlampig recherchiert, die Quellen seien nebulös, der Anmerkungsapparat (65 von 252 Seiten) sei nichts als pseudowissenschaftlicher Bluff; bei den mit deutschen Einsprengseln wie »Saujude«, »Heil« oder »Schwein« durchsetzten Dialogen handle es sich um wüstes Dokudrama, nicht aber um einen historischen Bericht. Ein übriges taten die antijüdischen Ausfälle, vorgetragen als bigotte moralische Urteile. Selbst dem Chef des vordem angesehenen Verlags BasicBooks ist die Sache heute eher peinlich, und er räumt ein, er habe das Buch unter enormem Zeitdruck auf den Markt geworfen; es habe zeitgleich mit einem Bericht in »60 Minutes«, einer äußerst populären Fernsehsendung, erscheinen müssen.

Das Gleiche – Unkenntnis oder Verschweigen – gilt für den Widerhall, den das Buch in der Presse gefunden hat (ein Vorabdruck war in der »Village Voice« in New York erschienen). Helga Hirsch schreibt: »Kaum eine Zeitung besprach das Werk.« Die Wahrheit lautet: Rezensionen, Kommentare oder Berichte erschienen in: »New York Magazine«, »Daily News« (New York), »New York Times«, »The New York Observer«, »The New Republic«, »The Nation«, »Los Angeles Times«, »San Francisco Chronicle«, »The Washington Post« u.a. Was will ein Autor mehr? Und weil es schon so oft besprochen wurde, spricht Helga Hirsch nicht über das Buch, sie spricht es einfach nach.

Daß der Redaktion der »Zeit« beim Abdruck dieser Geschichte nicht ganz wohl war, erfährt man aus einer längeren und verschwiemelten Passage in Helga Hirschs Dossier: Vor über einem Jahr, teilt sie mit, sei in der Redaktion heftig diskutiert worden, ob man den in der »Village Voice« als Titelgeschichte erschienenen Text von John Sack nachdrucken könne. Und es ist interessant zu erfahren, daß es in der »Zeit« Redakteure gibt, die angelegentlich dieses degoutanten Textes meinten,

der Meinungsfreiheit eine Gosse bahnen zu müssen: »Man müßte die Wahrheit doch schreiben dürfen.« Andere, zu denen Helga Hirsch offenbar nicht gehörte, fragten: »Wird nicht der industriell betriebene Massenmord der Nazis verharmlost, wenn man John Sacks Frage dagegensetzt, weshalb Juden dasselbe getan hätten wie die Nazis – da es doch nicht dasselbe war?« Schließlich: »Äußert sich Antisemitismus nicht auch darin, daß man von den polnischen Verantwortlichen nur jene namhaft macht, die jüdischen Glaubens sind?« Dieses Vergehens hat sie sich ganz bestimmt nicht schuldig gemacht, denn die Namhaftmachung des polnischen Verantwortlichen, den sie sich ausgesucht hat, geschah nicht aufgrund des Kriteriums der Religion, sondern nach den bekannten Vorgaben der Nürnberger Gesetze. Am Ende, so Helga Hirsch, sei dann vor einem Jahr beschlossen worden, John Sacks Text nicht abzudrucken, sondern »eine eigene Geschichte zu recherchieren«.

Diese eigene Geschichte ist so eigen, wie man es von einer heftigen Einfühlung eben verlangen kann. »Dürfen Deutsche (und deutsche Zeitungen)«, fragt eine sturzbetroffene Helga Hirsch, »sich hinter der jüdischen Selbstbefragung verstecken, ohne sich des ›Tonfallschwindels‹ schuldig zu machen?« Sie selbst versteckt sich hinter dem, was nur miese Geister für »jüdische Selbstbefragung« halten können. Sie macht sich keines »Tonfallschwindels« schuldig, sie ist der Fall eines tönenden Schwindels: »Der Holocaust nämlich, schreibt John Sack, werde durch Geschichten wie die von Solomon Morel nicht relativiert. Im Gegenteil.«

Und was ist das Gegenteil? Am Schluß ihres Berichts zitiert Helga Hirsch nochmals den Kronzeugen ihres eigenen Ressentiments, um es jüdisch zu adeln: »Der Holocaust war schlimm, schlimmer als wir dachten. Wir wußten, daß die Deutschen sechs Millionen Juden töteten. Jetzt wissen wir auch, daß sie einige hundert Juden so stark brutalisierten, daß sie wie Deutsche wurden.« Und in der Ankündigung des Piper Verlags heißt es ergänzend: »Auge um Auge erzählt die Geschichte von Menschen, die durch unsagbares Leiden gegangen sind undnun Gleiches mit Gleichem vergelten wollen.«

Demnächst werden uns Helga Hirsch oder John Sack oder der Piper Verlag berichten, wie diese Juden eine Wannsee-Konferenz abhielten, die deutsche Bevölkerung zusammentrieben, Fahrpläne aufstellten, Gaskammern und Krematorien bauen ließen. Vorerst freilich müssen wir uns noch mit der einzig originellen Zutat von Helga Hirsch zum Buch von John Sack begnügen: Die »Volksdeutschen« in Polen, schreibt sie, waren »die Opfer der Opfer«. Nach dem Wegfall des in der Alternativszene geliebten Hauptfeindes im Nahen Osten hat sie damit eine politische Formel für den ganz nahen Osten gerettet.

John Sack: *Auge um Auge. Opfer des Holocaust als Täter. Eine Parabel über die Gewalt.* Piper, München 1995, ca. 360 S., 44 Mark. – Aus dem Amerikanischen: *An Eye For An Eye. The Untold Story of Jewish Revenge Against Germans in 1945.* BasicBooks, New York 1993, 252 S., 23 Dollar

Eike Geisel schrieb in KONKRET 7/94 über den kleinen Unterschied zwischen dem »anderen Deutschland« und der zivilisierten Welt

Konkret 02/95, S. 22

Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow

Grosny läßt grüßen

Dem Verbund staatlicher Tarnorganisationen der deutschen Außenpolitik (KONKRET 1/95) scheint ein besonders raffinierter Verein anzugehören: die »Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen« (FUEV) mit Sitz in Flensburg. Angeblich privat, kümmert sich die FUEV um fast sämtliche nicht-deutschen Minderheiten auf dem Kontinent und fordert »Volksgruppenrechte« – seit den 20er Jahren ein beliebtes Instrument zur Zerlegung der deutschen Nachbarstaaten in territoriale Einzelteile

Mitte März 1928 trafen im Konferenzraum einer verschwiegenen Adresse der Berliner Innenstadt zwei selten vereinte Personengruppen zusammen. Die beamteten Auftraggeber inoffizielller Aktivitäten der deutschen Außenpolitik, darunter mehrere Legationsräte, Staatssekretäre sowie ein bevollmächtigter Minister (Graf Lerchenfeld aus dem Auswärtigen Amt), wollten gemeinsam mit den führenden Köpfen der von ihnen benutzten Tarnorganisationen (u.a. das Institut für Grenz- und Auslandsstudien, der Ostdeutsche Heimatdienst, die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung und der Deutsche Ostmarkenverein), eine neue Etappe des Untergrundkampfes abstimmen. Laut vertraulichem Konferenzbericht ging es um die »vorerst theoretische Gleichschaltung« beim Wirken für einen »großdeutschen Staat«, der die »Neuordnung Europas« dominieren sollte. Vorgesehen waren der Anschluß Österreichs sowie die Einverleibung oder Assoziation weiter Staatsteile Belgiens, Frankreichs, Italiens, Dänemarks, Polens und der Tschechoslowakei – damit »das deutsche Volk ... die ihm naturgemäß zufallende Führerrolle in Europa auszufüllen vermag«. Um nach jahrelangen Vorbereitungen in der hinderlichen Nachkriegszeit endlich »zum Angriff überzugehen«, sollte die »Neuordnung Europas ... fortan nicht allein als deutsche, sondern als *europäische* Forderung geltend gemacht werden können«. Die Konferenz suchte einen geeigneten »Ordnungsgedanken für alle Völker Europas«, hinter dem sich die deutschen Hegemonialabsichten verbergen ließen, »einen politsch-sittlichen Gedanken von weltweitester Bedeutung«.

Die zündende Idee kam der subversiven Runde, als sie der Möglichkeiten gedachte, die das Problem der europäischen Minderheiten und Nationalitäten barg. Diese Möglichkeiten hatte die deutsche Außenpolitik stets zu handhaben gewußt und sich bereits früher die Anwesenheit deutschstämmiger Bevölkerungsgruppen in zahlreichen europäischen Ländern zunutze gemacht. Ihre ständigen Autonomieforderungen, die auf den Anschluß von Gebieten Frankreichs (Elsaß-Lothringen), Italiens (Südtirol) oder Polens hinausliefen, hatten destabilisierend gewirkt. Ähnliche Resultate zeitigte auch der gleichgerichtete Einsatz fremdsprachiger Nationalitäten, die man beispielsweise in Irland entsprechend zu motivieren versucht hatte, ohne jedoch diese Ansätze jemals systematisieren zu können – ein strategischer Fehler, wie die Berliner Konferenzrunde jetzt, nach verlorenem Weltkrieg, erkannte. Der Kampf um Deutschlands Führungsrolle, so die Ministerialbeamten und ihre Auftragnehmer, könne »niemals Erfolg haben, wenn er *nur* für die *Deutschen* und *nur* mit *deutschen* Argumenten geführt wird. Er muß ... auf erweiterter Grundlage um *Rechte aller Völker des europäischen Raumes* ... angesetzt werden.« Deutschlands weites Herz für die kontinentalen Minderheiten jedweder Herkunft war entdeckt.

In ihren Heimatsstaaten waren diese Bevölkerungsteile ein ständiger Unruheherd. Sie zählten nach Millionen: Waliser in England, Bretonen in Frankreich, Flamen in Belgien, Kroaten in Jugoslawien, Ungarn in Rumänien und Rumänen in Ungarn sowie zahllose Völkerschaften der UdSSR. Würde es gelingen, die zwischen ihnen und den jeweiligen Zentralgewalten bestehenden Spannungen zu fördern, ja möglichst bis zur territorialen Auflösung der Nachbarländer zu treiben, wäre die Herrschaft des deutschen »Großvolkes« über ein zersplittertes Europa ohne gesteigerten Aufwand zu erreichen. Deswegen, so der Dienstvorgesetzte des subversiven AA-Personals, der deutsche Außenminister Gustav Stresemann, vertraulich, sei »die Minderheitenfrage ... zur außenpolitischen propagandistischen Ausnutzung« bestens geeignet. Minderheitenansprüche auf Autonomie müßten als »ein von allen politischen Erwägungen und Bedenken vollkommen unabhängiges Naturrecht« dargestellt werden. »In den Augen der Welt« solle »das Minderheitenproblem eine Frage von internationalem Interesse« werden, die »Vorbedingung jedes dauernden Friedens« in Europa, und nur durch eine »großzügige Lösung« zu gestalten.

Stresemanns »großzügige Lösung« hatte die Subjekte des europäischen Völkerrechts im Visier: den nationalen Einheitsstaat der deutschen Nachbarn, der zur Disposition gestellt wurde, weil er das eigene Ausbreitungsinteresse störte. Das deutsche »Lebensbedürfnis«, meinte der Außenminister, stehe »mit der heute noch herrschenden Tendenz ... nach Entwicklung eines nationalen Einheitsstaates in so schroffem Widerspruch, daß die Erreichung des Zieles nur möglich erscheint, wenn diese Tendenz gebrochen wird«.

»Grenzänderungen unvermeidlich«

»Es gibt keinen Ausweg als den Bruch mit überlebten Auffassungen von Staat und Volk«, echoten auf der Berliner Konferenz Stresemanns Ministerialabgesandte, und die anwesenden Vertreter der völkischen Organisationen nickten. Die aus der amerikanischen und französischen Revolution geborene Idee des souveränen, den Menschenrechten verpflichteten Nationalstaates mit unterschiedlichsten Bewohnern gehöre der Vergangenheit an. »Die Unbiegsamkeit dieser Staatsform

steht (in ihrer einseitigen Überspannung des Souveränitätsgedankens) hindernd vor einer wirksamen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenführung« Europas. Von höherem Wert als der Staat sei das »Volk«: das bretonische, flämische oder kroatische, dessen »Naturrecht« gegen den Nationalstaat revoltieren müsse. Überall dort, wo sich ein »Volk« in »geschlossenen Siedlungsgebieten« befinde, habe es Anspruch auf eigene Territorien. Zu dieser separatistischen Handlungsanleitung gehören selbstverständlich »Grenzänderungen, wie sie für eine wahre Befriedung unvermeidlich sind«. Weil schließlich jede »Volksgruppe« über eine »Volkspersönlichkeit« verfüge, stünden ihr »körperschaftliche Volksgruppenrechte« zu, darunter die Anerkennung eines angestammten »Volksbodens« auf dem der »Volksbestand« gegen »fremdvölkische« Begehrlichkeiten verteidigt werden müsse. Die Umrisse atomisierter Nachbarstaaten in einem über »Volksgruppen« herrschenden Großreich wurden deutlich.

Mit diesem Rückgriff auf die archaische Sippenordnung und ihre kollektive Blutsverwandschaft von »Volksgruppen« war man dem beabsichtigten Ziel nähergekommen. Die Personalisierung des »Volkes« zum Rechtssubjekt einer den Staat überragenden Ordnung konnte unter den europäischen Minderheiten für Zündstoff sorgen. Das Unabhängigkeitsstreben der Waliser, Bretonen, Flamen oder Kroaten war nicht nur theoretisch unterfüttert; vor allem war es in einen vorgeschichtlichen Widerspruch zu den Normen des 20. Jahrhunderts gebracht worden. Zufrieden verließen die Ministerialbeamten das Berliner Treffen. Seine logistische Umsetzung sollten die führenden Köpfe der staatlichen Tarnorganisationen bewerkstelligen.

Insbesondere der »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA) und der »Verband der deutschen Volksgruppen in Europa« wiesen ihre operativen Vorposten jenseits der deutschen Grenzen zum sofortigen Handeln an. Während der VDA die Anbindung an die deutschsprachigen Minderheiten garantierte, begann eine liebevolle Arbeit des als »privat« verkleideten Verbandes der »Volksgruppen« mit Flamen, Bretonen oder Kroaten. Insgesamt »40 Volksgruppen, die 14 Völkern angehören und in 14 europäischen Staaten siedeln«, wurden infiltriert, um ihnen ihr »Naturrecht« einzubleuen. Den Rest – Zwietracht in Belgien, Frankreich oder Jugoslawien – überließ man vertrauensvoll der nationalistischen Eigendynamik. Damit die Berliner Steuerung nicht ins Auge fiel, erlebten »Europäische Nationalitätenkongresse« in Genf, am Sitz des Völkerbundes, eine alljährlich sorgsam bedachte Inszenierung.

Während die Weltöffentlichkeit mit wohlanständigen Rechtsvorträgen beeindruckt wurde, radikalisierte sich der vom deutschen Außenministerium gesteuerte Verband von Jahr zu Jahr mehr. In »Nation und Staat«, der »Deutschen Zeitschrift für das Europäische Minoritätenproblem«, trieben kampfbereite Nationalsozialisten die Theorie vom »Volk«, das über Staat und Nation stehe, zur letzten Konsequenz. »Das Volk«, hieß es bereits 1932, »ist eine Bluts- und Kultureinheit.« Der »Nationsbegriff ist eine notwendige Folge der Gedankenwelt der Demokratie, des mechanischen Auszählens der vielen Gleichen, des Individualismus und der Ablehnung der rassischen und volklichen Gliederung der Menschheit. All dies dient dem Streben des Judentums nach Gleichberechtigung, Ausbeutung und Herrschaft.«

Im Jahr 1936 – mit der »rassischen und volklichen Gliederung« war in Deutschland erfolgreich begonnen worden – verlangte man auf dem Genfer »Nationalitätenkongreß« nach einer ebensolchen »Gliederung« in Europa: »Die Anerkennung der Volkspersönlichkeit als Grundlage der europäischen Entwicklung heißt, Konturen eines neuen Europa überhaupt aufzuzeigen.« Der seriös erscheinende »Volksgruppen«-Redner war Kontaktmann des NS-Geheimdienstes und zum Zeitpunkt seiner Ausführungen mit der untergründigen Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates beschäftigt. Die subversiven Aktivitäten der deutschen Steuerungsstäbe, insbesondere die Inszenierungen der »Nationalitätenkongresse«, gingen in Vorbereitungen zur militärischen Beherrschung Europas über. Flämische, bretonische, kroatische oder norwegische »Volksgruppenführer« mauserten sich zu Quislingen, deren vorbedachte Aufgabe die Helotisierung ihrer Nationen unter den Stiefeln der deutschen Armeen war. Als Adolf Hitler einen bretonischen »Staat« plante, während Burgund dem »Reich« angeschlossen werden sollte, konnten die »Europäischen Nationalitätenkongresse« ausgesetzt werden. Die Falle der deutschen Außenpolitik schnappte zu.

»Volkliche Gemeinschaft« mit »Territorialautonomie«

Ungeachtet zwischenzeitlich eingetretener Ereignisse, die die »Neuordnung Europas« unter den Trümmern des 2. Weltkriegs begruben, beansprucht die »Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen« (FUEV) 1995, das Erbe der besagten »Nationalitätenkongresse« weiterzuführen. »Die FUEV«, heißt es in einer aktuellen Selbstdarstellung, »hat sich immer als Nachfolgeorganisation der Europäischen Nationalitätenkongresse (1925-1938) verstanden« und vertrete »etwa 100 Millionen Einwohner in Europa«. Traditionsbewußt erinnert man am Flensburger Sitz des gemeinnützigen Millionen-Unternehmens an »die Zeitschrift ›Nation und Staat‹«, ohne sich von ihren Inhalten zu distanzieren. Im Gegenteil: Ausgerechnet ein Verlag früherer antisemitischer »Volksgruppen«-Hetze (Braumüller, Wien) ist der FUEV gut genug, neuerliche »Volksgruppen«-Theorien zu verbreiten. Wer dies für eine rein äußerliche Übereinstimmung hält, macht bei der Durchsicht des FUEV-Programms beängstigende Entdeckungen.

Bereits im Vorwort eines »Konventionsentwurfes«, den die FUEV internationalen Gremien andient, heißt es zum Wiedererkennen, »seit 1990« habe die »Neuordnung Europas« eingesetzt, so daß sich der »Volksgruppenschutz« und »eine

allgemeingültige Regelung der Volksgruppenfrage ... als unabdingbare Notwendigkeit« erwiesen. Wie eine »Volksgruppe« eigentlich zu definieren sei, beantwortet die FUEV so: »Eine Volksgruppe ist eine volkliche Gemeinschaft« (»Volksgemeinschaft« mochte man nicht schreiben). Für die 100 Millionen aus den »volklichen Gemeinschaften« verlangt die FUEV den »ihnen zustehenden Lebensraum«. Ohne Aushebelung der Souveränität der betroffenen Nationalstaaten wird dieser »Lebensraum« schwerlich zu sichern sein: »Schicksale nationaler Minderheiten, kleiner Völker und Volksgruppen zählen nicht mehr wesentlich allein zu den inneren Angelegenheiten eines Staates«, verlautet die FUEV. In unmißverständlicher Deutlichkeit fordert ihr »Konventionsentwurf« deswegen: »Die Angehörigen von Volksgruppen, die in Gebieten siedeln, in welchen sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden, haben das Recht auf einen als Territorialautonomie bezeichneten territorial abgegrenzten Sonderstatus mit autonomer Gesetzgebung und Vollziehung zur Wahrnehmung der eigenen Angelegenheiten. Dieser kann auch in bundesstaatlicher Form ausgeübt werden.«

Hinter der »volklichen Gemeinschaft« der »Volksgruppen« verbirgt sich der Rechtsanspruch auf territoriale Sezession europäischer Minderheiten und Nationalitäten. Ihnen könne man aufgrund einer »persönlichen Entscheidung« angehören, nachdem das »freie Bekenntnis« zur »Volksgruppe« abgelegt worden ist, welches »weder bestritten noch nachgeprüft« werden dürfe. Demnach soll also eine nach Laune hinterlegbare Erklärung genügen, um innerhalb bestehender Staatsgrenzen eine Gruppe zu bilden, die sich als »Volk« bezeichnen und ein eigenes, von ihr selbst verwaltetes Hoheitsgebiet beanspruchen kann. Dessen Reifung zu einem Staatsteil, der mit dem Territorialsouverän nur noch im Bundeskontakt steht, kann nicht ausgeschlossen werden.

Gipfel derartiger Vorstellungen ist das »Recht auf ungehinderte Kontakte«. Aufgrund des von der FUEV erdachten »Rechts« soll es den bereits zur Hälfte abgetrennten und selbstverwalteten Gebieten ausdrücklich überlassen bleiben, »ungehinderte Kontakte mit staatlichen oder anderen öffentlichen Organen anderer Staaten (!), insbesondere mit jenen der konationalen (!) Staaten« zu pflegen.

Spätestens diese Einladung zu grenzüberschreitenden Sonderbeziehungen souveräner »Volksgruppengebiete« mit ihrem »Kernstaat« macht deutlich, daß das angebliche Minderheitenrecht eine Gebrauchsanweisung für die Inszenierung schwerer Konflikte enthält. Diese Inszenierung dürfte von demjenigen Staat ausgehen, der über möglichst umfangreiche europäische Exklaven und die denkbar größten Machtmittel verfügt, um gleichsprachige oder von ihm gesteuerte »Volksgruppen« nach Belieben einzusetzen.

»Schutzmacht bis zum Kaukasus«

Beim Nachdenken über einen eventuellen Aspiranten, der die »Volksgruppen« benutzen könnte, stößt man auf die Bundesrepublik Deutschland und das Kontinuum einer pangermanischen Außenpolitik. In ihrem subversiven Netz, das 1928 verfeinert, 1933 erweitert und ab 1938 über Europa geworfen wurde, nimmt die heutige FUEV einen bedeutenden Platz ein. Nicht anders als ihre Vorläufer ist sie über den »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA), eine hundertjährige Subversionsagentur des deutschen Staates, mit dem Außenministerium, dem Innenministerium und dem Kanzleramt verbunden. Die Anbindung stellt das VDA-Verwaltungsratsmitglied Karl Mitterdorfer sicher, der in Personalunion tätige langjährige FUEV-Präsident mit Arbeitskontakten zu Repräsentanten des europäischen Rechtsextremismus und Rassismus. Diese FUEV-Kooperation findet im Schatten so prominenter VDA-Verwaltungsratsmitgliedern wie Hans Klein (Vizepräsident des Deutschen Bundestages) oder Eberhard Diepgen (Regierender Bürgermeister von Berlin) statt. Um das subversive Netz abzusichern und nach Art einer parteiübergreifenden Koalition zu führen, ist sowohl die SPD (Horst Sielaff, MdB) als auch die FDP (Wolfgang Hitschler, Ex-MdB) einbezogen.

Wesentliche Finanzmittel der FUEV, die sich gern europäisch gibt, aber ihren Organisationssitz nicht umsonst in Deutschland hat, fließen aus unbekannten Kassen verschiedener Bonner Ministerien. Um das Zusammenspiel nicht offenbar werden zu lassen, ist Umwegfinanzierung eine beliebte Methode. Der in Wien ansässige völkische Verlag, dem die FUEV ihre Propaganda für ein »ethnisches Europa« anvertraut, findet sich auf den Überweisungslisten mehrerer Bundesregierungen. Verschlungen, aber identifizierbar, ist auch ein Zahlungsweg, der über den Ministerialrat im Bundesministerium des Innern und Besitzer eines SPD-Parteibuches, Uwe Stiemke, läuft. Ganz Privatmann, steht der Leiter des Referates mit der aufschlußreichen Bezeichnung K II 5 »Kulturelle Zonenrandförderung« einer angeblich privaten Stiftung vor, die auf langjährige Beziehungen zum separatistischen Terrorismus blickt (»Hermann-Niermann-Stiftung«, Düsseldorf). Mit den Stiftungs-Geldern des Ministerialrates preist die FUEV ihre »volklichen Gemeinschaften« an und begleicht hauptamtliche Tätigkeiten in der FUEV-Organisationszentrale. In diesem Verbund fungiert Peter Iver Johannsen, Mitglied des Stiftungs-Kuratoriums und zufälligerweise auch Vorsitzender des VDA-Verwaltungsrates, als Scharnier der Bonner Auftraggeber. Dergestalt finanzierte die FUEV 1994 eine internationale Konferenz, die in Ungarn stattfand und bei der Ostausdehnung ins Zielgebiet der pangermanischen Hegemonialphantasien half: 1994 bildete für die FUEV das Jahr der »Minderheitenarbeit in ganz Europa bis zum Kaukasus«.

Laut FUEV-Pressemitteilung unterstellt die Organisation ihre »Volksgruppen« in »Mittel-, Ost- und Südosteuropa« ab sofort einer deutschen »Schutzmachtfunktion« und segmentiert den Kontinent nach einem überstaatlichen Ordnungsprinzip. Da es sich an der »einseitigen Überspannung des Souveränitätsgedankens« stört, zerfällt Europa nunmehr in sechs »Regionen«, deren »volkliche Gemeinschaften« Territorialautonomie verlangen dürfen. Die Liste liest sich wie eine Anweisung zum Tranchieren der deutschen Nachbarstaaten. Im Raum »NORD« werden »Deutsche Nordschleswiger« gegen Dänemark, »Friesen« gegen die Niederlande sowie »Samen« und »schwedische Finnen« gegen Stockholm in Stellung gebracht. Im Raum »WEST« fördert die FUEV u.a. das Territorialstreben der »Bretonen« und »Elsaß-Lothringer« gegen Paris, der »Deutsch-Belgier« und »Flamen« gegen Brüssel sowie der »Waliser« und »Cornwailer« gegen London. Im Raum »SÜD« treten »Südtiroler Räteromanen«, »Aostaner« und »Ladiner« gegen Rom auf. Das Segment »MITTE« wird vom autonomen Verlangen beherrscht, das »Deutsche in Nordpolen«, »Deutsche in Oberschlesien«, »Sudetendeutsche in Tschechien« sowie »Deutsche in der Slowakei« laut FUEV empfinden. Schließlich köchelt in den Zonen »SÜDOST« und »OST« ein »ethnischer« Hexenkessel. »Ungarn in Rumänien« und »Rumänen in Ungarn«, »Siebenbürger Sachsen«, »Banater Schwaben«, »Deutsche, Italiener und Ungarn in Slowenien«, »Deutsche in Georgien«, »Deutsche in Kasachstan«, »Deutsche in Kirgisien« sowie die bereits mehrfach vom deutschen Generalstab eingesetzten Krimtataren harren des »Naturrechts« der »Volksgruppen«.

Third time lucky

Einst von den subversiven Stäben der deutschen Außenpolitik in Auftrag gegeben, schien das Sippenrecht der pangermanischen Vorgeschichte in den Kämpfen des 2. Weltkrieges zerschlagen worden zu sein. Das »Volk« der »Volksgruppen«, erkannte damals das US-Außenministerium, »ist eine obskure, zwangsweise und natürlich bestehende Seinseinheit, die durch Blut und gemeinsame Kultur zusammengehalten wird. Es handelt sich dabei um etwas völlig anderes als unsere Idee von ›people‹.« Die Vorstellung von »Volk« stehe »in Wechselbeziehung mit den Auffassungen über deutsche Rasse-überlegenheit und deutschen Imperialismus«.

Es hat den Anschein, als sei von dieser Erkenntnis des Jahres 1943 nichts in die Praxis der deutschen Außenpolitik eingegangen. Leise und unter Deckung hoher staatlicher Repräsentanten, zu denen die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein ebenso zählt wie der Landtagspräsident von Brandenburg, arbeitet die FUEV an der »Neuordnung Europas«. Dabei hat sie bereits die Höhen kontinentaler Planung erklommen und genießt Konsultativ-Status beim Europarat. Ähnliche Weihen waren ihrer NS-Vorläuferorganisation verwehrt geblieben, als es Mitte der 30er Jahre um die Vorbereitung des 2. Weltkrieges ging.

Walter von Goldendach und Hans-Rüdiger Minow haben soeben das Buch »>Deutschtum erwache!< Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus« veröffentlicht (Dietz, Berlin)

Konkret 02/95, S. 25

Klaus Gietinger

»Ich hasse sie wie die Sünde«

Wie realistisch war die Sozialfaschismustheorie der Weimarer Kommunisten? Neue Dokumentenfunde belegen eine enge Zusammenarbeit führender Sozialdemokraten mit republikfeindlichen Militärs bei der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts

»Sozialdemokraten sind nie einen Finger breit von der Demokratie abgewichen.«
Erhard Eppler im »Spiegel«, Nr. 47/1994

Als der Major a.D. Waldemar Pabst 1969 am Ende seines ereignisreichen Lebens einen Brief an seinen Verleger schreibt, den er durch Mitteilung einiger pikanter Details aus seinem politisch-militärischen Wirken zum Abdruck seiner Memoiren überreden will, endet er mit dem Satz: »Es wird Ihnen nicht allzu schwer fallen, aus diesen Zeilen zu erkennen, warum ich bisher noch nie von der alten SPD gerichtlich verfolgt worden bin.« In der Tat stocherte der 88jährige Greis da in einem Wespennest: dem Wespennest der Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und republikfeindlichem Militär in den frühen Jahren der Weimarer Republik.

Pabst selbst war, wie sich jetzt aus seinem Nachlaß ergibt, ein wesentliches Element dieser terroristischen Zusammenarbeit, die Tausende von Menschen das Leben kostete und die in ihrer politischen Tragweite und ihrem Einfluß auf den Untergang der Weimarer Republik gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Ihre Geschichte beginnt im November 1918. Eine demokratische Revolution hat die Monarchie gestürzt, den 1. Weltkrieg beendet und die SPD unverhofft an die Macht gebracht. Pabst, damals Hauptmann und Generalstabsoffizier in einem Garderegiment an der Front, gefällt dies gar nicht. Der kleine, eitle und machthungrige Mann reißt die Führung des Regimentes an sich (sein Kommandant ist herzkrank) und treibt es in »Eilmärschen der Heimat zu«, in der Absicht, mit »der Herrschaft der Minderwertigen« (Pabst) aufzuräumen.

Doch der behäbige Sozialdemokrat Friedrich Ebert an der Spitze der Revolutionsregierung in Berlin ist nach den Maßstäben Pabsts gar nicht so minderwertig. Er sucht schnurstracks den Kontakt mit den Militärs, telefoniert jeden Abend von Berlin aus mit der Obersten Heeresleitung (OHL) in Kassel und denkt nicht daran, den alten monarchischen, kriegsverbrecherischen Militärapparat aufzulösen. Denn Ebert fürchtet nicht die Militärs, er fürchtet die Massen auf der Straße und damit auch die Basis seiner eigenen Partei. Die vertraut ihm noch, will sich aber gleichzeitig mit ein paar Reformen nicht abspeisen lassen. Auf die »breite Heerstraße« des Parlaments fixiert, hört Ebert sie nicht. Im Gegenteil, die Genossen auf der Straße verkörpern für ihn das Chaos. Nicht den 1. Weltkrieg mit seinen systematischen Massakern empfindet Ebert als schrecklich, sondern das, was die militärische Niederlage der Deutschen ausgelöst hat: die basisdemokratische Revolution. »Ich hasse sie wie die Sünde« (Ebert).

Nicht das millionenfache Morden, das die SPD-Führung ja unterstützte, gilt ihr als Übel, sondern die Basis der Partei, die sich zu emanzipieren beginnt. Aus diesem Grund kommt es bald zu aktiver Zusammenarbeit zwischen SPD und Militärführung, speziell zwischen Pabst und Noske. Schon bei der Heimkehr der Truppen plant die OHL – mit Wissen und Billigung Eberts – , die Arbeiter- und Soldatenräte zu entmachten und zu entwaffnen. Ebert scheint es nicht zu stören, daß die Mitglieder seiner Partei in den allermeisten dieser Räte die Mehrheit haben. Die Räte stören ihn und müssen weg. Da kommt das Militär gerade recht. Doch dieser erste Plan mißlingt, denn die Armee geht, nachdem ihr Ebert versichert hat, sie sei im »Felde unbesiegt« geblieben, nach Hause und denkt nicht daran, auf ihre Landsleute zu schießen und sich in einen Bürgerkrieg hineinziehen zu lassen. Die alte kaiserliche Armee zerfällt, mit einer Ausnahme: Pabsts Gardetruppe bleibt bestehen. Denn Pabst schottet sie gegen alle Einflüsse von außen ab, indem er sie an den Rand Berlins verlegt und ständige »Aufklärung« in seinem Sinne betreibt. So bleibt seine Division einer der wenigen noch kampffähigen Verbände. Pabst weiß, bald wird die SPD ihn brauchen.

Weihnachten 1918 ist es dann soweit. Die Matrosen, die die Revolution in Kiel ausgelöst haben und Ebert und seine Regierung in Berlin bewachen, sind der SPD-Führung nun, da sie die politische Macht übernommen hat, ein Dorn im Auge. Man will sich ihrer entledigen. Unter Vorwänden werden sie aus ihrem Berliner Quartier, dem Stadtschloß, geekelt. Außerdem versagt man ihnen als einziger Truppe (kurz vor Weihnachten) die Löhnung. Die Matrosen rebellieren erneut, stellen kurzfristig die Regierung unter Hausarrest und verschanzen sich schließlich im Schloß. Ebert telefoniert – ohne Wissen der drei linken Sozialdemokraten in der Regierung – mit der OHL und bittet sie, dem »Spuk« ein Ende zu machen. Jetzt kommt der Mann fürs Grobe zum Zug. Hauptmann Pabst läßt seine Division das Schloß – für dessen Wiederaufbau sich heute so viele Freunde in Berlin finden – umstellen und es mit Artillerie beschießen. Dabei zögert er nicht, Gasgranaten einzusetzen. Aber Pabst und seine sozialdemokratischen Auftraggeber, im Führen von Bürgerkriegen (noch) unerfahren, haben ihre Rechnung ohne das rebellische Volk gemacht. Die Massen erzwingen den Abbruch des

Unternehmens. Ein letzter Pyrrhussieg der demokratischen Revolution, denn fortan werden die rechten SPD-Führer und die Militärs in dieser Hinsicht keine Fehler mehr machen. Sie rücken noch enger zusammen.

Zupaß kommt ihnen dabei der – wegen dieser Kanonade – Ausstieg der drei linken SPDler aus der Regierung. Ebert kann sie durch ihm genehme Parteigenossen ersetzen. Er holt Gustav Noske aus Kiel, den Mann, von dem Graf Kessler gesagt hat, er wisse nicht, was an dem eigentlich sozialdemokratisch sei. Noske teilt Ebert sogleich die Erfahrungen mit, die er bei seiner Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Marineoffizieren (unter ihnen Canaris) in Kiel gemacht hat. Er ist sich sicher, auch den Arbeitern in Berlin bald zeigen zu können, wo's unter sozialdemokratischer Führung langgeht. Die sind inzwischen gar nicht mehr so gut auf ihre Oberen zu sprechen. Eine Massendemonstration löst die andere ab, und der Zorn der Basis auf die Regierung wird immer größer. Als der linke Polizeipräsident Eichhorn im Januar 1919 von Ebert abgesetzt wird, verschärft sich der Konflikt. Verlagshäuser (darunter das des »Vorwärts«) und Bahnhöfe werden besetzt. Liebknecht ruft zum Sturz der Regierung auf.

Darauf hat Pabst gewartet. Er bietet Noske, der inzwischen in einer Dahlemer Villa weilt, seine Dienste an und wird »sein rührigster Helfer« (Noske). Mit Hilfe von Offiziersbrigaden und gutbesoldeten Freiwilligenverbänden bauen sie einen gigantischen Militärapparat auf. Noske, dem es nie vergönnt war, Soldat zu werden, kann endlich das tun, wozu er sich berufen fühlt: Er darf »den Bluthund« (Noske) spielen und marschiert an der Spitze der Truppen in Berlin ein. Pabst wählt sich ein Nobel-Hotel zum Stützpunkt, das einen paradiesischen Namen trägt: Eden. Er hat keine Sorgen, seine Hotelrechnung nicht bezahlen zu können: Die Großindustriellen Stinnes und Minoux sowie der millionenschwere Vertreter eines »Großbürgerrates« erledigen das Finanzielle.

Am Abend des 15. Januar 1919 macht Pabst den Fang seines Lebens. Von ihm aufgebaute illegale Bürgerwehren schleppen ihm – widerrechtlich und ohne Haftbefehl – Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an. Vor allem Luxemburg, deren agitatorische Begabung Pabst fürchtet, hat sich ihm verhaßt gemacht. Dabei spielt es keine Rolle, daß sie für den Januaraufstand überhaupt keine Verantwortung trägt bzw. ihn sogar heftig kritisierte. Für Pabst steht sie als Idol der Massen, vor denen er sich genauso fürchtet wie Noske und Ebert, im Zentrum seiner Angst und ist daher zu beseitigen. Pabst: »Sie war gefährlicher als alle anderen, auch die mit der Waffe.«

Er verhört Liebknecht und Luxemburg kurz in seinem Hauptquartier und beschließt, sie ermorden zu lassen. Dazu holt er eine Truppe, die Zuverlässigkeit verspricht: Marineoffiziere. Mit ihnen heckt er folgenden Plan aus: Einige der Offiziere, v. Pflugk-Harttung, v. Ritgen, Stiege und Schulze, sollen Liebknecht nach einer fingierten Autopanne im Tiergarten »auf der Flucht«, ein anderer, der Marineleutnant Souchon, getarnt als Unbekannter aus der Volksmenge, die gehbehinderte Frau Luxemburg beim Abtransport aus dem Hotel erschießen. Der Plan wird, trotz einiger Pannen, verwirklicht. Was bislang aber unbekannt blieb: Pabst will in jener Nacht seinen Oberbefehlshaber, Gustav Noske, nicht außen vor lassen. Schließlich hat der ihm schon früher versichert, daß die Exekution seiner Ex-Parteigenossen »durchgeführt werden müsse«. Nun möchte Pabst von Noske die Einlösung seines Versprechens, also ruft er ihn an und bittet ihn um den Mordbefehl. Noske antwortet: »Das ist nicht meine Sache! Dann würde die Partei zerbrechen, denn für solche Maßnahmen ist sie nicht und unter keinen Umständen zu haben.« Gleichzeitig aber sinnt er auf einen »Ausweg« und fordert Pabst auf, die Genehmigung des Generals von Lüttwitz (Pabsts Vorgesetzter) zur Erschießung der beiden Gefangenen einzuholen. Pabst wendet ein, »die werde ich nie bekommen« – was Noske weiß. Entsprechend reagiert er: »Dann müssen Sie selbst verantworten, was zu tun ist.« Pabst versteht dies völlig richtig als Freibrief zur Ermordung der beiden »Spitzen-Landes- und Hochverräter« und schreitet zur Tat.

Als am Tag nach dem Doppelmord ein Proteststurm losbricht,behalten Noske, Ebert (der vermutlich von dem nächtlichen Telefonat nichts weiß) und ihr rühriger Helfer Pabst die Nerven. Man will die Umstände, unter denen die »Unruhestifter unschädlich gemacht wurden« (Noske), untersuchen lassen: vom Gericht der Gardedivision, deren Befehlshaber Pabst ist. Die Kameraden der Mörder sollen also über diese zu Gericht sitzen. Wieder hat Pabst alle Fäden in der Hand, ein willfähriger Kriegsgerichtsrat Paul Jorns, er wird später an Hitlers Volksgerichtshof als Ankläger Karriere machen, steht ihm zur Seite – er verzögert, vertuscht, fälscht Akten und läßt die Täter auf freiem Fuß. Die SPD spielt mit und verteidigt ihre Freunde in Uniform. Niemand werde »seinem gesetzlichen Richter entzogen«. Auch als die zivilen Beisitzer unter Protest ihren Austritt aus der Untersuchung verkünden, erscheint Justizminister Landsberg und seinem preußischen Kollegen Heine (beide SPD) das Verfahren noch immer korrekt. Noske gar schickt seiner »treuen Stütze«, Pabst, ein Glückwunschtelegramm zu dessen schwerbewachter Hochzeit, wo auch die Mörderoffiziere mittafeln. Als wider Erwarten dann doch ein Prozeß ins Haus steht – »Noske hatte mir versprochen, daß es dazu nicht kommen werde« – , befördert Pabst seinen Freund, den Marineoffizier Wilhelm Canaris (der inzwischen in Noskes Vorzimmer sitzt), zum Richter und weiht ihn in das Komplott ein. Canaris, dem späteren Abwehrchef Hitlers, bereitet das Katz und Maus-Spiel mit der sich arglos gebenden SPD-Regierung großes Vergnügen.

So geht einer der schamlosesten Lügenprozesse der deutschen Rechtsgeschichte über die Bühne. Bestechung, Erpressungen und massive Zeugeneinschüchterungen bilden die Basis dieser Camouflage. Schon Tage vorher proben die verdächtigen Offiziere im Gefängnis ihren Auftritt. Die Zellentüren in Moabit stehen immer offen, Canaris und Pabst gehen aus und ein.

Die »Gefangenen« verfügen sogar über Maschinengewehre, Handgranaten und Flammenwerfer. Der Ausgang des Verfahrens wundert indes niemanden. Der Mörder Luxemburgs wird gar nicht vor Gericht gestellt, die Marineoffiziere werden vom Mord an Liebknecht freigesprochen. Zwei an der Ermordung Luxemburgs Beteiligte erhalten lächerliche Strafen. Schließlich verhilft Canaris einem von ihnen, dem Oberleutnant a.D. Vogel, höchstpersönlich zur Flucht nach Holland. Dort erhält Vogel auch bald die Nachricht von seiner Strafbefreiung. Veranlaßt hat sie Gustav Noske, entgegen den Vorschlägen seiner konservativen Rechtsberater.

Doch damit ist die Allianz Pabst/ Noske noch längst nicht zu Ende. Im März 1919 fühlen sich beide erneut berufen, das Vaterland zu retten. Als ein Generalstreik gegen die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin in erste, von Noske-Truppen provozierte Kämpfe mündet, plant Pabst die endgültige Zerschlagung der demokratischen Revolution. Er inszeniert eine Zeitungsente über sogenannte Greuelmorde der Linken. Im folgenden Empörungstaumel gelingt es ihm, Noskes Unterschrift unter einen Befehl zu erhalten, der alles Bisherige in den Schatten stellt. Der Befehl lautet: »Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.« Ein Befehl, den bis dato noch kein Herrscher auf deutschem Boden zu geben gewagt hatte, der über alle feudalen Landkriegsordnungen und alles Kriegsrecht hinausgeht: ein Terrorbefehl. Noske aber, der Sozialdemokrat, unterschreibt ihn. In seiner Folge werden in Berlin knapp 1.200 Menschen wegen Bagatelldelikten und aus purer Willkür erschossen, wird das Aufbegehren der Massen blutig erstickt. Auch in München, in Braunschweig und in den Küstenstädten.

Dieser Befehl samt seiner Folgen ist nach dem Doppelmord an Liebknecht und Luxemburg die zweite reife Leistung, die die SPD in die Weimarer Republik einbringt. Er zeigt eine Partei, die sich ohne Skrupel von ihrer demokratischen Tradition entfernt und, einmal an der Macht, das bis dahin übliche Maß an Staatsterrorismus überbietet. Eine Partei, die lieber mit den alten Militärs mordet, als mit ihrer eigenen Basis »mehr Demokratie« zu wagen.

Es ist daher nur konsequent, daß Pabst im Juni 1919 Noske die Errichtung einer Militärdiktatur vorschlägt, mit »Justav« als Diktator. Doch Noske lehnt ab. Als Pabst daraufhin putschen will, zieht der Chef der OHL, Generalleutnant Gröner, nicht mit. »Der kleine Napoleon« wird entlassen. 1920 beteiligt er sich am Kapp-Putsch gegen die Regierung. Noske, der »feine Kerl« (Pabst), der den Putschisten recht lasch entgegentritt, muß nach dem Scheitern des Putsches zurücktreten. Pabst flieht nach Österreich und baut dort die präfaschistischen Heimwehren auf. Noske aber ist politisch am Ende. Ab und zu hört er noch etwas von seinem Freund aus Wien. Etwa als der sich brüstet, mit »Justav« immer noch in Kontakt zu stehen, und der österreichische Bundeskanzler Seipel angesichts der Niederschlagung der Wiener Arbeiteraufstände versichert, Pabst habe seine Methoden bei Noske gelernt.

1930 kehrt Pabst nach Berlin zurück. Er versucht, eine faschistische Internationale zu gründen, hat beste Kontakte zu Göring und wird schließlich Direktor der Rüstungsfirma Rheinmetall Borsig. Weil er zur »falschen« Seite der Nazipartei gehört, ist ein Mordkommando im Zuge des Röhm-Putsches auf ihn angesetzt. Dem entgeht er nur knapp. Aus dem Gefängnis kommt er dank Canaris, der inzwischen Karriere gemacht hat. Später geht Pabst in die Schweiz und macht es sich dort gemütlich. Noske stirbt 1946 fast vollständig vergessen.

1955 kehrt Pabst wieder nach Deutschland zurück. Jetzt fürchtet er sich nicht mehr vor ostzonalen Entführungskommandos. Seine Auslieferung durch die Westalliierten an die Sowjets wegen des Liebknecht/Luxemburg-Mordes – schließlich wird der kurz nach Kriegsende als Verbrechen gegen die Menschheit angesehen – erscheint nun ebenfalls unwahrscheinlich: Die BRD ist teilsouverän geworden. Also wird Pabst wieder politisch aktiv, kontaktiert seine alten Mordkameraden, bandelt mit dem »Laden Blank«, dem Verteidigungsministerium, an, erreicht durch Kontakte zum Regierungssprecher, daß die Bundesregierung ihn 1962 für die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts lobt und ist ansonsten im internationalen Waffenhandel tätig. Erst als 1969 ein Fernsehspiel von Dieter Ertel die Hintergründe des Doppelmordes aufdeckt und Pabsts Urheberschaft offenlegt, wird ihm etwas mulmig. Es gibt sogar eine Demonstration vor seinem Haus. Pabst – durch die Düsseldorfer Polizei mit Namen und Adressen sämtlicher Demonstranten ausgestattet – ist wütend und überlegt einen Moment – schließlich ist Wahljahr – , ob er der undankbaren SPD eins reinwürgen soll. »Wenn ich das Maul auftun würde, nachdem ich 50 Jahre geschwiegen habe, gäbe es einen dollen Stunk.« Aber Pabst ist müde und schickt den zu Beginn dieses Beitrags zitierten Brief an seinen Verleger nicht ab. So bleiben seine Memoiren ungedruckt. Zu lesen sind sie allerdings inzwischen, einschließlich der pikanten Details der Freundschaft mit Noske – in Pabsts jetzt zugänglichem Nachlaß im Militärarchiv Freiburg.

Klaus Gietinger ist Sozialwissenschaftler und Regisseur und lebt in Frankfurt

Konkret 02/95, S. 28

Robert Kurz

Veitstanz der Mandarine

Schlanker Staat, Sozialabbau und Systemkrise – der vermeintlich strategisch geführte »Klassenkampf von oben« ist in Wahrheit Ausdruck einer generellen Konzeptionslosigkeit

Die Welt des Kapitals scheint nur in einigen linksradikalen Köpfen noch in Ordnung zu sein. Nur dort findet der vereinheitlichte, generalstabsmäßig durchgezogene strategische Gesamtplan von Staat und »Kapitalherren« für einen »Klassenkampf von oben« statt, während der »sozialdemokratische Reformismus« gewohnheitsmäßig halbherzigen Widerstand leistet und leider unbegreiflicherweise der linke klassenkämpferische Pol gesellschaftlich völlig verschwunden ist; insofern müßte die kapitalistische Welt sogar in den Zustand einer Supra-Ordnung eingetreten sein. Bei näherem Zusehen nimmt sich die strategische Planungsdebatte für schlanken Staat und Sozialabbau jedoch einigermaßen seltsam aus. Sie gleicht eher einem gesellschaftspolitischen Veitstanz und einer Straßenprügelei der Mandarine als einem wohlüberlegten Plan.

Allein im Dezember 1994 fielen innerhalb weniger Wochen so ziemlich sämtliche institutionellen Repräsentanten übereinander her, ohne mehr Freund und Feind zu kennen. Den Reigen eröffnete Arbeitgeberpräsident Murmann mit dem dürren Vorschlag, hinfort die Zahlung des Weihnachtsgeldes in »schlechten Jahren« zu streichen. Bevor die Gewerkschaftssprecher noch so recht zum Gegenschlag ausholen konnten, wurde der Kämpfer des Kapitals von hinten durch seinen Verbandsfreund Gottschol zu Fall gebracht, seines Zeichens Präsident von Gesamtmetall, der Murmanns Vorstoß öffentlich zurückwies. Dafür trat der DIHT-Präsident und Kettensägenhersteller Stihl in die Arena, um ein Kettensägenmassaker am Urlaubsgeld für Beschäftigte mit Krankheitstagen zu empfehlen – jedoch nur, um dafür von »Zukunftsminister« Rüttgers (CDU) gerüffelt und von Arbeitsminister Blüm als »Standortrisiko« vors Schienbein getreten zu werden. Dazwischen meldete sich das sanfte Stimmchen des Pfarrers und CDU-Generalsekretärs Hintze, der im Rahmen einer »grundlegenden Reform« das Ehegattensplitting kappen wollte und damit eine fromme Überlegung der linken Memorandum-Autoren Priewe und Hickel zur Finanzierung der deutschen Einheit aufgriff – die Schläge dafür erhielt er vom Koalitionspartner FDP.

Gottschol zeigte dann, wie man es macht, indem er die Begrenzung der West-Löhne auf das Niveau von 1990 forderte, um sich dafür wenige Tage später durch öffentliche Verkündigung seiner plötzlichen Einsicht selbst zu ohrfeigen, daß eine »moderate Lohnerhöhung« 1995 geradezu »notwendig« sei. Um die Sache abzurunden, trat der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) noch einmal gegen Arbeitgeberfreund Stihl nach, dem »lautstarke Übertreibungen« und Einmischung in branchenfremde Verhandlungen vorgeworfen wurden. Aus dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Lager wollte es sich die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer nicht nehmen lassen, zu einem Rundumschlag gegen die angedrohten sozialen Grausamkeiten auszuholen; sie flog dabei jedoch über das ausgestreckte Bein der bayerischen SPD-Chefin Schmidt, die sich öffentlich erbot, ausgerechnet ihrer Landsfrauin und CSU-Sozialministerin Stamm bei der Rasterfahndung nach armen Schweinen, die angeblich »Sozialhilfe-Mißbrauch« betreiben, tatkräftig unter die christlichen Arme zu greifen.

Während so zum Jahresende das Keifen in der SPD um das euphemistisch als »Modernisierungskurs« bezeichnete Torkeln Scharpings in die Große Koalition angeheizt wurde, ließ Bundespräsident Herzog in seiner Silvesteransprache völlig unvermittelt seine strategisch wichtige onkelhafte Maske fallen und erklärte kehlig, die in »guten Jahren« gemachten sozialen »Zugeständnisse des Staates« an sein Volk müßten nun aber wirklich abgebaut werden. Eine geradezu wilhelminische Formulierung, und es wäre nicht überraschend, wenn ihm dafür wiederum von irgendeiner Bischofskonferenz das biedere Gesicht zerkratzt wird, die dann ihrerseits in der »Welt« wegen »mangelnden Sachverstands« eine Abkanzelung erleidet.

Warum geht es derart kunterbunt und so wenig »strategisch« zu? Offensichtlich deswegen, weil bei allen Beteiligten die »Interessenlage« nicht mehr eindeutig und selbstverständlich ist. Die Schizophrenie der Interessen verweist auf eine neue Qualität von Risiko und Krise, die das Resultat einer langen, vom traditionellen Linksradikalismus kaum reflektierten binnenkapitalistischen Entwicklungsgeschichte ist. Bis zum 1. Weltkrieg waren »Kapitalismus brutal« und hemmungsloser »Klassenkampf von oben« vor allem deswegen möglich, weil die Kapitalverwertung nur ein (wachsendes) Segment der gesellschaftlichen Reproduktion darstellte, also noch nicht flächendeckend, noch keine konsumorientierte Massenproduktion und stark investitionslastig war, während ein Teil des Mehrwerts durch nichtkapitalistisch erzeugtes Geldeinkommen realisiert wurde (dies bildete einen Aspekt der Theorie von Rosa Luxemburg). Gleichzeitig war der Gesellschaftskonflikt noch stark vom Kampf um Staatsbürgerrechte gegen die halbfeudale Staatsmacht geprägt, während andererseits soziale Depravierung und Krisen teilweise durch agrarischen Rückhalt bzw. subsistenzwirtschaftliche Eigenproduktion selbst in den Städten (vor allem durch die Frauen) abgefedert wurden.

In der ökonomisch »irregulären« Katastrophen-Epoche der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise wurde der Übergang zur fordistischen Massenproduktion und zur (räumlichen wie strukturellen) Totalisierung des Kapitalverhältnisses buchstäblich freigeschossen. Es entstand die flächendeckende, dreifache »fordistische Kohärenz«: 1. konsumtionslastige Massenproduktion von Waren mit dem Auto als Zentralware (»Automobilzyklus«); 2. Massen-Geldeinkommen und gleichzeitig absolute gesamtgesellschaftliche Lohnabhängigkeit; 3. Massenkonsum fordistischer Konsumgüter. Energetische Basis wurden die intensiven fossilen Energien (Erdöl und Erdgas), politische Form die Massendemokratie, die als »fordistische Verbrennungsdemokratie« bezeichnet werden muß. Dieses totalisierte Kapitalverhältnis konnte auf seinen eigenen Grundlagen prozessieren, allerdings nur um den Preis hoher Störanfälligkeit, hoher Konsumstandards der Massen und hoher Wachstumsraten (Rosa Luxemburg wurde keineswegs endgültig widerlegt).

Während die »fordistische Kohärenz« im Staatssozialismus des Ostens auf rohe Formen beschränkt und in den postkolonialen Gesellschaften des Südens bloßer Entwicklungshorizont blieb, trug sie im Westen einige Jahrzehnte. Lediglich für den kurzen sibirischen Sommer des »Wirtschaftswunders« konnte die »Illusion immerwährender Prosperität« (Burkart Lutz) entstehen. Im nunmehr geschlossenen Systemkreislauf konnten die System-Repräsentanten von Kapitalmanagement und Lohnarbeit nur unter der Bedingung hoher realer Wachstumsraten »ihre« unzweideutigen Interessen vertreten, und das Resultat war tatsächlich in erster Linie von den sozialen und politischen »Kräfteverhältnissen« im (beiderseits blind vorausgesetzten) Bezugssystem abhängig.

Dieses »Modell« eines kurzlebigen Entwicklungsstandes geriet aber schon seit den 70er Jahren in ständig zunehmende Schwierigkeiten. Die ökologische Unhaltbarkeit des absurden Verbrennungskonsums setzt absolute Naturschranken; gesellschaftlich produzierte globale Naturkatastrophen drohen und sind teilweise schon manifest geworden. Postfordistische Rationalisierung und Globalisierung überholen die Ausdehnung der Märkte und stoppen den realen Akkumulationsprozeß. Eine wachsende »strukturelle Massenarbeitslosigkeit« hat zur »strukturellen Überakkumulation« und zu einem fiktiven Scheinwachstum im monetären Überbau geführt (derivativer Kasinokapitalismus). Die »fordistische Kohärenz« kann nur noch durch überdimensionierten Staatskonsum und damit durch ausufernde Staatsverschuldung mit hohen Inflationspotentialen teilweise und immer brüchiger aufrechterhalten werden. Die Weltregionen »nachholender Modernisierung« durchlaufen großenteils bereits Systemzusammenbrüche mit entsprechenden Folgen (anomische Zustände, Bürgerkriege).

Es zeugt von mangelnder Reflexion, zu glauben, »das Kapital« könne in dieser Situation zu präfordistischen Zuständen oder gar zum Frühkapitalismus zurückkehren und dabei munter weiterakkumulieren. Das ist längst nicht mehr bloß von sozialen und politischen »Kräfteverhältnissen« abhängig, sondern eben von der Bedingung der Systemkohärenz: Dies war der Preis für die Totalisierung des Systems. Die »produktive Konsumtion« des Kapitals wird jetzt im Weltmaßstab von der Massenkonsumtion begrenzt – »jobless growth« ist für ein systemisch totalisiertes Kapitalverhältnis ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb tritt in der »strukturellen Überakkumulation« als Krise neuen Typs für beide Seiten des Binnenkonflikts, d.h. für Gewerkschaften und Sozialpolitiker wie für die »Arbeitgeber«, die zunehmende Sorge um das gemeinsame Bezugssystem in den Vordergrund, sprich: für »Arbeitsplätze« und »Wachstum« trotz objektiver Unhaltbarkeit dieser Kriterien. Der Streit darüber hat keineswegs bloß legitimatorischen Charakter, weil beide Seiten auf diese Kriterien existentiell verwiesen sind. Mit anderen Worten: Die frühere Eindeutigkeit der »Interessen« wird unter den neuen Krisenbedingungen nicht aufgehoben, aber überlagert von dem Problem, das gemeinsame Bezugssystem zu erhalten. Deshalb die Widersprüchlichkeit der Vorstöße und »Vorschläge«, deren Zusammenhangs- und Konzeptionslosigkeit die systemische Paralyse andeuten.

Bodenloser sozialer Zynismus wächst bei allen Systemrepräsentanten ebenso wie bei ihrer Basis, aber jede Maßnahme droht auf ihre Urheber zurückzuschlagen. Die Globalisierung war kein strategisches Projekt, sondern blindes Prozeßresultat, von dem das Management und die politische Klasse gehetzt werden. Jede strategische Überlegung wird durch eine Flut allzu starker Risikofragen blockiert. Billiglohn und Akquisitionen in Osteuropa? Unbedingt, aber wie hoch sind dort die Kosten durch mangelnde Infrastruktur? Wie groß die Risiken durch sozialen Zerfall, Mafiaherrschaft und Bürgerkriege? Welche Investitions-Flops drohen durch mangelnde Absatzmärkte und globale Überkapazitäten? Flucht nach China und Südostasien? Sicherlich, aber wie kommt man bei negativen Entwicklungen wieder heraus? Was passiert, wenn die Chinesen ihre riesige Masse maroder Staatsindustrie nicht mehr halten können? Außerdem stößt auch der asiatische Boom bald an die Grenzen riesiger, in Billiglohnstaaten nicht binnenökonomisch finanzierbarer Investitionskosten für die Infrastruktur. Soll dafür das globale spekulative Geldkapital produktiv angezapft werden? Aber wie? Und würde ein daraus resultierender realer Nachfrageschub nicht hyperinflationäre Prozesse in den bisherigen Hartwährungen auslösen? Überhaupt, auch gegenüber den anderen Blöcken in der »Triade« (Japan, USA, EU) – wie weit kann, soll, muß die gegenseitige »Öffnung« gehen? Wer wird dabei unter die Räder kommen?

Dieselbe Paralyse zeigt sich in der Rückkoppelung von Rationalisierung und Globalisierung auf die Nationalstaaten bzw. die zerfallenden Nationalökonomien. Wie weit kann man die eigene Kundschaft zuhause wegrationalisieren oder auf Billiglohn setzen, wie groß bleibt die eigene Abhängigkeit von Binnenkaufkraft? Der Streit z.B. um den »Mißbrauch der

Sozialhilfe« ist ein nicht nur schäbiges, sondern auch hinsichtlich des Reproduktionsproblems völlig danebenliegendes Ablenkungsgeschwätz. Andererseits: Wie prekär kann die eigene Position auf den Weltmärkten unter dem allseitigen Konkurrenzdruck werden? Wie unsicher sind die Exportmärkte durch bereits vielfach system-inkonforme Verhältnisse (irreguläre Wechselkurse, kasinokapitalistische und staatsökonomische Verwerfungen der Kreditsysteme etc.)? Schlanker Staat? Großartig, aber in welchem Ausmaß hängt die Kapitalreproduktion selbst bereits von der Staatsverschuldung ab? Und flankierende Funktionalisierung des »Nationalgefühls« à la Schäuble? Gefährlich und eher abzulehnen, denn wie soll eine ideologische Nationalkampagne herkömmlichen Musters von »sozialpatriotischen Ansprüchen« entkoppelt werden, die damit seit Bismarck zwangsläufig verbunden sind, aber in schroffem Kontrast zu Globalisierung und »schlankem Staat« stehen?

Die sozialen Grausamkeiten wachsen unaufhaltsam, aber nicht als Resultat einer »Strategie« der vor- und zurückzuckenden Hüter des Kapitalverhältnisses, sondern eher nach dem Muster »einstürzender Neubauten«. Das gemeinsame Bezugssystem hört auf zu funktionieren, aber für die jetzt erst denkbare Alternative einer Entkoppelung gesellschaftlicher Ressourcen von Ware-Geld-Beziehungen gibt es keine Bewegung, keinen Diskurs, nicht einmal einen Ansatz – am allerwenigsten bei den Resten des alten Linksradikalismus. Es entsteht die paradoxe Situation, daß die Systemrepräsentanten nicht mehr weiter »so können« wie bisher, aber die Massen unbedingt weiter »so wollen« wie bisher.

Während eines Kolloquiums im Rahmen der laufenden Image-Kampagne der Deutschen Bank fragte sich BDI-Präsident Necker, wie denn das »wirkliche Phänomen« andauernder »sozialer Ruhe« in der zunehmend verarmenden BRD-Bevölkerung zu erklären sei. Die Antwort gab indirekt eine Umfrage der Wickert-Institute, derzufolge die Deutschen »optimistisch wie niemals zuvor« auf den säkularen Aufschwung warten, beflügelt durch die peinlichen regierungsamtlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Voraussagen eines »Booms bis zum Jahr 2000«. Wenn dieser marktwirtschaftliche Wahn sich (vielleicht schon in den nächsten Monaten) grausam blamiert, dann wird es keine Rückkehr des alten »Klassenkampfs« geben, der seinem Begriff und seiner Geschichte nach an die monetäre Umverteilungsfähigkeit gebunden, somit auf den Entwicklungshorizont der »Modernisierung« beschränkt war. Viel wahrscheinlicher sind Gewaltausbrüche aller Art, wie sie sich in der rassistischen Mordbrennerei der letzten Jahre bereits gezeigt haben und von den weiter fortgeschrittenen Krisenregionen in noch größeren Dimensionen vorexerziert werden.

Robert Kurz schrieb in KONKRET 4/94 über die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD

Konkret 02/95, S. 30

Wolfgang Müller

Freies Hauen

Super Information Highway in den USA vor dem Start, Postreform II über die Bühne, Postreform III in Vorbereitung, weltweite Kapitalkonzentration in der Medienindustrie: In zehn Jahren soll die Telekommunikation weltweit mehr Umsatz machen als die Autoindustrie samt Zulieferern, schon jetzt hat sie die höchsten Wachstumsraten

Die Entwicklung in der BRD ist typisch für die kapitalistischen Metropolen: Nicht nur beim Mobilfunk (D2 von Mannesmann, das neue E-Netz u.a. von Thyssen), sondern auch in ihrer Domäne, der Sprach- und Datenübertragung, steht der Telekom Konkurrenz ins Haus: RWE, Deutsche Bank und Mannesmann wollen zunächst Großkunden Sprach- und Datendienste inkl. Bildübertragung und Multimedia anbieten – praktischerweise auch über das eigene Netz, das die Kraftwerke und Stationen des Stromversorgers RWE verbindet. Auch der Bahn, deren Kommunikationsleitungen das ganze Land durchziehen, werden Pläne nachgesagt, ihr nicht ausgelastetes internes Netz an Firmen zu vermieten. Die Telekom selbst agiert längst auf dem Weltmarkt als einer der größten Anbieter von Kommunikationsnetzen: Im Herbst 94 hat sie zusammen mit der (noch) staatlichen France Telecom angekündigt, ihr internationales Geschäft in einer neuen Gesellschaft zusammenlegen zu wollen. Dritter im Bunde ist jetzt die amerikanische Telekom-Firma Sprint, in den USA der drittgrößte Anbieter für internationalen Sprach- und Datenverkehr. Bundespost-Telekom und France Telecom kaufen sich mit 20 Prozent bei Sprint ein.

Überall, nicht nur in Europa, dasselbe Szenario: Entweder die Monopole für Sprach- und Datenverkehr sind längst gefallen, wie etwa in Großbritannien, oder die staatlichen Telefongesellschaften werden gerade für die Börse schön- und für die ins Haus stehende Konkurrenz flottgemacht. In Italien steht die staatliche Telefongesellschaft zum Verkauf, in Ungarn hat sich die deutsche Telekom zusammen mit der US-Telefongesellschaft Ameritech eine 30prozentige Beteiligung an MagyarCom gesichert.

Schon im Wahlkampf 93 hatte Clinton eine Initiative für ein Glasfaser-Superdatennetz in den USA, den »Information Highway«, angekündigt. Die Datenautobahn gilt der Wallstreet als wesentliche Voraussetzung, um die USA wirtschaftlich und technologisch wieder auf die Überholspur zu bringen. Clintons Vize Al Gore verkauft die Datenautobahn als demokratische Reform, die keinen Staatsbürger ausschließen solle und die beispielsweise elektronische Bürgerversammlungen ermöglichen werde. Praktisch ist damit in den USA eine neue gewaltige Konzentrationswelle eingeleitet worden – sowohl durch die Verschmelzung der Netze der regionalen Telefongesellschaften mit denen der Kabelfernsehanbieter (65 Mio. Anschlüsse in den USA) als auch durch die Fusionen mit großen Medienkonzernen, die die Software in Form von Filmen, Fernsehserien, Fernkursen etc. liefern. Das erwartete zusätzliche Investitionsvolumen von ca. 50 Mrd. Dollar bis 1998 wird mit dem Nachfrageschub verglichen, den der Bau der Interstate Highways in den USA vor über 30 Jahren ausgelöst hat.

Was passiert da eigentlich in der Telekommunikation, nachdem sich das Telefon seit seiner Erfindung vor über 100 Jahren nur wenig verändert hat? Was sind die Hintergründe des weltweiten Monopoly, und warum erreicht das Spiel gerade jetzt seinen Höhepunkt? Was sind – abgesehen von dem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes für zigtausende Telekom-Beschäftigte – die Auswirkungen auf die gesellschaftliche Organisation der Arbeit?

Beschleunigter Kapitalumschlag

Die Telekommunikation nimmt eine Schlüsselstellung ein sowohl für die Verwertungsbedingungen aller Einzelkapitale als auch für die Konkurrenz und Neupositionierung der wirtschaftlichen Großmächte auf dem Weltmarkt. Außerdem ist die Telekommunikation selbst ein riesiger und beschleunigt wachsender Markt – für Dienstleistungen, für die Ausrüstung und die Endgeräte, für die Software, die Programme, die die Leitungen »zum Glühen« (Telekom-Chef Ricke) bringen sollen.

Ohne schnelle Datennetze, Mobilfunk, elektronische Post und Videokonferenzen etc. sind Projekte wie die gerade stattfindende Vernetzung der weltweiten Produktionsstätten der »global players« nicht machbar. Das Rückgrat der Integration des Fertigungsprozesses vom Reißbrett des Entwicklers bis zur Lagersteuerung ist längst ein schnelles Datennetzwerk. Die Unternehmen, die sich als erste vernetzt und an die weltweiten Datenautobahnen angeschlossen haben, rechnen mit satten Extraprofiten. Anbieter von PCs oder Autos fertigen nicht mehr auf Lager, sondern nur noch auf Bestellung, die sofort übers Netz an das Werk in Singapur oder Schottland oder sonstwo geht, wo auch gleich die an dasselbe Netz angeschlossenen Zulieferer ihre Teile fertigen. Diese neue Stufe der Globalisierung und Verkettung von Firmen ist ebenso erst durch die Vernetzung von Computersystemen möglich geworden wie die weltweite Übermittlung von Finanz- und Börsendaten, das Verschieben großer Aktien- oder Devisenpakete in Sekunden zwischen den Hauptzentren der Kapitalspekulation.

Längst ist die Konkurrenz global – bei den Kabeln und Satelliten, der Hardware für die Kommunikationsdienste und bei der Software, den Programmen für die PC-Freaks und für die Glotze. Falsche Weichenstellungen oder verspätete

Investitionen können die einzelnen Konzerne und die zu nationalstaatlichen Interessengemeinschaften organisierten Kapitalverbände um Jahre zurückwerfen: So wird in der Branche bezweifelt, ob der Medienriese Bertelsmann ohne Hollywood-Studios überhaupt über die nötige Software für ein umfassendes Unterhaltungsprogramm verfügt.

Ein anderes Beispiel für die Folgen, die die Vernetzung für jahrzehntelang abgesteckte Kapital-Claims und etablierte Branchengrenzen hat, ist die jüngste Übernahme des US-Softwareanbieters Quicken durch Microsoft. Microsoft vermasselt nun womöglich weltweit den Großbanken das expandierende Geschäft mit dem privaten Online-Banking, der Überweisung vom Sofa aus. In den USA benutzen bereits über 10 Mio. Bankkunden die Quicken-Software »Inuit« für ihre private Buchführung; die Software erlaubt die Vernetzung mit den Verrechnungszentralen der Kreditkartenfirmen. Bill Gates spricht bereits davon, den »Dinosaurier«-Banken das Geschäft mit den Endkunden entreißen zu wollen.

PC, Fernseher oder Telefon?

Kaum eine Branche hat in den letzten Jahren so viele Zusammenschlüsse, Übernahmen und Allianzen im Weltmaßstab erlebt wie die Telekommunikationsindustrie. Beispiel Siemens: Der Konzern hat Italiens führenden Hersteller von Telekomausrüstungen, Italtel, geschluckt, wurde beim Rennen um eine Beteiligung an einem französischen Hersteller von Vermittlungsstellen (CGCT) allerdings vom US-Konkurrenten AT&T trotz Kanzlerintervention ausgestochen, hat sich dafür aber die Telefontochter Rolm von IBM, die britische Telefonfirma GPT und außerdem die Mehrheit am Rüstungs- und Elektronikkonzern Plessey einverleibt.

Auf dem Weltmarkt werden heute Telekommunikationsprodukte für ca. 1,2 Billionen DM umgesetzt – bei einer Wachstumsrate von über 5 Prozent jährlich. Schätzungen erwarten eine Verdreifachung des Marktvolumens bis zum Jahr 2000. Unter den größten Telekom-Anbietern ist ein Krieg um die Ausgangspositionen auf diesem Zukunftsmarkt im Gange, der nach den Aussagen der EG-Kommission im Jahr 2000z.B. für die Volkswirtschaften Europas wichtiger sein wird als gegenwärtig die Autoindustrie.

Die Regierungen selbst sind in Vertretung der nationalen Telekom-Anbieter unterwegs: Die US-Regierung drängt auf Öffnung des japanischen Telekom-Marktes, verlangt drastische Preissenkungen der Bundespost im Nordatlantik-Telefonverkehr (die Telekom kassierte bis vor kurzem etwa das Dreifache der US-Preise für ein USA-Gespräch), fordert die Aufhebung der Monopolstellung der Telekom und des bisherigen Lieferanten Siemens, einer der »Amtsbaufirmen«, wie sie bei der Bundespost bis vor kurzem hießen. Die Londoner »Financial Times« berichtete vor zwei Jahren von Extraprofiten, die Siemens noch 1989 beim Verkauf von Vermittlungssystemen an die Bundespost gemacht haben soll: Die Post zahlte damals mehr als das Doppelte von dem, was US-Telefongesellschaften für nahezu identische Siemens-Systeme berappen mußten.

Weltmarkt-Prognose eines Siemens-Vorstandsmitglieds: »Von jetzt 15 bis 20 Herstellern öffentlicher Fernmeldetechnik dürften in Zukunft nur noch etwa sechs übrigbleiben.« Von den Telekommunikationsanbietern mit europäischer Basis haben heute nur noch die französische Alcatel, die schwedische Eriksson-Gruppe und Siemens globale Bedeutung, daneben AT&T und Northern Telecom (Kanada). Da die Marktanteile in den Industrieländern weitgehend fixiert sind, verlagert sich die Konkurrenzschlacht auf die Märkte in Südostasien und in Osteuropa. Sowohl die Anbieter von Vermittlungssystemen – von AT&T über Siemens bis NEC – als auch die jetzt für die Konkurrenz fitgemachten Netzbetreiber wie die Telekom, die japanische NTT, British Telecom und die regionalen US-Telefongesellschaften, sind mit großen Investitionen und Joint Ventures angetreten, um sich ihren Anteil an dem Zukunftsmarkt zu sichern.

Im Bereich der Telekommunikation haben mit Siemens, Eriksson & Co. europäische Konzerne internationale Spitzenpositionen erobert. Europäische Telekom-Hersteller dominieren etwa die digitale Mobilkommunikation, einen zentralen Zukunftsmarkt. Der in Europa definierte GSM-Standard für digitalen Mobilfunk ist weltweit führend, US-Konkurrenten wie Motorola liegen um Jahre zurück, in den USA beginnt erst jetzt der Aufbau eines digitalen Mobilfunknetzes.

Die Billionen-Dollar-Frage aber ist noch nicht beantwortet: Welches elektronische Gerät macht das Rennen als Datenzentrale in den Abermillionen Haushalten, die künftig an die Multimedia-Datenautobahnen angeschlossen sein sollen? Dreht sich dort künftig alles um den Multimedia-PC, über den die Auswahl aus Hunderten von Fernsehprogrammen und aus zigtausend über Netz verfügbaren Videofilmen erfolgt? PC-Hersteller und Software-Riese Microsoft (»Windows für die Waschmaschine«) setzen auf diesen Trend. Oder wird das Telefon aufgemotzt, um Fernsehen, PC-Kommunikation, Video-Shopping etc. zu steuern? Welches Gerät wird überhaupt technisch in der Lage sein, die riesigen Datenmengen bei der Übertragung von Filmen über Kabel in Echtzeit so zu verarbeiten, daß ein Tango auf dem Fernsehschirm nicht als Breakdance erscheint? Die Chip- und Gerätehersteller, die hier das Rennen machen, erwartet ein in seinen Dimensionen kaum vorstellbarer Markt.

Das digitalisierte Netz als neue Produktivkraft

Die vor etwa zehn Jahren begonnene Digitalisierung der Kommunikation brachte die Ablösung der seit Jahrzehnten in ihren technischen Grundlagen wenig veränderten Telefontechnologie. Mit riesigen Investitionen wird heute in allen Industrieländern die Netzinfrastruktur einschließlich der Vermittlungsanlagen umgekrempelt. Computer übernehmen die Gesprächsvermittlung, Glasfaserkabel ersetzen dicke Kupferkabel. Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten: ISDN ist die deutsche/europäische Variante der Glasfaser-Datenautobahn für Zigtausende parallele Telefongespräche, superschnellen Datentransport und für die Übertragung von bewegten Bildern. Rapide vermehren sich gerade die drahtlosen (meist digitalen) Netze und Mobilfunkdienste (C-Netz, D1, D2, E-Netz für Sprachverkehr, Modacom für drahtlose Datenkommunikation). Die Digitalisierung ist zudem die Basis der Integration von Computern und Telefonie. Konsequent tun sich allenthalben die Computerkonzerne mit den Herstellern von Telefonsystemen zusammen. Dabei entstehen neue Anwendungen, wie etwa das computergestützte Telefonieren: Ein Computer leitet je nach Vorwahlnummer des Anrufers das Gespräch automatisch an den zuständigen Sachbearbeiter der Versicherung oder des Versandhauses weiter, und auf dem Bildschirm des Bearbeiters erscheinen sofort die Kundendaten – zeitgleich mit dem Gespräch. Die Telekom arbeitet am Aufbau eines »intelligenten Netzes«. Damit sind künftig Firmen bundesweit unter ein und derselben Rufnummer erreichbar. Die Anrufe können je nach Vorwahl des Anrufers oder nach den Schichtplänen der Beschäftigten oder der Verfügbarkeit einzelner Spezialisten an die unterschiedlichsten Filialen im In- und Ausland oder auch an den Privatanschluß eines Beschäftigten, an seinen Heimarbeitsplatz, weitergeleitet werden – automatisch per Computer und nicht erkennbar für den Anrufer. Die Telefonauskunft arbeitet jetzt schon mit solchen Systemen: Man ruft bei der Auskunft München an und wird von der Auskunft Schwäbisch-Hall abgefertigt.

Die Digitalisierung der Kommunikation und die Installation von schnellen Netzen schließlich sind die technischen Voraussetzungen für neue Möglichkeiten und Dienste, die sich hinter dem Begriff Multimedia verbergen. Video auf Abruf, Home-Shopping am PC oder Fernseher mit einer Bildqualität wie im Otto-Katalog statt bei BTX, Computerspiele mit einem Partner über Tausende km Entfernung, Bildtelefonie – all das und mehr ist technisch machbar und wird sich wahrscheinlich zu einem Riesenmarkt entwickeln, wenn erst einmal die Infrastruktur geschaffen ist und die Preise für den Anschluß an die Datenautobahn und für die Inanspruchnahme der einzelnen Dienste nicht mehr prohibitiv hoch sind.

Der technologische Bruch ist radikal: Die bislang dominierende zentralistische Telekom-Infrastruktur, materielle Grundlage für Monopole und Quasi-Monopole, hat ausgedient und wird durch ein lose verbundenes Netzwerk von abertausend Computern und Subnetzen ersetzt. Längst kann ein PC den gesamten Telefonverkehr einer Kleinstadt koordinieren, die klassische Ortsvermittlung ersetzen. Technisch könnte künftig jeder, der einen leistungsfähigen PC besitzt und Zugang zum Netz hat, anderen auch seine Vermittlungsdienste anbieten. Bei Mailboxen ist das schon Realität.

Neue Konzentrationswelle

Im Gefolge der technischen Umwälzungen in der Telekommunikation wird gründlich dereguliert. Die bislang in allen Industriestaaten existierenden Gesetze und Verordnungen, die in der Telekommunikation wenigstens teilweise die Marktgesetze einschränkten und zumindest dem Anspruch nach den allgemeinen Zugang zu den Nachrichtennetzen garantieren und für einheitliche technische Standards sorgen sollten, werden ausgehebelt. Verbindliche technische Standards sind erst wieder gefragt, wenn sich auf dem Markt bestimmte Technologien, Softwareprogramme und Geräte durchgesetzt haben. Bis dahin gilt: freies Hauen und Stechen.

Trotz Deregulierung und Privatisierung aber ist der weltweite Trend zur Kapitalkonzentration in diesem Sektor ungebrochen, da nunmehr alle Schranken der Kapitalverwertung eingerissen und riesige Kapitalmengen für die kostspieligen Entwicklungen und Investitionen mobilisiert werden. Die staatlichen oder staatlich geschützten Netzbetreiber und Anbieter von Kommunikationsdiensten – ob NTT in Japan, die deutsche Telekom oder British Telecom – verloren bereits oder verlieren gerade ihre Monopolstellung. Dabei ist die Deregulierung in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit vorangekommen: In der BRD besteht laut Gesetz das Netz- und das Sprachmonopol der Telekom noch bis 1998, gleichwohl wird es vermutlich schon 1996 zugunsten von VEBA, RWE und anderen beseitigt werden. In den USA ist der Wettbewerb zwischen den lokalen, den regionalen und den drei internationalen Telekom-Gesellschaften (AT&T, MCI, Sprint) noch sehr eingeschränkt, außerdem gibt es die Kabelfernsehgesellschaften, die mit ihren Kabeln fast jeden Haushalt erreichen, aber keine Gespräche vermitteln dürfen. Jetzt fordern die Konzerne von der Clinton-Administration, jede Möglichkeit wechselseitiger Verflechtung zuzulassen.

Noch frisch in Erinnerung ist das Gerangel der deutschen Konzerne um den Zuschlag für das zweite – private – digitale Mobilfunknetz D2; schließlich bekam Mannesmann den Zuschlag. Kurz darauf erhielt Thyssen die Lizenz für das drahtlose digitale E-Netz, dessen Aufbau gerade begonnen hat. Nun wappnet sich die Großindustrie, um demnächst der Telekom beim Telefonieren über Leitungen vor allem die Geschäftskundschaft abzujagen. Denn nachdem es zum Wohle des deutschen Kapitals zig Milliarden in den Aufbau Ost gepumpt hat, steht das Postunternehmen zur Privatisierung.

Getreu den Lehren der angebotsorientierten Ökonomen haben die Regierungen in den USA, Japan und Großbritannien diesen Schritt längst vollzogen und außerdem die Netzmonopole der Telefongesellschaften mehr oder weniger zerschlagen.

Daraus entstanden sind – ebenfalls durchaus lehrbuchgemäß – aggressive, global agierende Kapitale, die mit neuen Dienstleistungen und sinkenden Preisen die Geschäftskundschaft beglücken und dafür die Dienste für Privatkunden verteuern bzw. abbauen. Zwischen 1984 und 1989 sanken in den USA die Gebühren für Ferngespräche um 35 Prozent, während Ortsgespräche knapp 50 Prozent teurer wurden.

Tele-Arbeit und Globalisierung der Arbeitsabläufe

In den USA hat im Zusammenhang mit dem »Information Highway« eine öffentliche Debatte darüber begonnen, wie bei völliger Freigabe der Telekommunikation für private Kapitale gleiche Zugangsmöglichkeiten für jeden Bürger, der Glasfaseranschluß für jedermann und der (kostenlose oder sehr billige) Zugriff auf die über das Netz verfügbaren Informationen garantiert werden können. Absehbar ist eine Spaltung der Gesellschaft in solche, die sich Informationen und den Anschluß an die Datenautobahn leisten können, und andere, die vielleicht noch über einen Kabelfernsehanschluß inklusive Teleshopping verfügen, aber auf Videotelefonie, Informationssuche im Netz und den Zugang zu elektronischen Bibliotheken verzichten müssen. Wer bezahlt den Glasfaseranschluß für jeden Haushalt? Gibt es einen Anspruch auf Anschluß zu den gleichen Bedingungen und Kosten wie in der City auch dann, wenn man im Elendsviertel oder 20 km entfernt von der nächsten Kabelstrecke wohnt? Wer garantiert die Rechte auf Bildung und Information und subventioniert z.B. (elektronische) Bibliotheken, wenn immer mehr Wissen nur noch elektronisch abrufbar ist?

Auch der Datenschutz muß vermutlich ganz neu betrachtet werden: Verschiedenste Netzanbieter und Hunderte von Informationsdienstleister konkurrieren um das Zukunftsgeschäft, das auf der interaktiven, der Zwei-Wege-Kommunikation z.B. zwischen dem Video-auf-Abruf-Dienst von Time-Warner und dem Zapper vor der Glotze basiert. Jede Bestellung, jede interaktive Informationsrecherche löst eine Transak-tion aus, die in den Computern der Netzbetreiber und der Service-Anbieter gespeichert wird. Damit haben die Unternehmen am Netz nicht nur einen minutengenauen Überblick, was jeweils nachgefragt wird, sondern auch, von wo und von wem die Bestellung kommt.

Schließlich sind einige der Konsequenzen für die Arbeitswelt bereits absehbar: Neue Formen von Heim- bzw. Telearbeit werden sich ausbreiten. Immer billigere, schnellere PCs und kaum noch teurere, aber nochmals schnellere Workstations, preiswerte, schnelle Kommunikationsdienste und -netze, schließlich ausgereifte Software für Arbeitsgruppen, die sich nur über das Netz kennen – damit ist die Telearbeit endgültig eine unternehmerische Alternative, die sich lohnt. In Großbritannien, das in Europa auf diesem Sektor eine Vorreiterrolle spielt, werden in den nächsten Jahren mehrere Millionen neue Heimarbeiter erwartet, zumeist Frauen, die Telemarketing und andere Jobs in ihrer Küche verrichten.

Die neuen schnellen Netze werden einen weiteren gewaltigen Schub für die Globalisierung der Arbeitsmärkte bringen. Nicht zufällig ist gerade die EDV-Branche selbst Vorreiter beim Aufbau dieser weltumspannenden Arbeitsteilung. Software-Dependancen aller führenden Computerhersteller und Softwareanbieter in Indien und künftig in Moskau und China, weltumspannende »virtuelle« Projektgruppen, die per Email und über elektronische Konferenzen den Arbeitsprozeß organisieren – das alles ist längst Realität.

Wolfgang Müller schrieb in KONKRET 9/93 über den chinesischen Brutalkapitalismus

Konkret 02/95, S. 33

Rudi Stoert

Dressierte Reflexe

Computer- und Bewußtseinsindustrie verschmelzen und versuchen, die Hegemonie über den Datenraum zu erobern

Interaktive Pop-CD-Roms, Erfahrungen mit 0190er-Nummern, Internet und »Datenautobahn« sickern ins öffentliche Bewußtsein, »Cybersex« evoziert aufregend polymorph-perverse Phantasmen, Kongresse und Fachzirkel gedeihen unter der wohlwollenden Obhut mutierender Industriebranchen. Die Buchmesse zeigte das verheerende Ausmaß der CD-Rom-Pest, die Ars Electronica spannt ein weiteres Mal einen ungeheuren Horizont für öffentliche Einbildungen auf, »interaktives Fernsehen« gibt es morgen, spätestens übermorgen – und im Zentrum: *der* neue *strange attractor*: die global-orbitale, multi- und hypermediale, voll-interaktive Datennetzhaut: *GII – Global Information Infrastructure*.

Die Bundestagswahl war beispielhaft. Denn sie hatte genau jenes mickrige Interaktionspotential, das auch die ersten »interaktiv« genannten Artefakte auszeichnet: die Entscheidung zwischen vorgegebenen Möglichkeiten zwecks besserer Anbindung des Konsumenten – Wähler oder User geschimpft – an das Produkt. So geht das.

Das sagt nun erstmal wenig über das Interaktionsmoment an sich. Es »entspricht der Selektierbarkeit der einzelnen Inhalte, der Verknüpfbarkeit der Inhalte und Elemente und der vielleicht individuellen Zusammenstellung«, meint Dr. Kirsten, Geschäftsführer der Bertelsmann-Tochter Telemedia GmbH. Das heißt, Interaktion ist vor allem ein Gestaltungsmittel, wie Grafik, Multi- oder Hypermedia. Sie ist Design. Als solches dient sie dem guten Zweck, den sich ein Künstler davon verspricht, wie z.B. »die Leute sollen selbst kreativ werden, statt zu konsumieren« (Peter Gabriel). Klingt gut! Schrumm, schrumm. Nun konsumieren »die Leute« heute eben Erlebnisse, Effekte irgendwo zwischen Wahlen im kollektiven Freizeitpark bei Bungeejump, Rave und Diskurspflege. Kreativ und interaktiv. Fummeln an Objekten rum, stecken Chip-Karten in Schlitze, drücken Tasten, die »Drück mich« fordern. Diesen Erwartungen kompatibel und dem Interaktion-als-Design-Standard entsprechend brach im letzten Jahr eine Angebotswelle nach der anderen über Couch-Potatoes, Otaku und Net-Surfern herein.

Pop-CD-Roms... – damit fing es wohl an, Peter Gabriels *Xplora 1* und *Freakshow* von den Residents. Nach ihnen: eine Flut silberner Scheiben, jeder Major-Act warf eine weitere in die staunende Runde der Special-interest-Fachjournalisten. Irgendwie hip. Cool. Und, Bruder..., das ist nur ein relativ kleines Marktsegment: Wir reden von aufwendig produzierten Titeln, die das Medium auszureizen versuchen. Vergessen wir dabei aber nicht die interaktiven Spiel-CD-Roms, die interaktiven sujet-orientierten Titel, die interaktiven Lexika, Nachschlagewerke, Städteführer und Datenbanken auf CD-Rom... Im Angbot natürlich auch interaktive CD-Rom-Periodika, interaktive Ausstellungskataloge, H-E-Y... es gibt interaktive CD-Rom-F-i-l-m-e, interaktive Pornos, interaktive Kinderlehrbücher in mehreren Sprachen auf CD-Rom, aber ja, alles da! ... Interaktion? – Eine Design-Frage. Ein Großteil dieser Medien ist zudem hochtoxischer Informationsmüll, birgt jede Menge Altlasten (weil alte Produkte neu aufgelegt werden) und hat soviel Kohärenz wie die gesammelten Folgen »Glücksrad«.

Ach ja, interaktives Fernsehen: TV-Stationen verkaufen Zuschauer(-zahlen) an die werbetreibende Konsumgüter- und Dienstleistungsindustrie. Das ist Fernsehen. Im Kampf um die Sendehoheit in deinem Kopf wird das Produkt gelegentlich optimiert, 1994 mittels »Interaktion«. Modell Meisner oder Alain Resnais-TV: Zuschauer diskutieren unerträgliche Soaps und wählen an Handlungsknoten, welchem von zwei Erzählsträngen sie weiter folgen wollen. Modell Gameshow: Kids belasten die Telefonrechnungen der Eltern, indem sie bei X-Base oder Hugo per Telefontastendruck telematisch ein Spiel daddeln. Das zweite Modell ist vielleicht bedeutsamer, da es Sinnproduktion und Reality-Virtualisierung komplett entstellt, statt dessen eine reine Projektionsfläche aufspannt: Hier wird nichts mehr erzählt, nur noch interagiert – d.h. es werden Reflexe dressiert. Einzig Ponton/VGTV gelingt es, Fernsehen zu einem Raum aufzubauen, in dem Möglichkeiten wuchern, die von den Beteiligten entwickelt werden wollen: Piazza Virtuale während der Ars Electronica in Linz. Ponton allerdings benutzt Fernsehen als Schnittstelle von Kommunikationsmedien – Telefon, Telefax, Computer-Netze als Treffpunkt von Menschen also.

Was treiben Menschen in Datenräumen? Cybersex! Sex und neue Techologie ist sowieso immer gut. Gut für die Lancierung neuer Produkte – das haben wir bei der Einführung von Polaroids und VCRs gelernt. Gut auch, weil die Virtualisierung des Körpers und seiner Erfahrungen Phantasmen produziert, die sich ideal – weil imaginär – mit medialen Bewußtseinsprothesen koppeln lassen. Die ganzen deprimierenden Artefakte, wie digitale Pornos, interaktive Erotik-Animationen, die Proliferation pornographischer Copyrightverstöße im Internet, sollen erst gar nicht untersucht werden. Da passiert nix. Anders ist’s bei jener Art von Tek-Sex, bei dem der humane Ganzkörper telematischen Read/Write-Operationen unterworfen wird. Den Amerikanern um Mike Saentz weit voraus, die eine Kopplung traditioneller Stimulatoren mit VR-Techniken anstreben, präsentierten zwei Studenten aus Köln mitten im Sommer ihren interaktiven Kopulations-Simulator. Die Akteure – im Grunde läßt sich eine Massenorgie rund um den Globus imaginieren – legen eine

leichte, mit Sensoren und taktilen Stimulatoren besetzte Rüstung um ihre erogenen Zonen und geraten über ein Rechnernetz in Kontakt.

Arthur Kroker erzählte mir von einem Unfall in diesem System (es sind immer Unfälle, die uns die Wesensmerkmale einer Technologie aufzeigen). Nach einem der ersten Versuche zeigte sich ein männlicher Proband zutiefst beeindruckt, die Partnerin habe seine innersten Wünsche erkannt, geweckt und befriedigt. Doch der hochkomplexen Software, dem digitalen High-End-Lotterbett seiner Erfahrungen, war ein fundamentaler Fehler eingeschrieben: Autismus. Die Rechner tauschten keine Daten, die Menschen keine Intensitäten – die Installation rückkoppelte das Begehren in einer gigantischen Datenschleife: ein State-of-the-Art-Masturbationsapparat.

Das genau ist das zentrale Dilemma: Der Reiz von VR-Spielhallen, 0190er-Telefonservices und all den anderen interaktiven Produkten mag im Konsum einer Erfahrung liegen, die in der wirklichen Wirklichkeit, im Land hinter den Images und Codes, nicht mehr zu erleben ist bzw. so nie zu erleben war. Medien sind Bewußtseinsprothesen, Phantasma-Apparate, Mind-Machines. Sie gerieren virtuelle Welten, die ihrem Konsumenten Souveränität, schuldlose Sünden, unbegrenzte Asozialität versprechen. Für kurze Zeit, für wenig Geld. Es ist die Rede vom Zusammenbruch der sozialen Systeme, vom Niedergang des öffentlichen, politischen Diskurses, vom Verschwinden des Öffentlichen überhaupt, vom Verlust des Urbanen. Von Virtualisierung und Simulation körperlicher Erfahrung. Einem fremden, technischen Blick auf unseren Leib.

Parallel dazu gewinnt ein neuer Kontinent langsam an Gestalt: Cyberspace. Der Raum hinter der TAE-Buchse. Er ist besiedelt, und seine Bevölkerung wächst von Tag zu Tag. Enklaven bilden sich, viele mit einem spezifischen, selbst gewählten Sozialsystem. Es entstehen neuartige öffentliche Räume, in denen auch intelligente Sub-Routinen, sogenannte Agents, reine Software also, mit Menschen interagieren. Im Hintergrund, knapp unterhalb der Wahrnehmungsschwelle, brausen die Datenströme: Finanzaktionen am Geldautomat, an der Tankstelle, im Supermarkt, zwischen Versicherungen, Krankenkassen, der Schufa. Daten bilden Muster von Kommunikationsprofilen, Krankheitserregern und Krisenherden.

Dorthin führen die interaktiven Gadgets von 1995.

Rudi Stoert gibt in Berlin die Literaturzeitschrift »Warten« heraus und surft im Internet

Konkret 02/95, S. 34

Werner Pirker

Und jetzt die Börse?

An Jelzins Tschetschenien-Politik ist nichts überraschend. Nicht mal die Reaktion des Westens darauf

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die westliche Unterstützerfront der russischen Demokratie den kommunistischen Pferdefuß des Jelzin-Regimes entdecken würde. Nun rauscht es nur so im Blätterwald, wo zum großen Halali auf den grausamsten Imperator seit Josef Stalin geblasen wird. Das Bild vom antikommunistischen Freiheitshelden auf dem Panzer, das ein sportlicher Boris Nikolajewitsch im August 1991 abgegeben hatte, ist Vergangenheit. Jetzt fährt ein »Kalinka« grölender Kreml-Herrscher im Panzer nach Kaukasien, um freiheitsdurstige Bergvölker unter die Knute seines Reiches zu zwingen.

Den Demokraten habe sich Jelzin entzogen, dafür sei er fest in der Hand der Nationalisten, vertraute Galina Starowoitowa, »Demokratin der ersten Stunde« und ehemalige Beraterin des russischen Präsidenten, dem »Spiegel« an. »Der nächste drastische Schlag«, fürchtet sie, »könnte gegen die Marktwirtschaft geführt werden – zum Beispiel mit der Schließung aller Börsen.« Nur zur Erinnerung: Die Schließung des Parlaments hatte der Demokratin nicht den geringsten Kummer bereitet. Eines muß man den Markt-Fundamentalisten freilich lassen: Sie sind aufrechte Kämpfer gegen das Imperium geblieben, weshalb sie im Panzerring um die »kriminelle Freihandelszone« Tschetschenien gleichsam die Belagerung der Moskauer Börse sehen.

Die Stereotypen tanzen Kasatschok. Schon immer sei das russische Imperium mit der Klaue eines Bären in anderer Leute Gärten getorkelt, zitiert der »Spiegel« den Militärberater des Clanführers von Grosny, Mussa Mirschujew. Der »Zeitung für Deutschland« und die Welt erscheint der Tschetschenien-Krieg längst nicht mehr als innerrussische Angelegenheit, sondern als antikolonialer Befreiungskrieg, der die Solidarität des Westens verdiene. Auch der »Freitag« sieht in der russischen Militäraktion eine Neuauflage der berüchtigten »Breschnew-Doktrin«.

Die bürgerliche Medienvielfalt hat den Schwenk zum Antijelzinismus ebenso kollektiv vollzogen, wie sie sich im September/Oktober 1993 ohne nennenswerte Ausnahme an der publizistischen Umzingelung des Weißen Hauses in Moskau beteiligte. Demokratiepolitische Bedenken waren zwar da und dort geäußert worden, doch damals verbot es noch die Höflichkeit, dem antikommunistischen Emporkömmling seine realsozialistische Kinderstube vorzuhalten. Die von Jelzin im September 1994 auf der Uno-Vollversammlung getroffene Feststellung, daß Rußland ein großes Land sei und bleibe und deshalb auch eine gewisse geopolitische Verantwortung im eurasischen Raum trage, löste allerdings bereits heftige Irritationen aus. Eine solche Frechheit in Gegenwart des amerikanischen Präsidenten hätte sich seit Chruschtschows berüchtigter Schuh-Affäre kein russsischer Führer mehr erlaubt, ereiferte sich die Warschauer »Wyborcza Gazeta«.

Daß der zweimalige Sieger über den Kommunismus nun selbst zum Prügelknaben der antikommunistischen Propaganda geworden ist, macht ihn nicht sympathischer. Denn Boris Nikolajewitsch Jelzin entspricht in der Tat jenem rot-braunen Feindbild, das er und die internationale Bürgerpresse gegen die kommunistisch-patriotische Opposition an die Wand malten. Das hätte schon auffallen müssen, als er gegen den »Kommunofaschismus« wütete und dabei die Traditionen des chilenischen Generals ebenso bemühte wie die des sowjetischen Generalissimus. Damit der Faschismus nicht durchkomme, hieß es, wurden die Parlamentarier ins Luschniki-Stadion gebracht – »auf vielfachen Wunsch der Arbeitskollektive«, versteht sich.

Aus Jelzin wurde Stalzin, witzelt ein Jahr später der Karikaturist der »New Herald Tribune«. Aus dem Kämpfer gegen das Imperium ist ein großrussischer Imperator geworden. Jelena Bonner, der der Populist aus dem Ural ohnedies nie ganz geheuer gewesen sein dürfte, mag das als Jahrhundertverrat empfinden. Doch im Grunde war die Bruchlinie zwischen den beiden wichtigsten Tendenzen innerhalb des antikommunistischen Lagers in Rußland schon im Prozeß der Machteroberung durch Jelzin deutlich geworden: zwischen den Verkündern der westlichen Moderne und den Gynäkologen der russischen Wiedergeburt. Beide Strömungen einte das Ziel der Systemdemontage, der Zerstörung der Sowjetunion als Synonym der kommunistischen Ordnung. Die Bewegung »Demokratisches Rußland« bildete den Hegemon des antiimperialen Kampfes, wobei sie bedenkenlos die nationalistischen Strömungen in den Republiken, die sich ja nicht gegen ein abstraktes Zentrum, sondern gegen eine behauptete russische Dominanz richteten, für sich nutzte. Gleichzeitig meldeten sich schon damals Leute zu Wort, welche für die postkommunistische Zukunft eine wirkliche russische Hegemonie anmeldeten, um endgültig mit dem ideologischen Gleichheitsstereotyp der Sowjetära Schluß zu machen. Als Resultante im Kampf gegen die Sowjetunion ergab sich allerdings eine getreue Kopie der bolschewistischen Strategie zur Zerstörung des zaristischen Kolonialreiches mit Hilfe der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes.

Während jedoch die Bolschewiki mit der Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung einen internationalistischen Zweck – die Beendigung des nationalen Haders durch eine Vereinigung der Völkerschaften des russischen Imperiums auf revolutionärer Grundlage – verfolgten, beinhaltete die Taktik der Jelzin-Demokraten allein die

Freisetzung der nationalen Antagonismen. Die blutrünstige Folklore fand im »demokratischen Moskau« ihr übernationales Koordinierungsbüro.

Der russische Wiedergeburtsmythos hatte jedoch stets auch eine expansionistische Komponente, da er in seinem Wesen nicht auf die Neugründung der russischen Nationalstaatlichkeit in den Grenzen der RSFSR zielte, sondern das historische Rußland im Visier hatte. Das war das Kleingedruckte in der Deklaration des eurasischen Völkerfrühlings. Die Desintegrationsprozesse hatten freilich bereits eine Eigendynamik entwickelt, die eine großrussische Aufhebung der Sowjetunion nicht mehr zuließen. Als die drei Slawenfürsten in Minsk die Auflösung der UdSSR auskungelten, konnte übrigens von freier Selbstbestimmung der Völker nicht mehr die Rede sein. Denn der nichtslawische Rest des multinationalen Staates sah sich schlicht vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die Verselbständigung der nationalen Gebilde noch im Rahmen der UdSSR bzw. die Nationalisierung der örtlichen Staatsmacht hatte durchaus eine marktwirtschaftliche Logik und entsprach exakt der Dynamik des Umsturzes der Eigentumsverhältnisse. Eben weil das staatssozialistische Eigentum nicht, wie immer behauptet, herrenlos war, sondern auf die eine oder andere Weise in der Verfügungsgewalt von Clans, nationalen, regionalen und sonstigen Seilschaften, meldeten diese Gruppen nun ihre Besitzansprüche an. Die entscheidende Triebkraft zur Herstellung einer separaten Staatlichkeit ergab sich somit aus den korrupten Interessen. Der Staat der Tschetschenen-Mafia beruht praktisch auf den gleichen Grundlagen wie der Staat der neurussischen Nomenklatura-Bourgeoisie.

Die Jelzin-Politik verfuhr deshalb auch lange Zeit nach dem »Eine Hand wäscht die andere«-Prinzip. In seinem Kampf gegen das Weiße Haus köderte der russische Präsident mit immer weitergehenden Souveränitätsversprechungen die Vertreter der nationalen Autonomie und setzte so die staatliche Einheit bedenkenlos aufs Spiel. Diese die Interessen einer räuberischen Staatsbürokratie, die nach der Devise »Hinter uns die Sintflut« die Grundlagen der eigenen Existenz verschlingt, reflektierende Politik machte vor allem eines deutlich: Je mehr Jelzin, desto weniger Rußland.

Die Jelzinisierung des Staates führte im übrigen auch jegliche auf die Etablierung kapitalistischer Verhältnisse gerichtete ordnungspolitische Orientierung ad absurdum. Wo die Verbürgerlichung der russischen Gesellschaft angesagt war, erfolgte deren allgemeine Deklassierung. Wo man die Entstaatlichung zu betreiben meinte, entwickelte sich ein parasitärer Etatismus. Wo der bürokratischen Herrschaft ein Ende gesetzt werden sollte, wuchs das Heer der Bürokraten um das Zweifache. Wo an die Herstellung eines neuen privatkapitalistischen Milieus gedacht war, vollzog sich die – zumeist auch noch kollektive – Aneignung des Gesellschaftseigentums durch die Nomenklatura. So wurde der Staat privatisiert und die Privatisierung verstaatlicht.

Doch der ganze Widersinn der Jelzinschtschina ergibt sich wiederum aus dem Wesen der strikt ordnungspolitisch begründeten kapitalistischen Transformation. Denn was hatte die Schocktherapie, gedacht als beschleunigte und simultane Umsetzung aller kapitalistischen Reformelemente, denn anderes im Sinn gehabt als einen ökonomischen Putsch der Bürokratie? Die Umkehrung der Verhältnisse von unten nach oben, also eine sozialistische Revolution, doch sicher nicht.

Als hätten sie ihrem eigenen Unsinn, daß das Ende des Sozialismus die Stunde der Schuhputzer sei, auch tatsächlich geglaubt, beklagen die russischen Neoliberalen und ihre westliche Sympathisantenszene nun das Ausbleiben eines authentischen Kapitalismus »von unten«, das heißt einer Unternehmerschicht, die etwas anderes im Sinn hätte als die Plünderung des verselbständigten Gesellschaftseigentums. Als könnte sich die Entstehung einer Besitzerklasse im postkommunistischen Rußland anders vollziehen, als sie sich vollzogen hat. Natürlich kann die liberale Internationale diese Prozesse nicht kapitalismuskritisch rezipieren, weshalb als Erklärung nur der kommunistische Virus im kapitalistischen Computersystem übrigbleibt. Das ist in einer bestimmten Hinsicht gar nicht so falsch. Denn die Jelzinschtschina hat zwar den Sozialismus und den Staat zerstört, nicht aber den Staatssozialismus, dessen Deformationen sie auf die Spitze treibt. Diese aber wurden in staatssozialistischen Zeiten »kapitalistische Überbleibsel« genannt.

Nun, wo der Jelzin-Zug wohl endgültig in Richtung Imperialismus und Etatismus abgefahren ist, stehen die Gaidaristen am Kursker Bahnhof und beweinen das Ende von Marktwirtschaft und nationaler Selbstbestimmung. Mit der internationalen Meinungsmache im Rücken und gestützt auf die Anti-Kriegsstimmung der Bevölkerung läge es freilich durchaus in der Hand der Liberalen, einen Kurswechsel zu erzwingen. Wenn sie keine Liberalen wären. Jedenfalls dürfte innerhalb der russischen Bevölkerung kaum Bereitschaft vorhanden sein, sich schützend vor die Börsen zu stellen. Die Linken und Zentristen, darunter auch Liberal-Demokraten wie die von Sacharow gegründete Memorial-Bewegung, betonen die Kontinuität Jelzinscher Gewaltpolitik. Die Panzer, die das Weiße Haus zusammengeschossen haben, stehen heute vor Grosny, heißt es in einem Aufruf des linken Moskauer Antikriegskomitees »an alle«.

Zu einer scharfen Differenzierung kam es auch im Lager der »gosudarstweniki« (Staatler). Während die braunen Staatsfetischisten wie Schirinowski und Barkaschow mit fliegenden Fahnen ins Präsidentenlager wechselten, widerstanden die kommunistischen Verteidiger der »1000jährigen russischen Staatlichkeit« der Versuchung, mit Jelzin in den Krieg gegen Dudajew und Gaidar zu ziehen, obwohl sie bis dahin den »bourgeoisen Liberalismus« als Rußlands Hauptfeind bezeichnet hatten. In Jelzins unrühmlicher Militäraktion, die zur schlimmsten Demütigung der russischen Armee in ihrer

bisherigen Geschichte geführt hat, sehen sie nur einen weiteren Schritt in den Abgrund. Das illegitime Moskauer Regime bleibe die Quelle der zivilen Konfrontation in der ganzen Föderation, meinte der KP-Vorsitzende Sjuganow, der auch daran erinnerte, daß Dudajew 1991 von den Moskauer Behörden, unter Auflösung des Obersten Sowjets der autonomen Republik, eingesetzt worden war.

Die einzige Stärke des Jelzin-Regimes bleibt die Schwäche seiner Gegner. Einem taktischen Bündnis zwischen Liberalen und Kommunisten, und sei es auch noch so kurzfristig, könnte der Kreml nicht standhalten. Dabei müßte allerdings den Gaidar-Leuten nicht weniger als den Kommunisten klar werden, daß es eine Rückkehr zur Vergangenheit nicht geben kann.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 12/94 über den russischen Nationalismus

Konkret 02/95, S. 36

Bernhard Schmid

Lob der Macht? Falsche Schlüsse

Jürgen Elsässers Beitrag über Afghanistan fünf Jahre nach der »Befreiung«, den wir im letzten Heft veröffentlichten, hat Widerspruch ausgelöst. Bernhard Schmid und Oliver Tolmein kritisieren Elsässers »Lob der Fremdherrschaft«

Das Thema ist gut gewählt: Im beredten Verstummen angesichts des Blutbads im »befreiten« Afghanistan blamiert sich sowohl der Slogan vom »nationalen Selbstbestimmungsrecht« als auch die, gegen die Sowjetunion gerichtete, westliche »Menschenrechts«-Rhetorik. Soweit vollkommen d'accord mit den Ausführungen und Schlußfolgerungen des Autors. Leider gefährdet er selbst den Erkenntnisgewinn durch falsche Schlüsse.

1. Die von Elsässer vorgenommene Bewertung der sowjetischen Außenpolitik gegenüber der »Dritten Welt« (»Soziale Marktwirtschaft und Zivilisation gab es auf der Südhalbkugel nur im sowjetischen Einflußbereich«) stimmt nur, solange man die sowjetische Politik gegenüber den – von Elsässer allein auf dem westlichen Sündenkonto verbuchten – Diktaturen im Iran und Irak ausblendet. Das Regime der Baathpartei konnte sich im Irak während der 70er Jahre politisch vor allem auf die UdSSR stützen (sowie auf Frankreich, das seit dem Ende des Algerienkriegs eine vom übrigen Westen unabhängige Nahostpolitik betreibt). Die politische Allianz Moskau-Bagdad zerbrach 1979, als die irakische Führung mit der Hinrichtung von Mitgliedern der bis dahin an der »Nationalen Allianz« beteiligten KP begann. Ähnlich die Haltung Moskaus zu Teheran: Nach der Machtübernahme der islamistischen Führung 1979 stützte die prosowjetische Tudeh-Partei, stützten die UdSSR und Kuba das Khomeini-Regime solange als »(kleinbürgerliche) antiimperialistische Führung«, bis die Mullahs 1982/83 durch die Exekution von Parteimitgliedern ihre anfänglichen Steigbügelhalter vergraulten. Auch die regierende Baath-Partei in Syrien erfreute sich noch bis 1990 einer engen politischen Bindung an die Sowjetunion.

Die sowjetische Politik gegenüber diesen Ländern des Nahen Ostens verfolgte den zu Lenins Zeiten etablierten Ansatz, die »antiimperialistischen nationalen Kräfte« in kolonialisierten oder halbkolonialen Ländern zu unterstützen. Anfang der 20er Jahre waren dies etwa die Kemalisten in der Türkei. Unter Chruschtschow und Breschnew stützte die UdSSR bspw. Nasser in Kairo, während die Mitglieder der ägyptischen KP ins Gefängnis geworfen wurden. Oftmals stützten die UdSSR und westliche Länder gleichzeitig dieselben Regime in der Region: Die Sowjetunion half beim Aufbau der Staatsindustrie als »progressivem Element«, die westlichen Länder bei dem der Privatindustrie. Gerade die sowjetische Außenpolitik in der Nahostregion folgte überwiegend dem von Elsässer zu Recht kritisierten Konzept der »nationalen Selbstbestimmung (gegen den Imperialismus)«, unter dessen Banner auch ausgesprochen autoritäre Führungen als »progressiv« bewertet wurden.

2. Richtig ist, daß der relativ fortschrittlichste Sektor der afghanischen Gesellschaft, das schmale städtische Bürgertum und die Akademiker, sich mangels eigener Durchsetzungschancen in dem zutiefst ländlich-feudal, klerikal und tribalistisch geprägten Land an die Sowjetmacht anlehnten. Ähnliches bewirkte indes häufig auch der europäische Kolonialismus. In ihrem Buch *The Government of God. Iran's Islamic Republic* schreiben Cheryl Benard und Zalmay Khalilzad: »Natürlich ist es wahr, daß die Interventionen der Industrieländer einen tiefen Riß in den Gesellschaftsordnungen der islamischen Welt verursachten. Das heißt aber nicht, daß das Sozialsystem dieser Gesellschaften nicht schon vorher von Brüchen gekennzeichnet war; im Gegenteil, der Fremdeinfluß erhielt gerade auch dadurch seine Wirkungskraft, daß er sich mit bereits bestehenden Konflikten und Instabilitäten verbinden konnte. Und die Kritik am Imperialismus der Großmächte sollte nicht übersehen, daß der durch den Fremdeinfluß bewirkte Bruch vielen benachteiligten und marginalisierten Gruppen erstmals eine Bewegungschance gab, weil er erstarrte Systeme aufbrach.«

Im Sinne eines »Lobs der Fremdherrschaft« wären demnach auch dem Kolonialismus positive Züge zuzuerkennen. Dies würde jedoch ignorieren, daß er langfristig eine genau umgekehrte Wirkung entfaltet hat; Benard und Khalilzad: »Pseudo-moderne Eliten und Regierungen sitzen an den Schalthebeln der Macht und arrangieren sich mit den Großmächten und dem internationalen System. Daneben aber existieren die traditionellen Eliten fort und behalten bedeutende Reste ihres Einflusses, sowohl materiell als auch kulturell und ideell. Während sie unter anderen Umständen als die Großgrundbesitzer, die rückständigen Traditionalisten und die privilegierten Eliten, die sie tatsächlich sind, bekämpft werden könnten, hat die Struktur der Nord-Süd-Beziehungen ihnen eine nationalistische und sogar revolutionäre Note verliehen. Heute streiten sie um die Restauration ihrer Macht und ihrer Privilegien, aber sie bedienen sich des Vokabulars der nationalen und kulturellen Befreiung und Selbstbehauptung und der entsprechenden Volksstimmung.«

Beispielhaft dafür ist die Übernahme der Macht durch den Klerus im Iran 1979 gewesen, bei der die antiimperialistische Demagogie des Ayatollah Khomeini eine Schlüsselrolle spielte. Aktuell manifestiert sich dies erneut in Algerien, wo der islamische Fundamentalismus im Massenbewußtsein durch nichts stärker legitimiert wird als durch die kollektive Erinnerung an den Kolonialkrieg Frankreichs 1954-1961 – wie gerade wieder die Flugzeugentführer von Algier demonstrierten, die sich mitsamt den gekidnappten Insassen über der französischen Hauptstadt in die Luft sprengen

wollten. Demokratie und Menschenrechte, erklärt der Chef der »Islamischen Heilsfront« (FIS) Ali Benhajd gegenüber einer algerischen Zeitung, seien deswegen für Algerien untaugliche Konzepte, weil sie aus Frankreich importiert worden seien.

Wie diese Beispiele zeigen, führte gerade die Herrschaft der Kolonialmächte dazu, eine »normale« gesellschaftliche Polarisierung in Kategorien wie links/rechts, modern-laizistisch/rückschrittlich-klerikal usw. in den unterjochten Ländern zu unterbinden. Statt dessen kam es dort zu einer rein außenzentrierten Polarisierung in kulturellen Kategorien. Ausgerechnet die »Modernität« der kolonialen Metropole führte dazu, die von ihr repräsentierten modernen Werte der Aufklärung, der bürgerlichen Revolution, der Menschenrechte nachhaltig zu diskreditieren und die traditionellen, rückschrittlichen Wertvorstellungen zu konservieren. Auch im Fall Afghanistan hat der sowjetische Einmarsch möglicherweise innergesellschaftlich einen Rückschlag befördert, weil er die durch die Sowjetarmee repräsentierte Modernität zu blamieren und den barbarisch-mittelalterlichen Kräften der Reaktion sich als »Freiheitskämpfer« zu profilieren half.

Zwar ist es richtig, daß die Sowjetunion eher politisch/militärische als ökonomische Interessen in der globalen »Peripherie« verfolgte. Der Hinweis, Moskau habe aus Afghanistan keinen Pfennig herausgeholt, genügt als Argument allerdings nicht, da auch Frankreichs krampfhaftes Festhalten an der »Algérie francaise« ökonomisch irrational war und langfristig höhere Kosten verursachte, als es Profite einbrachte.

Hermann L. Gremliza hat in einer seiner Kolumnen vor Jahren festgestellt, daß »Fremdherrschaft« in den meisten Fällen als »fremd« gehaßt werde, nicht als Herrschaft. Drehen wir das damit Kritisierte doch einfach um: Bekämpfen wir die Elemente der Herrschaft, doch verteidigen wir die als »fremd« denunzierten universellen Werte etwa der Menschenrechte. Ziehen wir eine scharfe Grenze zu jenen, die unter dem Deckmantel des Kampfs gegen den (fremden) Imperialismus im Namen »eigener«, »nationaler« Werte reaktionäre Modelle gesellschaftlichen Zusammenlebens propagieren.

3. Einer Politik der ideologischen »Klärung«, etwa zwecks Überwindung des Prinzips der »nationalen Selbstbestimmung«, ist grundsätzlich zuzustimmen. Sie sollte jedoch nicht völlig abheben von den Verhältnissen in jenen Ländern, anhand derer theoretisiert wird. Wenn Elsässer den Kommunisten in der PKK ein »Bündnis mit den laizistischen Teilen des türkischen Militärs« empfiehlt, so abstrahiert dieser Vorschlag doch reichlich von den tatsächlichen Verhältnissen in der Türkei und dem Charakter des dortigen Militärapparats. Berechtigt allerdings ist die darin implizierte Kritik an der zunehmenden Übernahme islamischer Agitation durch die PKK, die sich politisch katastrophal auswirken wird.

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 7/94 über rechtspopulistische Parteien in Europa

Konkret 02/95, S. 37

Oliver Tolmein

Lob der Macht?
Sackgasse

Jürgen Elsässers Beitrag über Afghanistan fünf Jahre nach der »Befreiung«, den wir im letzten Heft veröffentlichten, hat Widerspruch ausgelöst. Bernhard Schmid und Oliver Tolmein kritisieren Elsässers »Lob der Fremdherrschaft«

Als in den achtziger Jahren in KONKRET über den Einsatz der Roten Armee in Afghanistan diskutiert wurde, als Hermann L. Gremliza und der »ak« noch einer Meinung waren, war Nationalismus allenfalls ein Thema am Rand der Debatte. In der Auseinandersetzung ging es um Demokratie und die Frage, ob revolutionäre Theorie wieder Luft bekommt oder sich selbst den Hahn abdreht. So, wie Jürgen Elsässer in KONKRET 1/95 die Kontroverse aufgegriffen und rückblickend kritisiert hat, ist davon allerdings nicht mehr viel zu ahnen: Nationale Selbstbestimmung oder nicht? ist zur alles andere an den Rand drängenden Frage geworden. Elsässer hat – gemeinsam mit anderen – auch eine Antwort parat: Sie bringen einen Toast auf »die Fremdherrschaft« aus. Fatal daran ist schon, daß mit dieser Begrifflichkeit, wenngleich sie sicher vor allem provozieren soll, die Kritiker sich auf die Ebene der von ihnen Kritisierten begeben: Fremdherrschaft zu loben, verlangt zuallererst einmal, anzuerkennen, daß es ein durch besondere Eigenschaften ausgezeichnetes Kollektiv der »Fremden« gibt. Oder andersherum: Dieses zu bestreiten, bedeutet, daß das Lob in Wirklichkeit der »Herrschaft« zugedacht ist.

Der Grundgedanke von Elsässers Lobpreisung ist dabei weder neu noch falsch: »Nationale Selbstbestimmung«, der »nationale Kampf gegen Fremdherrschaft« führen in aller Regel zu keinem Gesellschaftssystem, in dem die Emanzipation des Individuums günstige Bedingungen vorfindet. Im Gegenteil: Wo im Vordergrund steht, daß es um den Erhalt, Schutz oder die Befreiung des Vaterlands geht, bestimmen am Ende meist Elend und Aggression das (Über-)Leben. So auch in Afghanistan. In der Auseinandersetzung um den Einmarsch der Sowjetunion dort und bei der Beantwortung der Frage, ob deren Abzug eine Niederlage oder eine Chance bedeutet hat, bringt uns das aber wenig weiter: Die Rote Armee ist nicht einmarschiert, um der Emanzipation der afghanischen Individuen zum Durchbruch zu verhelfen – sie hat als repressive Ordnungsmacht mit eigenen Interessen gewirkt. Was das wirkliche Ziel der Intervention gewesen ist, ist bis heute nicht bekannt – das Ergebnis war eine vorübergehende Stabilisierung des Nadschibullah-Regimes, ohne daß langfristig eine tragfähige eigene Basis hätte entwickelt werden können. Der Einmarsch hat die Lage in Afghanistan jedenfalls dynamischer beeinflußt, als es Elsässer nahelegt, wenn er einem statischen Geschichtsbild huldigt und schreibt: »Daß die Machtübernahme der Mullahs 13 Jahre aufgeschoben werden konnte ...« Der Bürgerkrieg hat sich in dieser Zeit etabliert, verschärft und Zigtausende von Toten auf beiden Seiten gefordert. Es bleibt der Spekulation überlassen, ob die Lage in Afghanistan ohne die sowjetische Intervention heute besser wäre, so wie es mir gewagt erscheint, zu behaupten, daß ein Verbleib der Invasionstruppen über 1989 hinaus dafür hätte sorgen können, daß die »halbwegs humanen Verhältnisse« überdauern.

Während Elsässer für KONKRET seinen Rückblick auf die Rote Armee/Afghanistan-Kontroverse verfaßte, sind russische Truppen in Tschetschenien einmarschiert. Hier geht es – die neunziger Jahre sind das Jahrzehnt des wiederauflebenden Nationalismus – ganz offensichtlich um territoriale und historische Ansprüche. »Keine Tränen für Tschetschenien« kommentierte Elsässer am 11. Dezember in der »jungen Welt« die ersten Kriegshandlungen, »denn Tschetschenien ist Teil des russischen Staates, so wie Kreuzberg Teil des deutschen ist.« In den Wochen davor und danach hat Elsässer noch die Iren, Basken, Korsen und Kurden wegen ihres auf nationale Unabhängigkeit zielenden Kampfes scharf kritisiert – was an sich nicht weiter schlimm wäre, würde seine Kritik am Nationalismus nicht in einem starren Konservatismus enden. »Nationale Selbstbestimmung« wird von ihm zwar immer wieder generell abgelehnt – tatsächlich treibt ihn aber regelmäßig sein Engagement zum Erhalt der großen Nationen an den Schreibtisch, denn einleuchtenderweise machen zumeist Gruppen mit einem nationalistischen Programm mobil, die (wenigstens kulturell) repressive Verhältnisse verändern wollen).

Elsässers Bitte an die IRA, den Anschluß ans Mutterland der Rolling Stones zu propagieren, statt die völkische Einheit mit Abtreibungsgegnern anzustreben, mag man ja noch weltfremd, aber gut gemeint und rührend finden. Sein Ratschlag an die PKK, sich mit den »laizistischen Teilen des türkischen Militärs« gegen seinen Lieblingsfeind , »den« fundamentalistischen Islam (der allerdings internationalistischer ist, als es Elsässer lieb sein dürfte), zu verbünden, hat schon deutlich weniger Charme. Beide Ansinnen zeichnen sich neben ihrem stillschweigenden Einverständnis mit dem Nationalismus der herrschenden Nationen dadurch aus, daß sie die nicht unmittelbar dem Nationalismus-Paradigma zuzuordnenden gesellschaftlichen Konflikte nur instrumentell wahrnehmen. Die Rolle des Militärs und seine autoritären Optionen in der türkischen Gesellschaft werden nicht analysiert, wenn es nur als Bündnispartner gegen den von Elsässer als Quasi-Nationalismus behandelten Fundamentalismus dienen kann.

Charakteristisch für Elässers Desinteresse an der inneren Dynamik gesellschaftlicher Konflikte ist seine in der Debatte um Tschetschenien hingerotzte Erkenntnis: »Vom Standpunkt der individuellen Emanzipation ist es vollkommen unerheblich,

ob die Bewohner Tschetscheniens von einem Alkoholiker im Kreml oder von einem Mafia-Diktator in Grosny regiert werden.« Tatsächlich macht es für die Individuen einen erheblichen Unterschied, ob sie in einem Staat leben, in dem die Scharia Gesetz ist, oder in einem Staat, in dem sie der Willkür der Polizei ausgesetzt sind; ob sie ihre Muttersprache sprechen können; ob sie Einfluß auf ihre Regierung nehmen können oder dafür in den Knast wandern (wobei im Fall von Tschetschenien und Rußland die Entscheidung, welches das erträglichere autoritäre System ist, schwer zu treffen sein dürfte).

Der Antinationalismus, so wie ihn Elsässer pflegt, ist also erstens nicht antinational, sondern verkehrt die frühere Begeisterung weiter Teile der Linken für den Befreiungsnationalismus bloß in sein Gegenteil: in eine besondere Abneigung gegen den Befreiungsnationalismus. Genauso problematisch ist, daß die Kritik des Nationalismus zu einem neuen Hauptwiderspruchs-Dogma zu verflachen droht. Der neue Dualismus kennt nur »vernünftige« und »unvernünftige« Fremde, nationalistische und nicht-nationalistische Kräfte, Freund und Feind. Politikanalyse beschränkt sich so auf eine merkwürdige Mischung aus schematischen Zuordnungen und Verschwörungstheorie: Saddam Hussein, Hamas und die iranischen Mullahs (die Liste ist wohl zu verlängern) erscheinen darin nur noch als Produkte westlicher Geheimdienste – wobei Elsässer uns eines leider nicht verrät (und da hätte es spannend werden können): wie denn das Gute im CIA vom Bösen zu trennen wäre; wie die sympathischen Fraktionen der britischen Regierung von der rassistischen Politik, die sie betreiben, losgelöst werden sollen; wie zwischen zivilisatorischen Elementen sowjetischer Politik und ihrem großrussischen (und fast durchgängig antisemitischen) Charakter unterschieden werden kann.

Die antinationale Politik, 1989/90 ein wichtiger Impuls gegen Ökonomismus und Populismus in der Linken, ist heute nach wie vor wichtig – sie gerät aber zusehends in eine Sackgasse. Die Frustration über die enorme Kraft, die nationalistische Strömungen weltweit mobilisieren können, schlägt um in ein resignatives Bekenntnis zur Konfliktlösung durch Militärintervention: Die Ruhe im Land wird angesichts der aufflackernden nationalen Auseinandersetzungen zum bevorzugten Zustand. Daß derVersuch, »Ruhe« herzustellen, die Kon-flikte oft eskaliert, ist ein taktischer Einwand; daß jeder emanzipatorische Prozeß damit völlig aus dem Blick gerät und revolutionäre Strategien gänzlich aufgegeben werden, ist die grundsätzliche Kritik. Das Bekenntnis zur »emanzipatorischen Alternative« zu Nationalismus und Eurochauvinismus, zum Kommunismus, gerät zur Phrase, wenn in den konkreten Auseinandersetzungen Partei für die autoritäre Konfliktlösung ergriffen wird.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 12/94 über den Ausgang des Kaindl-Prozesses in Berlin

Konkret 02/95, S. 39

Peter Hetzler

Neue Dreistigkeit

Die nach wie vor ungeklärten Umstände der Erschießung von Wolfgang Grams sind Thema sowohl des Prozesses gegen Birgit Hogefeld als auch eines vom ID-Archiv herausgebrachten Buches

»Die Gleise haben sich verschoben.«
CDU-MdB Gerster auf die Frage eines FDP-Abgeordneten, weshalb die Position der Leiche von Wolfgang Grams auf dem Bahnhof von Bad Kleinen von Bericht zu Bericht anders beschrieben worden ist

Daß die Güte der Beweislage in politischen Prozessen meist umgekehrt proportional zur Höhe des zu erwartenden Urteils steht, ist nicht neu. So überrascht es nicht, daß die Bundesanwaltschaft (BAW) im seit November vor dem OLG Frankfurt laufenden Prozeß gegen das im Juni 1993 in Bad Kleinen festgenommene RAF-Mitglied Birgit Hogefeld außer Mutmaßungen nichts zu bieten hat.

Da gibt es eine Unterschrift unter einem Kfz-Kaufvertrag, die – acht Jahre lang von BKA-Experten Sigrid Sternebeck zugeordnet – jetzt von Hogefeld stammen und beweisen soll, daß sie ein Auto für den RAF-Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt gekauft hat. Eine zivile Zeugin identifiziert je nach Tagesform mal Hogefeld, mal Sternebeck und mal Silke Maier-Witt als Autokäuferin. Ein weiteres Schriftgutachten vergleichbarer Qualität soll Hogefeld als Autobeschafferin für den versuchten RAF-Anschlag auf Ex-Staatssekretär Tietmeyer ausweisen. So dürftig diese Beweislage auch ist – in den vergangenen 20 Jahren hat sowas allemal für lebenslängliche Haftstrafen gereicht.

Neu hingegen ist die Dreistigkeit, mit der die BAW Birgit Hogefeld den Tod des GSG 9-Mannes Newrzella und den versuchten Mord an sechs weiteren GSG 9-Beamten in Bad Kleinen anhängen will, obwohl jeder weiß, daß Hogefeld bereits gefesselt und bewacht am Boden lag, bevor die Schießerei begann. Die Argumentation der BAW: Grams und Hogefeld hätten verabredet, sich für den Fall einer drohenden Festnahme den Weg freizuschießen, Hogefeld sei »gegen ihre Absicht« nicht mehr dazu gekommen, Grams hingegen habe entsprechend dieser Verabredung mehrmals »in Tötungsabsicht« (für Hogefeld mit-)abgedrückt, am Ende lag Newrzella tot am Boden, also sei Hogefeld schuldig. Die – immer noch ungeklärte – Frage, ob Newrzella überhaupt an Kugeln aus der Waffe von Grams gestorben ist, ist dabei für die BAW kein Thema mehr.

Etwa zeitgleich mit dem Beginn des Hogefeld-Prozesses erschien in der Edition ID-Archiv das Buch *bad kleinen und die erschießung von wolfgang grams*. Dieser Materialband, zusammengestellt von der Redaktionsgruppe Jitarra, geht der Frage nach, was in Bad Kleinen wirklich passiert ist. In akribischer Kleinarbeit wird der Ablauf der Polizeiaktion rekonstruiert.

Da sind zunächst einmal die Schießerei und ihre Folgen: Es gibt nicht einen einzigen Augenzeugen, der gesehen hätte, daß Grams sich selbst erschoß – selbst die eingesetzten GSG 9- und BKA-Beamten haben derartiges nicht beobachtet. Einen Mord wollen die Staatsschützer allerdings auch nicht gesehen haben, weil sie, obwohl nur wenige Meter von Grams entfernt, in den entscheidenden Sekunden angeblich auf wundersame Weise allesamt den Blickkontakt zu Grams verloren haben.

Das glaubt selbst die ermittelnde Staatsanwaltschaft nicht. Ein Beispiel: »Die Schilderung des Beschuldigten GSG 9 Nr. 6, aus welchem Grund Grams seinem Blickfeld zeitweise entzogen gewesen sein soll, zeigt sich nach einer Inaugenscheinnahme des Ereignisortes als gänzlich abwegig und reines Phantasieprodukt.« Doch obwohl selbst die Staatsanwaltschaft das Bemühen einiger GSG 9-Leute, »möglichst alle Widersprüche zwischen ihren Angaben sowie denen der übrigen Zeugen, soweit sie ihnen aus Vorhalten oder sonst bekannt gewesen sind, zu vermeiden«, als »unübersehbar« einstuft, werden die Angaben der GSG 9-Leute im Abschlußbericht der Bundesregierung als glaubhaft, die der zivilen Zeugen, die einen Mord gesehen haben wollen, als unglaubwürdig eingestuft.

Auch die anschließende Spurensicherung war ein Absurditäten-Stück allererster Güte: Wer hätte je davon gehört, daß Mordverdächtige ihre Kleidung vor der Spurensicherung erst in die Reinigung geben dürfen? Oder daß das Kleidungsstück eines Beschuldigten auf ungeklärte Weise aus der Asservatenkammer verschwindet und niemals wieder auftaucht? Welcher Spurensicherungsexperte würde zur Abnahme eines einzigen Fingerabdrucks gleich alle Finger eines möglichen Mordopfers (Grams) so säuberlich waschen, daß dabei auch sämtliche Spuren, die der Tataufklärung dienen könnten, vernichtet werden? Wie kann es sein, daß sämtliche aus dem Körper eines Erschossenen entfernten Projektile (Newrzella) vier Tage lang verschwinden und niemand sagen kann, was in der Zwischenzeit mit ihnen passiert ist?

Das alles sind zwar keine grundlegend neuen Erkenntnisse, aber die Summe dieser Seltsamkeiten, auf mehr als 100 Seiten aneinandergereiht und durch Texte einzelner Autoren zu den politischen Hintergründen ergänzt, macht – auch angesichts der Widersprüche in den medizinischen Gutachten – noch einmal deutlich, wie unglaubwürdig die Selbstmordversion der Bundesregierung ist. Doch was soll's: Wo es der deutschen Politik früher noch wichtig war, die rechtsstaatliche Fassade

nicht nur formal, sondern auch inhaltlich aufrecht zu erhalten, hat sie es heute einfach nicht mehr nötig, Überzeugungsarbeit zu leisten.

Diese Skrupellosigkeit, Ausdruck des neuen deutschen Selbstbewußtseins, das über Leichen geht und sich kaum noch darum schert, was der Rest der Welt darüber denkt, macht die Anklage wegen Mordes an Newrzella gegen Birgit Hogefeld überhaupt erst möglich. Da mag die immer noch irgendeine Form von Moral einklagende Bürgerpresse zaghaft protestieren – es ist der BAW egal. Da mag die Verteidigung die Anklage dazu nutzen, den Tod von Wolfgang Grams noch einmal pressewirksam zu thematisieren – das OLG läßt die Verlesung von entsprechenden Gutachten zwei Tage lang stoisch über sich ergehen. Die Beisitzer dösen derweil träge vor sich hin.

Mit demselben Selbstbewußtsein geht dann ein gewisser Bentz – der Mann, der beim Verfassungsschutz für schmierige Angebote zuständig ist – hin und erklärt Hogefeld und ihren Verteidigern, daß man die Anklage bezüglich Newrzella fallen lassen könnte, wenn sie bereit wäre, zu kooperieren, also den Aufenthaltsort der Illegalen zu verraten. Großzügig fügt er hinzu, daß solch eine Kooperation auch positive Auswirkungen auf damit verbundene Festnahmesituationen haben würde – was die Erwägung nahelegt, daß man dabei auf Hinrichtungen verzichten will.

Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld macht einmal mehr das auch innenpolitisch militarisierte Klima deutlich, das im neuen Reich herrscht. Grams wäre nicht der erste Illegale, der von einem Polizisten erschossen wurde – aber seine Hinrichtung wäre die erste gewesen, die quasi vor laufender Kamera stattfand. Daß selbst die Bestätigung dieses Verdachts keinerlei Konsequenzen haben würde, liegt daran, daß es zur Zeit keine Kraft gibt, die ernsthaft welche einfordern könnte.

bad kleinen und die erschießung von wolfgang grams, Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1994, 315 Seiten, 29.80 Mark

Peter Hetzler schrieb in KONKRET 7/94 über »Kirchenasyl«

Konkret 02/95, S. 40

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 35

Freitag, 11.11.94 –

Nach einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts (LAG) Hamm ist eine fristlose Kündigung rechtmäßig, wenn ein Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz regelmäßig durch ausländerfeindliche und neonazistische Parolen auffällt. Damit hebt das LAG ein Urteil des Arbeitsgerichtes Bielefeld auf, das den Standpunkt vertreten hatte, dem Arbeitnehmer hätte ohne vorherige Abmahnung nicht gekündigt werden dürfen. Das LAG gibt dem Arbeitgeber, der Firma Miele und Cie., Recht. Es sei einer Firma mit so hohem Ausländeranteil in der Belegschaft nicht zuzumuten, einen Mann mit solcher Gesinnung weiterzubeschäftigen (AZ: 10 Sa 100/94).

Montag, 14.11. –

Im Hamburger Polizeiskandal verdächtigt die Staatsanwaltschaft Beamte in sieben Fällen der Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung. Dies teilt der Hamburger Justizsenator Klaus Hardraht (parteilos) mit. Außerdem habe eine Arbeitsgruppe der Justizbehörde 53 der 118 eingestellten Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, denen ausländerfeindliche Übergriffe vorgeworfen werden, beanstandet. Das betreffe sowohl polizeiliche Ermittlungen bei der Dienststelle für Beamtendelikte als auch die staatsanwaltliche Bearbeitungsweise.

Samstag, 19.11. –

Brandstiftung im Keller eines Ausländerwohnheims in der Falkenberger Chaussee im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen.

Montag, 21.11. –

Das Landgericht Neubrandenburg verurteilt im Prozeß um einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im August 1992 vier der fünf Angeklagten zu Jugendstrafen zwischen einem Jahr und zehn Monaten und zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt werden. Ein erwachsener Angeklagter wird zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Das Gericht sieht die Tatbestände des schweren Landfriedensbruchs, der schweren Brandstiftung und der vorsätzlichen Körperverletzung als erwiesen an. Die Anklage wegen versuchten Mordes wurde fallengelassen.

Dienstag, 22.11. –

Das Amtsgericht Kiel verurteilt einen 31jährigen Polizeiobermeister wegen Mißhandlung und Bedrohung eines estnischen Asylbewerbers in der Nacht zum 3. Oktober 1992 zu 20 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Den Vorgesetzten des Kieler Polizisten verurteilt das zuständige Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 9.800 Mark. Der Asylbewerber soll von dem Hauptangeklagten zudem ein Schmerzensgeld von 2.500 Mark erhalten.

Samstag, 26.11. –

In Hennigsdorf/Kreis Oberhavel wird ein russisches Ehrenmal von unbekannten Tätern geschändet.

Dienstag, 29.11. –

Das Landgericht Leipzig verurteilt acht Jugendliche wegen eines Überfalls auf ein Asylbewerberheim in Eilenburg/Sachsen (Oktober 92) zu Freiheitsstrafen von neun Monaten bis zu einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung. Gegen vier der insgesamt 14 Angeklagten wurde das Verfahren eingestellt, zwei Angeklagte wurden freigesprochen. –

Das Landgericht Weiden/Oberpfalz verurteilt drei Männer im Alter von 20 bis 22 Jahren wegen eines Brandanschlags auf ein von Ausländern bewohntes Haus in Erbendorf bei Weiden zu Freiheitstrafen zwischen neun und 30 Monaten.

Donnerstag, 1.12. –

Das Landgericht Frankfurt/Oder verurteilt den Mitarbeiter des Ordnungsamtes in Biesenthal, Ingolf Sigurd S., wegen sexueller Nötigung von zwei vietnamesischen Zigarettenhändlern zu drei Jahren Haft. –

In Greifswald wird ein sudanesischer Student von einem 15jährigen Schüler mit einem Messer niedergestochen und schwer verletzt. Als Motiv gibt der Realschüler an, daß er »Ausländer nicht leiden« könne.

Freitag, 2.12. –

Das Jugendschöffengericht in Frankfurt/Main verurteilt zwei Männer im Alter von 20 und 24 Jahren wegen schwerer Körperverletzung zu je 18 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Die Angeklagten hatten im Sommer einen Mann aus Sierra Leone an einer Straßenbahnhaltestelle in Frankfurt krankenhausreif geschlagen.

Sonntag, 4.12. –

In Berlin greifen drei unbekannte Männer auf einem S-Bahnhof zwei Afrikaner an. Einer der Angegriffenen wird verletzt. –

In Magdeburg überfallen zehn Deutsche ein von Portugiesen bewohntes Haus.

Montag, 5.12. –

Brandanschlag auf das Jugendzentrum eines türkischen Sportvereins in Bremen. Der Klub war bereits in der Vorwoche Ziel eines mißglückten Anschlags gewesen.

Dienstag, 6.12. –

Wie Mitarbeiter des »Antirassistischen Telefons München« mitteilen, werden Schwarze in Deutschland besonders häufig Opfer von Diskriminierungen. Dies gelte auch für die Polizei, die Schwarze sehr oft als potentiell Kriminelle oder Illegale kontrolliere und zu langen und peinigenden Verhören auf die Reviere mitnehme. –

Das Oberlandesgericht in Brandenburg lehnt die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die drei Polizisten ab, die im November 1990 tatenlos zugesehen haben sollen, wie Rechtsextremisten in Eberswalde den Angolaner Amadeu Antonio zu Tode prügelten. Das Oberlandesgericht bestätigt damit die Entscheidung des Landgerichts Frankfurt/Oder vom Mai. Nach Ansicht des Gerichts befanden sich die Beamten nicht unmittelbar am Tatort. Da sich der Überfall sehr schnell abgespielt habe, lasse sich nicht feststellen, ob die Polizisten die Möglichkeit hatten, das Opfer zu schützen.

Mittwoch, 7.12. –

Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin spricht zwei Polizisten, denen die Mißhandlung von Vietnamesen vorgeworfen wird, aus Mangel an Beweisen frei. In der Urteilsbegründung erklärt der Richter, die Aussagen des geschädigten Vietnamesen Phan D. seien widersprüchlich gewesen. Als erwiesen sieht es das Gericht an, daß es bei einer Kontrolle vor einem Ausländerwohnheim zu einer Schlägerei zwischen den Beamten und vietnamesischen Heimbewohnern kam. Die Schläge, die Phan D. dabei von den Polizisten erlitt, seien aus Notwehr erfolgt. Phan D. war dabei so schwer verletzt worden, daß er mit einem Rettungswagen in eine Klinik gebracht werden mußte und vier Tage stationär behandelt wurde. –

Brandanschlag auf einen türkischen Kulturverein in Worms. Unbekannte Täter schlagen die Schaufensterscheibe des Vereinslokals im Erdgeschoß eines Wohnhauses ein und werfen eine vermutlich mit Benzin gefüllt Flasche in den Raum. Es wird niemand verletzt.

Freitag, 9.12. –

Die Staatsanwaltschaft Hannover erhebt Anklage gegen den 28jährigen Polizeiobermeister Klaus T. wegen fahrlässiger Tötung. Der Polizist hatte im Juni den 16jährigen Kurden Halim Dener erschossen. –

Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Sachsen hat nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz deutlich zugenommen. In den ersten zehn Monaten seien 63 Prozent mehr Fälle registriert worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Seit Jahresbeginn wurden 603 rechtsextremistische Straftaten registriert. In Sachsen gibt es derzeit nach Einschätzung des Verfassungsschutzes etwa 2.700 Rechtsextremisten, darunter 600 militante Skinheads.

Samstag, 10.12. –

Brandstiftung in einem türkischen Gemüsegeschäft in Wiesbaden-Bierstadt. Es entsteht ein Sachschaden von 70.000 Mark. Konkrete Hinweise auf einen ausländerfeindlichen Hintergrund liegen nach Angaben der Polizei nicht vor.

Montag, 12.12. –

Brandstiftung in einem auch von Ausländern bewohnten Wohnhaus in Reichelsheim/Wetteraukreis. Vier der fünf Hausbewohner werden mit Verdacht auf Rauchvergiftung in Krankenhäuser gebracht. Hinweise auf einen ausländerfeindlichen oder politischen Hintergrund liegen nicht vor. –

Von Jahresbeginn bis zum 30. November registrierte das Bundesamt für Verfassungsschutz insgesamt 1.233 Gewalttaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund. 1993 waren im selben Zeitraum 1.901 derartige Straftaten registriert worden. Es habe sieben versuchte Tötungsdelikte gegeben gegenüber drei Tötungs- und 18 versuchten Tötungsdelikten 1993.

Dienstag, 13.12. –

In Lübeck überfallen mehrere Skinheads einen algerischen Touristen und schlagen ihn brutal zusammen. Die Polizei nimmt drei der Täter fest. Sie bezeichnen sich als »deutschgesinnt«. Das Opfer kann aufgrund seiner Verletzungen vorläufig nicht vernommen werden. –

Unbekannte Täter schänden den Ehrenfriedhof der russischen Truppen in Magdeburg. Sie stoßen auf dem Friedhofsgelände 26 Grabsteine um, die zum Teil schwer beschädigt werden.

Mittwoch, 14.12. –

Das Landgericht Marburg verurteilt einen 25jährigen Mann aus Frankenberg, der 1992 zusammen mit einem Freund einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Marburg-Schröck verübt hatte, zu zwei Jahren und zehn Monaten Haft. Der 20jährige Kumpan wurde bereits zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. –

Das Amtsgericht Magdeburg verurteilt zwei weitere Beteiligte an den ausländerfeindlichen Ausschreitungen am Himmelfahrtstag zu Haft- und Bewährungsstrafen. Das Gericht spricht zwei der drei Angeklagten im Alter von 23 bis 25 Jahren des schweren Landfriedensbruchs schuldig. Der Hauptbeteiligte Christian B. wird zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt, da es das Gericht als erwiesen ansieht, daß er sich an der Jagd auf Ausländer beteiligt habe. Der Angeklagte Thomas K. erhält eine Bewährungsstrafe von 14 Monaten, und der Angeklagte Oliver K. wird freigesprochen.

Donnerstag, 15.12. –

In Berlin dringt ein 24jähriger Deutscher in die Wohnung eines türkischen Nachbarn ein, stiehlt einen Video-Recorder und legt anschließend Feuer. Die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund der Tat nicht aus. –

Die Arbeitsgemeinschaft der hessischen Ausländerbeiräte warnt Manfred Kanther vor einem Wahlkampf auf Kosten von Ausländern und Flüchtlingen. Anlaß ist ein Zitat Kanthers in einer Wiesbadener Lokalzeitung: »Vor drei, vier Jahren wurde es dem Volk schlagartig und ungesteuert zu viel, das darf sich nicht wiederholen.« Mit solchen Sätzen mache Kanther die Opfer von Ausländerfeindlichkeit zu Verursachern. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt (BKA) im Oktober insgesamt 181 fremdenfeindlich motivierte Straftaten. Dies bedeute gegenüber dem September mit 207 derartiger Straftaten einen leichten Rückgang. Zu den amtlich registrierten Straftaten im Oktober zählen sieben Brandanschläge, 20 Angriffe gegen Personen und 154 »sonstige Straftaten« wie Beleidigungen. Außerdem seien dem BKA für den Monat Oktober 113 Tatverdächtige gemeldet worden.

Freitag, 16.12. –

Brandanschlag auf die Wohnung einer Familie aus Sri Lanka. Ein 19jähriger wirft einen Molotowcocktail durch die Scheibe des Kinderzimmers der Parterrewohnung. Nach seiner Festnahme gibt der Täter »Ausländerfeindlichkeit« als Motiv für seine Tat an. –

Das Landgericht Schwerin verurteilt den ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden von Hagenow, Rüdiger Klasen, in einem Revisionsverfahren wegen versuchten Mordes zu dreieinhalb Jahren Haft. Nach Ansicht des Gerichts hat der 27jährige Angeklagte im Juli 1992 einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Bahlen bei Boizenburg organisiert und dabei den Tod von Menschen billigend in Kauf genommen. Der Bundesgerichtshof hatte im Juli ein erstes Urteil gegen Klasen aufgehoben, weil im Prozeß der Anklagepunkt des versuchten Mordes fallengelassen worden war.

Das Archiv für Sozialpolitik, Ffm, erstellt diese Chronik für KONKRET seit Nov. 91

Konkret 02/95, S. 42

Kunst & Gewerbe

Neues vom Musenficker

Weil das Feuilleton wie der Betrieb, dem es dient, kein Gedächtnis hat, kriegt es die besten Pointen nicht mit. Da teilt in einem vorweihnachtlichen Brief der Suhrkamp-Verleger Unseld dem Trivialdramatiker Kroetz mit, daß er und seine Lektoratsangestellten in Kroetzens neuen Stücken »Der Drang« und »Ich bin das Volk« »nicht die Qualität erkennen können, die erforderlich ist, damit ein Text zwischen zwei Suhrkamp- Buchdeckeln erscheinen kann. Ich rede nicht davon«, schreibt Unseld und redet davon, »daß die Verkäufe in den letzten Jahren drastisch rückläufig geworden sind ... aber ich muß doch feststellen, daß diese Stücke allzu beliebig erscheinen, und deswegen können wir sie nicht veröffentlichen.«

Kroetz, im Bewußtsein, daß die spekulative Beliebigkeit seiner Produktion den Suhrkamp-Verlag während nahezu 25 Jahren nicht hindern konnte, Geld damit zu verdienen, antwortet dem »Dr. Dr. Unseld« postwendend: »Sie sind mein Verleger nicht mehr, und ich bin Ihr Autor nicht mehr. Ich fordere Sie hiermit auf, alle noch in Ihren Lagern befindlichen Kroetz-Bücher ... aus dem Verkehr zu ziehen bzw. nicht mehr auszuliefern.«

Halb amüsiert, halb ratlos hat das Feuilleton auf dieses Zerwürfnis reagiert. Gründe – gar solche literarischer Qualität – für Unselds Verhalten konnte es keine entdecken. Zumal die abgelehnten Stücke bereits erfolgreich inszeniert worden sind, ja, »die brutal besten, die bösesten, witzig-wütendsten Kroetz-Stücke seit langem« sein sollen, wie die »FAZ« befand. Man begnügte sich mit einem Achselzucken und brachte sich damit um kein geringes Vergnügen. Der Vorgang hat nämlich eine Vorgeschichte. Und denjenigen, die sie kennen, rundet er sich und zeigt sich in seiner ganzen Schönheit.

Diese Vorgeschichte geht so: Als Mitte der 80er Jahre der Dichter Kroetz für einige Wochen in Nicaragua weilte, führte er ein Tagebuch. Dorthinein – »Mutti, das ist ein langer Brief an Dich« – notierte er einige abfällige Bemerkungen über die »ziselierten Herrn W. oder H., die die großen Riemen schreiben: längst zu Ende mit sich, bloß noch ›auf literarisch‹ am Leben erhalten ... sie sind von sich selbst entlassen, ausgeblasen wie Eier, die Schale welkt im Feuilleton so smart dahin – und was haben sie geschrieben, zumindest W., als er ›vielleicht‹ nochmal in die DKP gehen wollte. Da war er Bruder, jetzt ist er Bet-Bruder auf Unselds und der FAZ Schultern/Gnaden/Gelder/Würden...«

Unseld, der seine Autoren Walser und Handke nicht von einem anderen Verlagsautoren beleidigen lassen wollte, verlangte vor Drucklegung des Tagebuchs »die Kastration der ausgeblasenen Eier« (Gremliza, *Ganghofer im Wunderland*). Unbeugsam antwortete ihm Kroetz: »Nun könnte man auch die fragliche Passage streichen; aber ich gehe weiter und frage: warum? ... Sie gehört für mich dazu. Ich mag ›mich nicht wegstreichen lassen‹ ... Ich werde mir also für dieses Buch einen anderen Verlag suchen.« Tatsächlich erschien das *Nicaragua Tagebuch* 1986 im Konkret Literatur Verlag, der sich damit das zweifelhafte Verdienst erwarb, einen der schmierigsten Texte der 80er Jahre publiziert zu haben.

Fünf Jahre später hatte Unseld es sich offenbar anders überlegt: Das *Nicaragua Tagebuch* erschien als Suhrkamp-Taschenbuch, »überarbeitet und ergänzt«, wie der Verlag mitteilte, also keineswegs gekürzt. Die Ergänzung geht so: »Auch im letzten Jahr / sahen wir / trunken / im Verfall / die Sonne / gehen und kommen / über Meer und Palmen / Beschäftigt mit dem / Auseinanderwachsen / waren wir manche Nacht / innig verwoben« usw., drei Seiten lang. Walser, Handke und Unseld aber hatte der Dichter getilgt – mitsamt den ausgeblasenen Eiern.

Kroetz solle »jetzt keinen Eiertanz veranstalten«, hat Unseld am 29. Dezember, nach dem Quasi-Rausschmiß des Dichters, der »Süddeutschen Zeitung« gesagt. Dochdoch, ausdrücklich »Eiertanz«. Und das war wirklich schön von ihm.

Gegenwartskunst galore

temporary translation(s), Sammlung Schürmann. Kunst der Gegenwart und Fotografie. Bis 12. Februar in den Deichtorhallen Hamburg.

Der Aachener Fotografieprofessor Wilhelm Schürmann hat seit Anfang der achtziger Jahre ein wahrscheinlich einzigartiges Arsenal an Gegenwartskunst und Fotografie zusammengetragen, das derzeit in Hamburg zu besichtigen ist. Die Arbeiten der formal heterogenen Künstlerschar – von Dan Graham, Larry Clark und Georg Herold über Martin Kippenberger und Mike Kelly bis Mark Dion, Fareed Armaly und Regina Möller – eint vielleicht, daß sich in ihnen weniger das Werk äußert als die Prozeßhaftigkeit seiner Produktion. Damit wird die Ausstellung zu mehr als nur einer Zurschaustellung eines privaten Fundus; sie gestattet eine Bestandsaufnahme dessen, was der Kölner Galerist Christian Nagel die Achse Köln - New York genannt hat. Galeristen dieser Städte haben in den Achtzigern konzeptuell orientierte Künstler gefördert und ausgetauscht, deren Arbeiten, wie man in den Deichtorhallen beobachten kann, Bezüge und Querverbindungen aufweisen.

Am deutlichsten wird dies vielleicht an Renée Greens Import/Export Funk Office, das die Rezeption von afroamerikanischer Kultur in Deutschland aufgreift und zu den Produzenten rückkoppelt.

Ein weiterer Vorzug der Austellung ist, daß sie den fotografischen Teil von Schürmanns Sammlung mit u.a. Weegee, Walker Evans und Diane Airbus auf eine Art präsentiert, die die inzwischen kanonisierten Fotografen dem Sozialdokumentarischen entreißt und in einen Kontext stellt, in dem sie plötzlich wieder aktuell wirken. Sie fügen sich in eine komprimierte Repräsentation der Kunst der Achtziger und Neunziger, wie man sie so schnell nicht wieder zu Gesicht bekommen wird.

Gunter Blank

Heldengedenken

The Original Sun Singles. Vol.1 Bear Family Records;

Jever Mountain Boys: Bury the Bottle With Me. blue million miles

Was in Deutschland 1995 an Zivilisation vorzufinden ist, verdankt sich zwei Anlässen, die zufällig beide auf den Monatsachten fallen. Im Mai 1945 besiegelten die Alliierten die Niederlage des Deutschen Reiches, und zehn Jahre und vier Monate zuvor wurde in Tupelo, Mississippi, Elvis Presley geboren. Wozu nach der Niederschlagung des Faschismus, die für die überwältigende Mehrheit der Deutschen keine Befreiung, sondern eine Niederlage war und deshalb gebührend zu begießen sein wird, weder die US-amerikanische noch die Rote Armee willens oder in der Lage waren – zur Beseitigung des Hirnschrotts nämlich, der sich in der greisen Banalität von hundert Jahren Ernst Jünger beispielhaft verkörpert (dessen Klon Schirrmacher wahrscheinlich schon jetzt voller Vorfreude dem 29. März entgegenfiebert) – , dazu existierte seit Elvis wenigstens die Möglichkeit.

Wie dies hätte funktionieren können, konnte man unlängst in der – in ihrer kalkulierten Naivität sehr präzise das Scheitern der Jugendkulturen mittransportierenden – englischen Fernsehserie »Lipstick On Your Collar« bewundern. Wie dieser Sound, als dessen Repräsentant Elvis schließlich zum Idol aufstieg, produziert wurde, kann man sich auf der vom norddeutsche Bear-Label kompilierten und wunderschön aufgemachten Wiederveröffentlichung der frühen Singles des Sun Labels anhören.

Auf vier CD's und mit einem ausführlichen Booklet kann man Elvis-Entdecker Sam Phillips' Suche nach »something that sounds different« nachvollziehen. Phillips' Bereitschaft, Musikern, die von anderen Labeln abgelehnt oder ignoriert worden waren, eine Chance zu geben, verdankt die Popgeschichte neben Elvis u.a. Howlin Wolf, B.B. King, Ike Turner, Johnny Cash, Jerry Lee Lewis und Roy Orbison. *The Original Sun Singles.* Vol. 1 deckt die Jahre 1952 bis 1956 ab und enthält zum Teil verloren geglaubte Aufnahmen. Weitere Editionen werden folgen.

Heute würde Sam Phillips die Jever Mountain Boys produzieren. Die Berliner Combo mit Frontmann Alex Hacke (Einstürzende Neubauten) haben die Atmosphäre der frühen Sun-Aufnahmen unter weiträumiger Umgehung der Country Bonbonniere Nashville direkt in die Neunziger geholt. Vor dem Hintergrund einer weitgehend von Steelgitarrist Jochen Arbeit (Die Haut) entworfenen Sounddüne bearbeitet Sänger Hacke Country-Klassiker wie »Wings of a Dove« oder Lee Hazelwoods »It's Dark (In My Heart)«.Wie bedeutend der nicht immer hörbare Einfluß der Fünfziger-Jahre-Western-Swing-Country-Rockabilly-Ursuppe auf die Popmusik war, merkt man, wenn plötzlich Lennon/McCartneys »Run For Your Life« sich anhört, als wäre es in der Wüste Arizonas komponiert worden, oder Motorheads »Ace of Spades« klingt wie Link Wray.

Gunter Blank

Konkret 02/95, S. 44

Dietrich Kuhlbrodt

Zurück nach Afrika

Der Filmemacher Christof Schlingensief setzt seine im »Deutschen Kettensägenmassaker« und in »Terror 2000« begonnene Abrechnung mit deutschen Wahnvorstellungen fort. Sein Versuch, die Kolonialphantasien deutscher Möchtegern-Blauhelme vor Ort in Simbabwe zu inszenieren, stieß jedoch auf ungeahnte Hindernisse. Ein Bericht von den sechswöchigen Dreharbeiten

Der erste devisenträchtige Großauftrag für das Kopierwerk in Harare! Der erste spielbergmäßige Großeinsatz von Komparsen und Statisten in einem Schlingensief-Film! Eine schwarze Blauhelmtruppe wird vom deutschen Uno-General Brenner (Udo Kier) befehligt. Spätestens wenn der ranghohe Offizier seine Unifom ablegt, um im Fronttheater mit einem Bananenschurz aufzutreten, sind wir im imaginären Reich der Bilder angelangt, die wir mit uns herumschleppen, ob wir wollen oder nicht, desto hartnäckiger, je falscher. Den General Brenner bringt die kreuzfidele Vorstellung vom schwarzen Afrika schier um den Verstand. Das ist nackte Realität. Denn Deutschland ist hirnlos genug, Bundeswehreinheiten zum Nato-Einsatz nach Angola zu kommandieren; das Theater an den Somali-Fronten hat offenbar Spaß gemacht.

Auch die Staatssicherheit von Simbabwe pflegt ihr Feindbild. Die Geheimpolizei des Ministerpräsidenten Mugabe, die – wie aus ungewöhnlich gut unterrichteten Kreisen vor Ort zu erfahren war – von Ceausescus Securitate entsprechend ausgebildet wurde, observiert die Dreharbeiten für »Die Spalte/The Gap«. Die Agenten vom President`s Staff durchsuchen Zimmer und Werkstätten. Sie beschlagnahmen Filmmaterial. Am Drehort nehmen sie Schlingensief und sein Team fest. Graf Leutrum, der deutsche Botschafter in Harare, interveniert förmlich. Eine Affäre. Die deutsch-simbabwischen Beziehungen sind belastet; die Entwicklungshilfe scheint demotiviert. Heiligabend trifft Schlingensief wieder in Deutschland ein. Das Filmmaterial folgt auf verschlungenen Wegen. Geschafft! Zurück aus Afrika!

Eigentlich war ich mit der politisch total korrekten Losung »Zurück nach Afrika« in die Heimat der sehr verehrten Doris Lessing geflogen. Die im damaligen Rhodesien verfemte politische Kämpferin und Schriftstellerin, die nach 1945 den Berliner Kommunisten Lessing geehelicht hatte, war nach dem Machtwechsel ins nunmehr schwarze Simbabwe zurückgekehrt. Ergriffen fuhr ich zwischen den Drehtagen die Strecken ab, die sie in ihrem Buch *Zurück nach Afrika* so liebevoll und lebensnah beschrieben hatte. Derweil filzte die Staatssicherheit unsere Hotelzimmer. Begründung des förmlichen Durchsuchungsbefehls: Verstoß gegen das simbabwische Filmzensurgesetz. Klasse Geheimdienst – hat durch geschickte Observation in Simbabwe herausgefunden, was die Korrekten hierzulande schon längst wissen: Schlingensief rassistisch-sexistisch! Aber warum sollte die schwarze Stasi klüger sein als die dummen Deutschen, die das (Zerr-)Bild, das sich einer macht, nicht von der Realität unterscheiden können und die Satire nicht von der politischen Losung.

Dabei möchte doch heute jeder deutsche Fernsehgucker am liebsten Uno-General sein, und dann feste druff! Was hat der wohl für Bilder im Kopf? Schlingensief holt sie heraus: Der Technologietransfer führt prompt dazu, daß der schwarze Diktator Hassan mit deutschem Knowhow eine Rakete baut, die im Weißen Haus, Washington D.C., durch den Baldachin des Präsidentenbettes rauscht. Für die fünf Personen, die das Bett gerade benutzen, sind die Folgen verheerend. Es sind: Clinton (Michael Königer), Hilary (Brigitte Kausch), Jeff Koons und Cicciolina sowie der von mir dargestellte Außenminister Christopher. Das Ausmaß des Desasters kommt am besten in einer Trickaufnahme zum Vorschein. Darum baut Donna, umkreist von aufmerksamen Shona-Kindern, am Set in Brickfield, einer Ziegeleiarbeitersiedlung mit 100 Prozent Arbeitslosen, eine Himmelbett-Miniatur auf den Dorfplatz. Liebevoll legt sie die Puppen aufs Bett, verdreht sorgsam die Glieder, entfernt ein linkes Bein, versengt den Kopf, zerreißt respektvoll die Kleider und schiebt den Raketenkopf durch den angekokelten Betthimmel. – Einige Kinder lachen. Andere bleiben ernst. Würden sie lieber mit heilen Puppen spielen? Oder dürfen die Ärmsten der Armen ans Spielen nicht denken? Ist es dieses deutsche Design, gegen das die örtliche Zensur richtigerweise einschreitet?

Ich mache mir pflichtgemäß verständnisvolle, aber völlig unzutreffende Gedanken. Denn wir haben ganz übersehen, daß auf dem Durchsuchungsbefehl nicht der Name Schlingensief steht, sondern »Pfeiffer«, und das ist der ortsansässige Entwicklungshelfer, der gleichzeitig Vizepräsident des quasistaatlichen Kopierwerks und Inhaber der Firma Framework ist. In Schlingensiefs Filmteam gehört er nicht. Im Gegenteil: Sein Angebot, gegen eine Beteiligung am Film Schutz vor örtlichen Pressionen, zum Beispiel durch die Geheimpolizei, zu gewähren, war abgelehnt worden. – Zwei Tage vor Beginn der Polizeiaktionen ist Herr Pfeiffer abgereist.

Schlingensief ist mit einer für dortige Verhältnisse beachtlichen Millionenproduktion in politische Auseinandersetzungen geraten, die innerhalb der Staatspartei toben. Ministerpräsident Mugabe ist nervös geworden. Er hat für den Beginn dieses Jahres Wahlen angesetzt und wünscht sich, wie das vorzeiten im sozialistischen Lager galt, eine hohe Wahlbeteiligung (er hat sich, da Moskau seine Gegner favorisierte, nach China orientiert). Doch tat sich zwischen der Inflationsrate von 25 Prozent und dem Einkommenszuwachs von 12 Prozent bei einer Arbeitslosenquote von 50 Prozent eine fatale Lücke auf, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden ließ. Wie wir dem »Herald«, der Regierungszeitung, entnehmen konnten, war das Regierungslager sich uneins, ob die Verantwortung für diesen bösen Trend bei eigenen

Fehlern oder bei den Weißen zu suchen sei. Wir lasen, daß diejenigen Schwarzen, die die Schuld bei den Weißen suchten, von den anderen Schwarzen »Rassisten« geschimpft wurden. Letztere wiederum warfen dem Informations- und Filmminister vor, einer weißen Filmproduktion, die »Die Spalte / The Gap« drehen wollte, eine Drehgenehmigung erteilt zu ha-ben.

Fast täglich pflanzte Graf Leutrum den offiziellen Stander auf den weißen Dienstmercedes und intervenierte. Regelmäßig sicherte der Informationsminister die ungestörte Beendigung der Dreharbeiten zu. Untersuchungen hätten ergeben, daß der Film nicht anstößig sei. Alle Mißhelligkeiten beruhten auf einem Mißverständnis. Aber ebenso regelmäßig nahm die Staatssicherheit Teammitglieder fest, filzte und schikanierte – bis zum Abflug des letzten, der an Bord ging: Schlingensief. Wobei es letztlich egal ist, was der Anlaß dafür war, daß die Dreharbeiten zum Spielball von Innenpolitik und zum Gegenstand der offiziellen Diplomatie wurden: Eine wegen schlechter Arbeit gekündigte sog. Continuity-Frau, die sich zuvor bester Beziehungen zu Partei und Staatssicherheit gerühmt hatte, hatte Schlingensief denunziert. Aber auf diese Weise reagieren alle Geheimdienste dieser Welt.

Drehgenehmigung: Aus wirtschaftlichen Erwägungen wird die Filmproduktion herzlich eingeladen, in Simbabwe eine Million Mark auszugeben. Gedreht wird draußen. Es ist Sommer. Man braucht keine teuren Studios. Man braucht die Motive: Menschen, Häuser, Fabriken, Landschaften. Mißbraucht man sie? Wenn das die Sorge der Männer vom President's Staff ist, ist der Konflikt mit den eigenen Ministerien vorprogrammiert. Ein Offizier befürchtet, daß die Größe des von Mugabe regierten Landes durch unseren Helden, einen schwarzen Liliputaner, nicht hinreichend repräsentiert werden kann. Schlingensief versucht deutlich zu machen, daß er einen deutschen Film dreht: deutsche (Zerr-)Bilder vom schwarzen Afrika.

Die Polizei behält sich das Recht vor, das in Simbabwe gedrehte Material zu sichten und gegebenenfalls freizugeben. Ehe sie das Negativmaterial beschlagnahmen kann, beschließen wir, es in einer nächtlichen Aktion aus dem Kopierwerk zu holen. Die Filmrollen lagern jetzt auf der extraterritorialen Gästetoilette in der Residenz des Grafen Leutrum. Und doch erzwingt die Polizei die Sichtung wenigstens des Positivmaterials: der kopierten Rushes. Hierzu hat sie Schlingensief und die anderen festgenommen: Vorführung des gedrehten Materials oder einige Monate Haft. Die Polizei ist frustriert: keine Pornographie. Keine Verletzung der Würde des simbabwischen Staates. Das Ergebnis ist immerhin auch in der Regierungszeitung nachzulesen. Dennoch gehen die Polizeischikanen weiter.

Die Münchnerin Barbara Valentin, Ex-Fassbinder-Star, ist vorzeitig abgereist. Sie hatte sich im Hotel damit beschäftigt, das schwarze Personal zu schikanieren. Diva aller Diven, probte sie in der nagelneuen Cresta Lodge den sicheren Gang vom Swimmingpool zur Eiswürfelmaschine. Immer wieder kurvt ihr Negligé an uns vorbei, das den Blick auf einen intensiv-lilanen Bademodeneinteiler freigibt. Ganz weiße Herrin, kommandiert sie die Kellner herum. Angeschnauzt wird, wer ihr ins Blickfeld kommt. Da alles Schwarze schlecht ist, verläßt sie das Hotel nicht. War ihr klar, daß nicht im cleanen klimatisierten Studio gedreht wird, sondern ausschließlich draußen, in Dörfern, Fabriken, Ruinen – in allernächster Nähe zu Zivilisationsmüll und schwarzer Menschlichkeit? Die weiße Diva und öffentlicher Körperkontakt mit realem Schwarz? Besorgt hatte ich sie befragt und mit noch größerer Besorgnis erfahren, daß sie das zu kontaktierende Menschenmaterial zuvor sichten und gegebenenfalls zur Berührung freigeben würde. Daraus wurde nichts. Draußen, außerhalb von Pool und Eiswürfelmaschine, folgte dem Kultur- und Realitätsschock ein Blackout. Schon am zweiten Drehtag wurde sie verwirrt, fern vom Drehort, inmitten sich sorgender Black People angetroffen. Nicht bei Sinnen.

Und wer spielt jetzt die Rolle der Ehefrau des deutschen Uno-Generals Brenner? Für »Die Spalte« geriet Valentins Schock zum Wunder. Denn dank der Vermittlung von L.A.-Resident Udo Kier reiste Kitten Natividad von einem Tag auf den anderen an. Zuletzt hatte sie 1977 ihren Ultra-Busen in Russ Meyers Film »Beneath the valley of the ultra vixens« gezeigt. Eine Frau von Fleisch und Blut! Ein Kumpel! Sofort in die Mitte der Schlingensief-Familie! Und in die Mitte des Shona-Dorfplatzes, zum Wasserhahn. Aufmerksam beäugt von der prüden Dorfjugend, reinigte sie ihre Prachtstücke, und keiner der amüsierten Zuschauer erlitt einen Kultur- oder Realitätsschock. Obwohl hier, in den Wohnbaracken der ehemaligen Ziegelei, zum erstenmal ein Filmteam eingefallen war. Ganze Sippen arbeitsloser Shona in 2x2-Meter-Räumen. Keine Elektrizität. – Generatoren, Lastwagen, Helikopter drängen sich ins Dorfleben, 140 Statisten, Catering, eine Einheit Security Guards. Ununterscheidbar werden die vielen Uniformen: Filmkostüme (»Uno-Soldaten«, »Hassans Leibgarde«), militärisch anmutende Berufskleidung der Wachdienste, wenige Wochen später die Einsatzkleidung des Polizeikommandos, das Schlingensief und die anderen abholt.

Auch die Landeshauptstadt Harare wimmelt von phantasiereich uniformierten Privatpolizisten. Tags bewachen sie Banken und Boutiquen, abends und nachts Restaurants und Villen. Einer erzählt mir, wie die Konkurrenz getestet wird. Wenn's glückt, sie auszutricksen, erhält die eigene Firma den Schutzauftrag. – Längst ist der Uniformkult in Simbabwe in die Populärkultur aufgenommen. Schlingensief dreht für die Uno-Party – das ist die, auf der General Brenner im Bananenschurz auftritt – eine Szene mit den beiden uniformierten Studenten Gabriel und Pedzaiszi, die eine Art von in Harare sehr beliebtem Military HipHop vortanzen. In einer Pause (Sturzregen!) frage ich sie, ob sie sich nicht von der

deutschen Crew ausgenutzt fühlen. Damit können sie nichts anfangen. Statt dessen bitten sie um Veröffentlichung der Kontaktadresse ihrer Comedian Dance Group: 14, Save Road, P.O. Mabvuku, Harare, Simbabwe.

Die vielen Uniformen sind Zeichen der Kontinuität. Mein Gewährsmann erzählt mir, daß er bis 1980 als Polizist dem weißen Ministerpräsidenten Ian Smith gedient habe; dann sei er in einen privaten Sicherheitsdienst übergetreten: »No problem!« Jetzt teilt er die Uniformierung mit den Veteranen der schwarzen Bürgerkriegsarmeen, Security Guards auch sie. Schlingensiefs Blauhelme machen im Film ebenfalls kein Problem. Je mehr Uniformen, desto kompatibler. Sogar eine Einheit bewaffneter Nonnen, angeführt vom durchaus wehrtauglichen Bischof Pierre, paßt ins Bild. – Pierre, gespielt vom 75jährigen Thomas Tomaschewsky, dem ältesten Ensemblemitglied der Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, ist der überaus vitale Gegenspieler des sexuell desorientierten deutschen Uno-Generals, der seinen Ehepflichten die bizarren Spiele mit seinem Bodybuilder-Freund vorzieht. Johnny Pfeiffer, 60, Postbeamter aus Berlin, aktiv im Training, ist der älteste Bodybuilder Europas. Ostentativ spielfreudig, hat er sich am 31. Dezember pensionieren lassen, um weitere Rollen nicht zu verpassen.

Ich habe bisher gezögert, die Handlung des Films wiederzugeben. Denn Schlingensief, Autor, Regisseur und Kameramann, gibt nicht anderes wieder, sondern baut die Filmbilder an Ort und Stelle mit und in der Kamera. Priorität haben Licht (Voxi Bärenklau), Kostüm (Tabea Braun, Sandra Fuhr), Maske (Heide Haß) – der Text kann sich jederzeit ändern, die Handlung sich jederzeit wenden. Nach dem zehnten Take »He is brutal« ist »He is metal« die Lösung. Der Film, inzwischen englischsprachig, wird am Ende nichts verfilmt, sondern die verschiedensten, an den Locations vorgefundenen Materialien optisch umgesetzt haben. Sorgenvoll gucken die Assistenten Ralph Brosche und Dirk Piepenbring in die Wolkenberge. Es ist Regenzeit! Hunderte von Leuten am Set. Warten auf die Sonne?! Wenn sie nicht scheint, dann kommt sie auch nicht vor. Scheint mir. Aber Schlingensief will perfekte Bilder für alles Unperfekte dieser Welt. Das Unvollkommene und Defekte verbünden sich, sieht man die Darsteller sich an den ruinösen Motiven (Drehorten) vor der perfekten 35-mm-Kamera ausleben. Aber ist ein Liliputaner (Thomas Chibwe als Peter Panne) defekt? Ist ein Greis behindert? Eine Rote-Kreuz-Schwester (Brigitte Kausch) im Lande Allahs inkompetent?

Die Zeit verfliegt. Besessen, wie ein Skulpteur, putzt Schlingensief am Kamerabild, Hunderte stehen drum herum. Wenn das Bild stimmt, braucht er den Dialogtext nicht mehr. Wieder ist ein Satz gestrichen, dafür gibt es eine Großaufnahme mehr. Von Udo Kier. Wie er, strahlender Uno-General, dem Shona-Volk eine Rakete schenkt, eine V 2 »vom Führer!« – Führer, Führer, Führer! skandieren die Neger (ja, das Wort fällt hier nicht mehr unter Political Correctness: Das National Museum stellt Negro Art aus). Der Dorfplatz ähnelt inzwischen immer mehr dem Appellplatz eines KZs. »Duschen«, »Küche«, »Uno Camp St. Georg«: Die Beschriftungen transportieren deutsches Bilder- und Gedankengut. Was also ist der Plot des Films?

Das TV-Team, das von den Dreharbeiten einen Zweieinhalbminutenbeitrag fürs sonntägliche ZAK aufnehmen will, beantwortet die Frage bildgerecht durch eine Inszenierung. Drei deutsche Uno-Generäle in Angola. Wir stopfen den ausgesprochen spielfreudigen Shona-Kindern Bonbons in den Mund, die jüngsten haben schon zu skandieren gelernt: Bier her! Bier her! Udo Kier gibt in seinem Statement zum besten, daß wir über CNN zuverlässig auf dem laufenden gehalten werden, während Bodybuilder Johnny, Ex-Feldwebel der Bundeswehr, mit der Dorfjugend erfolgreich das Exerzieren übt. – Am Sonntag vor Weihnachten hat Küppersbusch den Beitrag jedoch abgesetzt. Wie es heißt, habe er Mißverständnisse befürchtet. Aber ist eine Satire über rassistische Vorurteile rassistisch? Zu zeigen, welche regressiven Bilder an die Oberfläche steigen, wenn der deutsche Mann vom deutschen Uno-Einsatz träumt – ist das regressiv?

Eine Vorwegnahme der Reaktionen, die auf Schlingensief-Filme zu erwarten sind. Während die Volkspädagogen den eindeutigen Kommentar vermissen, treibt Schlingensief die Ambivalenz der Bilder auf die Spitze – und das Spiel der Darsteller ins Extreme: »Lauter! Expressiver! Stummfilm!« Die Stimmen überschlagen sich. Die Sprache verflüchtigt sich. Und da er verspricht, »so schnell wie MTV« zu schneiden, können wir uns eine Art Rappen vorstellen: eine Geräuschkulisse. Das Bild wird unter Afrikas Sommersonne an Klarheit nichts zu wünschen übriglassen. Und die Cartoons werden herauslassen, was sich so deutsch nur unter der Uno-Flagge entfalten kann. In der Schule haben die ehrgeizigen Statisten alles über den Dreikaiserbund gelernt, während der übergewichtige Jones Muguse, der den Chief-Diktator des Films spielt, mir in einer Drehpause deutsche Wörter aufsagt: Generalfeldmarschall, Luftwaffe, Göring, SS. Die Regierungszeitung bringt an diesem Tag ein Foto von einem weißen Polterabend: Die Gäste hatten sich damit amüsiert, ihre Wagen mit Hakenkreuzen und der Losung »3. Reich« zu bemalen. Auch wurde »Heil Hitler!« gegrölt. Die deutsche Botschaft distanziert sich von dem Vorfall. Schlingensief läßt seine Shona-Statisten »Führer-Führer-Führer« skandieren. Das Deutsche, das in Simbabwe flottiert, ist in einem Schlingensief-Bild eingefangen. Virulent wird es unterm Blauhelm werden. Der deutsche General wird es herauslassen. Ein obszönes Bild. Politische Pornographie. Die Leute vom President's Staff fanden nichts dabei. Die waren auf der Suche nach dem Fickfilm. Aber Schlingensief will jetzt auch im Filmtitel eins draufsetzen: »African Porno« ist die letzte Version für das gutgemeinte Treiben der deutschen Uno-Truppe im tiefsten Afrika.

Der Inhalt: Alles läuft nach Plan. Man baut einen Brunnen, man verteilt Reis und Penicillin im Überfluß. »Wir wollen helfen und zur grenzüberschreitenden Heilung unseren Beitrag tun! Wir haben die Flakhelfer an den Wasserstellen! Wir kontrollieren die Informationen!« Viele Worte. Gute Taten. Deutschland, wie es sich liebt. Besondere Verdienste erwirbt sich dabei General Werner Brenner, der dank der tatkräftigen Unterstützung seines muskulösen Liebhabers Lund und dank unvergeßlicher Auftritte im Bananenschurz den ortsansässigen Diktator von seinen Fähigkeiten überzeugt und ihm bei der Herstellung der ersten afrikanischen Interkontinentalrakete mit »menschlichem Düsenantrieb« behilflich ist. Während General Brenner auf die Einhaltung der Arbeitszeiten für den menschlichen Düsenantrieb besteht, gebährt seine Frau Martha ihr erstes und einziges Kind. Ein schwarz gefärbtes Knuddelchen, dessen Herkunft für viele ein Rätsel ist, da seine Mutter Jungfrau bleibt. Nur Bischof Pierre, ein überaus fanatischer Mann mit gut trainiertem Astralkörper verspricht eine Lösung: Für ihn ist der kleine Negersprengel der Messias und Martha somit die Mutter Gottes.

Martha ist fasziniert, Werner konsterniert. Was soll ein Messias, wenn die Uno schon da ist!?

Dietrich Kuhlbrodt schrieb in KONKRET 12/94 über Heinz Rühmann

Konkret 02/95, S. 48

Barbara Kirchner

Kant ist wie Kiffen

»Kormoran«, der stark autobiographisch gefärbte Roman von Hermann Kant, macht einen schweren Kopf

Der deutsche Schriftsteller Hermann Kant, der in der DDR irgendwelche Ämter bekleidet hat, in denen zum Ausdruck gekommen ist, daß er die DDR als Schriftsteller und Funktionär unterstützen wollte, hat wieder einmal einen Roman geschrieben. Alle seine anderen Romane kenne ich nicht. Er schrieb sie in der DDR, aber ich nehme an, sie waren wohl eher kein weltfremdes, religiös wahnsinniges, lästiges, unverständliches Dissidentengemurmel, mit dem mir meine Deutschlehrer immer kamen. Das zumindest muß annehmen, wer *Kormoran* liest. Niemand kam mir je mit Hermann Kant, und jetzt ist es vermutlich zu spät, wer sie nicht schon kennt, hat wohl nichts mehr von den älteren Büchern. Jan Philipp Reemtsma haßt Hermann Kant. Das waren, vom Standpunkt der interessierten Jugend, die positiven allgemeinen Informationen.

Das Buch selbst überzeugt durch quälende, den behandelten Themen angemessene Weitschweifigkeit. Es geht um einen alten Mann mit Ohrenproblemen und Herzklappensorgen, der gefühlsmäßig und intellektuell ähnlich zur DDR steht wie Hermann Kant. Die DDR ist futsch. Der alte Mann hat Geburtstag. Es kommen viele Gäste. Am Ende ist der alte Mann tot. Zwischendurch wird viel geredet. Am Anfang stört das Fehlen von Anführungszeichen für die wörtliche Rede ein wenig, auch wenn Hermann Kant gleich versichert, er wisse schon, daß er hier der einzige sei, der rede. Also ein Monolog unter Benutzung dialogischer Auflockerungselemente. Dreihundert Seiten lang wäre das schrecklich auszuhalten, deshalb sind es klugerweise nur 270. »Hier machte die Frau den Versuch, den Mann und seine Rede zu stoppen, doch waren sie nicht mehr aufzuhalten ...«

Die einzige Rezension, die ich bisher gesehen habe, war die im »Spiegel«, und das war eine seltsame Anhäufung von Metaphern, fast selber Dichtung, sehr wolkig und unbegreiflich, als wäre es sehr gefährlich, etwas Konkretes über diesen Roman zu sagen, kein einziger Satz der Besprechung blieb im Gedächtnis. Dabei hat das Buch doch viele bemerkenswerte Stellen, das versteht sich ja von selbst bei einem derartigen sozialen, politischen und geistigen Hintergrund – »in Zeiten, wo es schon als Unterdrückung gilt, daß einer Russisch lernen mußte«, kann man so etwas schon mal lesen. Ohne Vorkenntnisse ist dieser Roman ziemlich schwierig zu lesen. Andererseits kann man sich so an etwas stoßen, was im dicken Text vorbeischwimmt.

Der Kommunismus hat offenbar seltsame Vorstellungen vom Leben und Denken der Frauen hervorgerufen; so traut Kant einer weiblichen Figur zu, daß sie, »obwohl selber nicht wortkarg, die Beredtsamkeit als primäres Geschlechtsmerkmal aller maskulinen Menschen bezeichnete«. Wenn man Kant auch einräumen könnte, daß die Frau da vielleicht so denkt, dann denkt sie es doch bestimmt nicht in diesen Worten. Vielleicht»Männer sind Schwafler«, wie wäre es damit? Obwohl das dann wieder zu abstrakt formuliert wäre, um noch als Abbildung dessen, was jemand denkt, durchzugehen.

Auf den Seiten 112 und 113 wird allgemeine Sprachkritik gepflegt. Davon versteht Kant was, und warum auch nicht. Wenn es ihm Freude macht. Beim Lesen Freude macht einem Kant nämlich immer dann, wenn er über das schreibt, wovon er was versteht. Leider schreibt er manchmal aber auch über diese anderen Sachen. »Postmoderne« zum Beispiel, das hat heute keiner mehr, auch nicht der Feind. Jedenfalls hat Kormoran die Wende erkannt und findet sie folglich scheiße. Darin folgt ihm Hermann Kant.

In ästhetischer Hinsicht erzeugen Wörter wie »bänglich«, »Geniertheit«, »erklügeltes Gerät« und »solch«, Wendungen wie »in starkem Triumphe«, »und Kormoran setzte hinzu«, »bläßliche Gedanken im Auge zu behalten« und so weiter ein sehr seltsames Gefühl. Diese ganzen Formulierungen sind für Hermann Kant wahrscheinlich ganz normal oder gehören dazu, wenn man einen Film von Ironie über die Geschichte legen will, aber der Eindruck ist manchmal einer von völligem Wahnsinn. Über einen Monat wurde ich immer wieder gefragt: »Was liest du?« »Hermann Kant.« »Immer noch?« »Immer noch.« Der Grund war nicht eine gewaltige Begeisterung, die mich bei diesen 270 Seiten festgehalten hätte, sondern das Gefühl, zuviel davon auf einmal könnte ungesund sein. Das Zeug ist eine Droge. Allein ein Name wie »Grit Schluziak« für eine der handelnden, quasselnden Personen ist so irre *zäh*, es ist so *anstrengend*, sowas zu lesen.

Nein, schlecht wird einem nicht davon. Zwar merkt man manchmal, daß Kant über irgend etwas, was irgendwer (vielleicht ein unsichtbarer Gott) angestellt hat, furchtbar beleidigt ist, und dann wird es schon lästig. Aber dafür entschädigen wieder so verrückte Stellen wie diese, wo Kant bestimmt nicht mal merkt, wie irr das klingt: »Was betrifft das Wunderding, wüßte ich einen flotten Kommentar, setzte Henkler an, fuhr aber, weil Kormorans Blick nicht einladend war, annähernd sachlich fort: Rein technisch sollte ein telefonischer Dreier möglich sein; so gut wie alles ist technisch möglich – da lagen unsere Grenzen kaum. Das erste, was ich höre, warf Grit Schluziak ein. Als du und ich noch in Amt und Würden waren, hieß es bei Niederlagen immer, es habe euch an Geschirr von Weltniveau gemangelt.« Wie wenig ich vermutlich über die DDR oder die Welt weiß, erkenne ich daran, daß man mir diese eben zitierte Stelle genausogut als das Gespräch zweier Gurrads mit einem Hamamesch über Howalgoniumexport verkaufen könnte.

Gibt es wirklich Menschen, die so reden? Dann haben sie unseren Respekt verdient. Reine Nonsense- oder Satirebücher sind ja furchtbar, und unfreiwillige auch, aber erst bei Hermann Kant dämmerte mir, daß es noch etwas Drittes geben kann: Ich kann als Leserin plötzlich befreit darüber lachen, daß ich etwas beim besten Willen nicht kapiere, mir auch nicht vorstellen kann, wem das erzählt wird, an wen sich das wendet, nur zufällig bin ich reingeraten, und es gefällt mir, wenn auch nicht ständig. Hermann Kant ist natürlich, auch wenn er manchmal, vielleicht gegen seine Absicht, atmosphärisch sowas anklingen läßt, kein vom Verbot bedrohter Autor, und die Ideen, die in *Kormoran* von Kormoran, Kant und anderen geäußert werden, sind auch nicht wirklich »ketzerisch« (höchstens für Theo Waigel und die deutsche Mehrheit, deren Spielart des Wahnsinns die eindeutig internierungsbedürftigere ist).

Hermann Kant schreibt also auch nach dem Ende der DDR weiter. Gut für ihn. Für mich bleibt nach *Kormoran* der Haupteindruck der, daß Kant lesen so ähnlich ist wie das Rauchen einer sehr populären, schwül riechenden, altmodischen Droge: Marihuana – ich brauche es nicht, es macht schwer im Kopf, aber ich würde es niemandem verbieten, denn wenn es den Leuten noch Spaß macht, warum nicht.

Hermann Kant: *Kormoran.* Aufbau Verlag, Berlin 1994, 240 Seiten, 34 Mark

Barbara Kirchner schrieb in KONKRET 1/95 über Techno in den Medien

Konkret 02/95, S. 50

Klaus Bittermann

Freunde fürs Leben

Henryk M. Broder hat einen »linken Nazi« entdeckt und endlich »Anschluß« gefunden

Seitdem die Ostblockstaaten zusammengebrochen sind und damit auch die Gefahr verschwunden ist, die von ihnen ausging, haben sie ausgerechnet in der ehemaligen Linken und unter deren Sympathisanten ihre erbittertsten Feinde gefunden. Während die früheren Renegaten ihr Leben riskierten, wenn sie öffentlich auf die Verbrechen des Stalinismus hinwiesen, wird heute niemand mehr verfolgt, wenn er unter den Fittichen der freien Marktwirtschaft den Kommunismus verteufelt. Und während die früheren Renegaten dazu noch allen Grund hatten, verzeihen die heutigen dem Kommunismus nicht, daß es ihn nicht mehr gibt, weshalb sie fast pathisch auf jeden reagieren, der damit einmal in Berührung stand und nicht inzwischen abgeschworen hat. Die Altlinken versichern dem Sieger im Wettstreit der Systeme zwar ihre Loyalität, leider jedoch zu einem Zeitpunkt, an dem der kein Interesse mehr daran hat, weil der Kommunismus nur noch als Schreckgespenst taugt, aber kein Gegner mehr ist, dessen Bekämpfung Ehre und Anerkennung einbringen würde.

So lächerlich daher das Spreizen und Balzen auf den Seiten des Feuilletons sein mag, wenn Wolf Biermann und Henryk M. Broder als Duo infernale auftreten, so ist ihr Gebaren als moralische Saubermänner ungefähr so witzig, wie es McCarthy gewesen ist. Biermann hat Gysi einen »Verbrecher« und Heym einen »Feigling« genannt. Er hat das nicht deshalb getan, weil Gysi ein mäßiger Sozialdemokrat und Heym ein schriftstellernder Gockel ist, sondern weil er in ihnen die kommunistische Gefahr wittert. Unter Gesetzen nämlich, die Gysi mitbestimmt hat, möchte Biermann nicht leben. Wären Gysi und Heym nun lediglich das, was sie tatsächlich sind, und nicht auch das, was ohne ihr Verschulden in sie hineinprojiziert wird, könnte man sich beruhigt zurücklehnen und abwarten: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

Weil dem aber in diesem Fall nicht so ist, hat Alfred Hrdlicka einen »Offenen Brief« im »Neuen Deutschland« veröffentlicht, in dem er die Rumpelstilzchen-Debatte fortführt und Biermann neben manch anderem auch »die Nürnberger Rassengesetze an den Hals« wünscht. Das hat Broder wiederum zum Anlaß genommen, Hrdlicka im Berliner »Tagesspiegel« und im Wiener »Profil« als »linken Nazi« zu denunzieren, dessen »Mahnmal für die verfolgten Wiener Juden sofort abgerissen werden« sollte, woraufhin sich Sigrid Löffler in der »Süddeutschen Zeitung« fragte, was Broder wohl gefordert hätte, wenn Hrdlicka Schriftsteller wäre: eine neue Bücherverbrennung? Broder ist mit seiner spektakelnden Forderung in eine sehr bezeichnende Koalition mit der Wiener Rechtspresse geraten, die, wie etwa die »Kronenzeitung«, schon bei der Aufstellung des Denkmals Amok gelaufen war und deshalb Beifall von den Altnazis erhalten hatte. »Doch bevor dies (der Abriß, K.B.) geschieht«, schrieb »Die Presse«, »sollte man es verhüllen, um so ein Mahnmal gegen die Heuchelei zu schaffen.« Die »Salzburger Nachrichten« setzten noch eins drauf: »Dieser Mann (Hrdlicka, K.B.) muß aus dem öffentlichen Leben verschwinden.« Schwer entrüstet ist die Bürgerpresse über die »Nürnberger Rassengesetze«, aber ganz entschieden tritt sie im Fall Hrdlicka für deren Anwendung ein. Was es mit Broders Empörung über Hrdlickas verstörten und verstörenden Fluch gegen Biermann aber tatsächlich auf sich hat, hat der Wiener Philosophieprofessor Rudolf Burger beschrieben, indem er zu zeigen verstand, daß Broder sich bei seiner medienwirksamen Denunziation einer Methode bediente, die er ansonsten gerne bei Stalinisten entdeckt. Auch die nämlich verstanden sich auf die moralische Herabsetzung des politischen Gegners (siehe dazu den Artikel von Rudolf Burger, S. 53).

Nun hat sich Hrdlicka in dieser Auseinandersetzung durchaus ein bißchen, wie man in Wien sagen würde, »deppert« angestellt und taugt wohl kaum als ernstzunehmender Gegner. Vielleicht um dem daher naheliegenden Verdacht der Bürgerpresse in der BRD zu entgehen (die auf Hrdlickas Neigung zum Alkohol hinzuweisen keineswegs versäumte), Broder habe sich ein leichtes und möglicherweise nicht ganz zurechnungsfähiges Opfer ausgesucht, schreibt dieser: »Die Frage wäre müßig und keine Erörterung wert, stünde Hrdlicka nur für Hrdlicka und nicht für ein ganzes Milieu, das mit seiner eigenen Lebenslüge konfrontiert wird und damit nicht fertig wird.« Weil es aber die Salonkommunisten, die Broder meint, nicht mehr gibt, weil sie a) entweder Broder schon längst gefolgt und ins andere Lager gewechselt sind oder b) keine gesellschaftliche Rolle mehr spielen, weshalb von »Milieu« zu reden unsinnig ist, deutet vieles darauf hin, daß sich Broder einen Gegner erst basteln muß, um ihn erlegen zu können. Aus diesem Grund nennt er das »Neue Deutschland« eine »totalitäre Zeitung« und hat in Konrad Weiß einen Freund gewonnen, der□s blöde nachplappert und die »totalitäre Geisteshaltung dieser Zeitung« anprangert. Nun kann man das »Neue Deutschland« als alles mögliche bezeichnen, z.B. als Vereinsblatt der Partei des Demokratischen Selbstmitleids oder als eine etwas schrullige Postille, die krampfhaft Anschluß an das Schöne und Gute in Deutschland sucht, aber eine »totalitäre Zeitung« ist das »ND« nicht mal zu Zeiten Ulbrichts gewesen. Als offizielles Mitteilungsorgan war es stets nur langweilig, während es heute außerdem noch den Befindlichkeitskitsch für den Osten liefert.

Broder lobt Biermann dafür, daß er sich von »seiner Lebenslüge verabschiedet« hat, die darin bestand, »an den Sozialismus geglaubt« zu haben. Mit diesem Lob hat er sich auf die eigene Schulter geklopft. Nun ist jedoch von Biermann bekannt, daß seine Liebe nicht dem DDR-Sozialismus galt, und auch Broder hat einmal beschrieben, wie kurzlebig seine Affäre mit dem Staatssozialismus gewesen sei. Belobigt wird daher in Wahrheit der Verrat an den eigenen Jugendidealen, an einer

Haltung, die gegen die herrschenden Verhältnisse opponierte, und die Angehörigen der Anti-Hrdlicka-Fronde begehen diesen Verrat (»Kursbuch«-Autoren, aufgepaßt!), weil sie die Erinnerung nicht ertragen, auch bloß mit ihren Wünschen und Hoffnungen einmal außerhalb dieser Gesellschaft gestanden zu haben. Ist es schon nicht gerade schön, wenn Leute unter Zwang oder für ein Butterbrot sich von der Stasi anwerben ließen, so ist es auch nicht gerade appetitlich, wenn sich gutverdienende Herren mittleren Alters freiwillig dafür hergeben, eine Haltung zu denunzieren, der nach dem Sieg des Kapitalismus geradezu Größe und Würde zukommt.

Wenn Broder Hrdlicka vorwirft, er würde sich gern den Herrschenden anbiedern, »wenn es nur die richtigen Herrschenden wären», so kommt er nicht umhin, im Konjunktiv zu schreiben, während er selber doch nichts anderes tut, als seine Fähigkeit zu hemmungsloser Anbiederung praktisch unter Beweis zu stellen. Hätten Jörg Haider oder Franz Schönhuber jemandem die Nürnberger Rassegesetze an den Hals gewünscht, »gäbe es einen Aufschrei der Empörung im ganzen Land«, schreibt Broder und findet das ungerecht. Als ob Rechtsradikale und Altnazis vor öffentlicher Kritik ausgerechnet von Broder in Schutz genommen werden müßten. Als ob Broder nicht wüßte, daß der beste Schutz solcher Leute darin besteht, daß die meisten Politiker nicht anders denken und kaum anders reden als Schönhuber und Haider, aber im Unterschied zu diesen das richtige Parteibuch haben. Mit ungeheurem Einfühlungsvermögen hat Broder im Mai 1992 Schönhuber für die »Taz« interviewt und dabei viel Verständnis für den SS-Veteranen aufgebracht mit Fragen wie »Wird Schönhuber gelegentlich von seinen Anhängern mißverstanden?« Und damit dem die Frage nicht zu schwierig wurde, fügte er einen Zusatz an, der an ihrem rhetorischen Charakter keinen Zweifel ließ: »Das ist auch Marx passiert.« Ah, möchte man ausrufen, wie umwerfend, wie witzig, wie schalkhaft, wie neckisch!

Für Hrdlicka vermag Broder der-lei Verständnis nicht aufzubringen, weil Hrdlicka ein »linker Nazi« ist und »linke Nazis« Broders besondere Verachtung auf sich ziehen. »Die verfolgten Wiener Juden«, schreibt Broder, »sind genug verhöhnt worden und brauchen sich nicht von einem linken Nazi post mortem weiter verhöhnen zu lassen.« Ein interessanter Satz, weil Broder darin versucht, die von ihm erfundene Figur des »linken Nazis« mit den historischen Nazis auf eine Ebene zu bringen. Der Satz legt die Annahme nahe, daß die Nazis die Wiener Juden nicht etwa verfolgt, vertrieben und in die Gaskammern deportiert, sondern lediglich »verhöhnt« hätten, genauso wie es der »linke Nazi« Hrdlicka tut. Man kann Broder nicht unterstellen, daß ihm dieser kleine Unterschied unbekannt ist, denn schließlich müssen die Juden irgendwie umgekommen sein, um sie »post mortem weiter verhöhnen« zu können. Geschrieben hat er□s trotzdem.

In Österreich hat diese Kontroverse hohe Wellen geschlagen, während in der BRD die Berichterstattung eher flau war. Zwar gab man Broder in der Sache allgemein recht, aber man roch doch den Braten, die Inszenierung eines Skandals mit Broder als Retter des christlichen Abendlandes. Nur Ignatz Bubis, der Hrdlicka in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« als »rotlackierten Nazi« beschimpfte, und der Bürgerrechtler Konrad Weiß eilten dem »Biermann ohne Klampfe« (Wiglaf Droste) mit schwerem Gerät zu Hilfe. In der »FAZ« spie Weiß Gift und Galle gegen das »Neue Deutschland«. In heiligem Eifer und in vollem sittlichen Ernst erstattete er gegen das Blatt, das Hrdlickas »Offenen Brief« an Biermann veröffentlicht hatte, Strafanzeige beim Generalbundesanwalt wegen »Volksverhetzung, Aufruf zum Völkermord und möglicherweise Unterstützung der Ziele einer verbotenen verfassungsfeindlichen Organisation, der NSDAP«. Das hat das »ND« sich allerdings schon allein deshalb verdient, weil sich seine Chefredaktion jahrelang darum bemühte, Konrad Weiß zur Mitarbeit zu bewegen. »Es gibt genügend ostdeutsche Künstler zu entdecken«, nörgelte dieser nun in eigener Sache, »um die es still sein mußte in der DDR und die auch im wiedervereinigten Deutschland fast unbekannt geblieben sind.« Ein Lamento, das sogar der »FAZ« zuviel war, die einen Tag später antwortete: »Die östlichen Moralisten nerven und erpressen nun schon seit Jahren unser ästhetisches Gewissen mit Märtyrern, Ausnahmefiguren, Winkelpoeten oder gar mit Patriarchen, die angeblich die eigentliche Kunst der DDR geschaffen haben.«

Überhaupt ist die »FAZ« die einzige Zeitung gewesen, die sich über den »Konflikt« angemessen lustig machte, als sie ihn als einen »pubertären Streit unter Rauschebärten« (Erhard Busek) beschrieb. Daß nicht alle Konservativen Broders Anbiederei begrüßten, sondern einige »um der Freiheit der Kunst willen ... ihre Anarchie, ihre Immoralität und ihre traumtänzerische Inkorrektheit« (»FAZ«) in Gestalt des »rabiaten □Antifaschisten□« Hrdlickaverteidigten, ist der einzige Lichtblick in dieser trostlosen »Affäre«, sieht man von Wiglaf Drostes konstruktivem Vorschlag zur Güte ab, ein »Zwergenwerfen« mit den Protagonisten des Streits zu veranstalten. Daß Broder in seiner Kampagne gegen Hrdlicka sogar Bundesgenossen von links bekam, wie den Chefredakteur der »Jungen Welt«, Oliver Tolmein, der im Leitartikel der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« über »das Herabzerren der Scham- und Hemmschwellen« durch Hrdlicka predigte, fällt dagegen doch ein wenig ab.

Tolmein hatte sich zuvor bereits in seinem eigenen Blatt ähnlich geäußert. Auf seine »geheuchelte Empörung« schrieb Eike Geisel eine Erwiderung, die nicht abgedruckt wurde, weshalb sie hier zitiert sein soll: »Vor einer Woche erschien ein Text (□Bruder Broder□), der den deutsch-jüdischen Pas de deux als Lachnummer vorführte. Und neben diesem Text, sozusagen als Abmahnung, erklärte der Chefredakteur der □Jungen Welt□, die Zeitung verteidige das Ansehen von Auschwitz, es dürfe nicht □herabgewürdigt□ werden. Staatstragend und kirchentagsmäßig betroffen sinnierte Oliver Tolmein über die Gefahr der □sprachlichen Einebnung der NS-Verbrechen□. Und seine Abmahnung schloß: □Der Streit zwischen ihm (Hrdlicka) und Broder ist ... eben doch einer zwischen einem, der im Nationalsozialismus aufwachsen ... konnte, und einem, der vom NS-

Regime ermordet worden wäre.□ Eine berühmte Publizistin, die im Unterschied zu Tolmein etwas von der jüngeren deutschen Geschichte verstand, reagierte auf derlei dämliche Konstruktionen immer mit derselben Auskunft: □Wenn meine Großmutter Räder hätte□, pflegte Hannah Arendt zu sagen, □dann wäre sie ein Autobus□. Man könnte nämlich ähnlich zurückfragen, was aus dem nach dem deutschen Reinheitsgebot gezeugten Oliver Tolmein geworden wäre. Wahrscheinlich Chefredakteur der □Jungen Welt□.«

Für das, was Kritiker über seine Bücher schreiben, kann Broder nichts, aber verdient hat er es allemal, daß ihm vom christdemokratischen Gutmenschen Friedbert Pflüger Schonungslosigkeit und Sarkasmus bescheinigt und er dafür gelobt wird, daß er »scharf mit der Linken ins Gericht« geht. Auch geschieht ihm durchaus recht, wenn ausgerechnet Günter Schabowski ihn als »Querulanten« und »Querdenker« bezeichnet, der nicht nur am Fließband »Denkanstöße liefert«, sondern seine »Feder« »gnadenlos ... in den Speck der Selbstgefälligkeit« rammt. Fast schon möchte man Erbarmen mit Broder haben, wenn mannicht wüßte, daß er sich in diesen Kreisen wohlfühlt. Zwar war es ein langer Weg bis in die neue Heimat, aber nun ist er bereits dabei, als Fachmann in Sachen »linke Lebenslügen« Klaus Rainer Röhl Konkurrenz zu machen. Fachmann auf diesem Gebiet wird man jedoch nur, wenn man, als Schwein beschimpft, dies nicht als Beleidigung versteht, »sondern als Aufforderung zu grunzen« (Wolfgang Pohrt).

Im Interview mit dem »Focus« (Nr. 50/94) war es dann so weit: Genüßlich erklärt Broder dem aus lauter Ressentiments gestrickten Blatt, daß das »Vierte Reich ... die Wichsvorlage der Linken« und in Deutschland »anormal nur der Ladenschluß« sei. Über Stefan Heym sagt er: »Heym würde nur hungern, wenn er dafür bezahlt würde ... Einen derart charakterlosen, geldgeilen Opportunisten wie Heym hat es vorher nicht gegeben. Für so kleine Summen auch noch! ... Heym ist ja schon für 1000 Mark käuflich. Der Mann hat überhaupt nichts zu sagen, aber er möchte gern anderen vorschreiben, was für sie gut ist.«

Stefan Heym, der charakterlose, geldgeile und machtlüsterne Jude? Nur unzureichend läßt sich dieses ordinäre Geschimpfe mit Broders eigenem Verdikt über den »deutschen Humor« beschreiben, für den er selbst nun das beste Beispiel geliefert hat: »Einfallslos. Grausam. Uncharmant. Unsexy. Dumm.«

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 11/94 über die Durruti-Biographie von Abel Paz

Konkret 02/95, S. 53

Rudolf Burger

Wie man einen Nazi konstruiert

Zur Mechanik einer Verleumdung

»Kälte ist zu empfehlen, wo es anrüchig wird. Es geht sich leichter über gefrorenen Schlamm.«
Ernst Jünger

Die Empörung ist allgemein, und sie geht tief – bis tief in die Kernschichten der »Heldenplatz«-Premiere. Henryk Broder hat es vorgesagt, und alle sagen es nach: Alfred Hrdlicka ist ein Nazi; ein linker Nazi zwar, aber ein Nazi.

Da entdeckt ein Kunstminister den Handlungsbedarf (und schiebt ihn sogleich an andere ab); da redet eine Kulturstadträtin von »kommunikativer Verwahrlosung« (und merkt nicht einmal, wie recht sie damit hat); da melden sich scharenweise Leute zu Wort, die vor einer Woche zu Recht noch niemand kannte, die sogenannte »Kulturprominenz«. Die müssen sich alle »distanzieren« (man fragt sich, welches Näheverhältnis sie hatten) und mitteilen, wie aufgeregt sie sind. Da sorgt man sich um die »politische Gesundheit« (Morak), und nachdem seit Jahren kein kritisches Wort zu hören war, findet man auf einmal Hrdlickas Denkmal »untragbar«. Vor allem aber findet man einen Mann »untragbar«, den man über Jahrzehnte hofierte: Denn Hrdlicka ist ein Nazi, Broder hat es gesagt. Das nennen sie »Diskussionskultur«.

»Untragbar« ist auch der Direktor des Jüdischen Museums geworden, weil der als einziger – neben Busek, zu seinem Lobe sei es gesagt – einen kühlen Kopf bewahrte und gelesen hat, statt daß er brüllte.

Die gesamte »Falter«-Redaktion, die einst geschlossen hinter Hrdlickas Pferdchen marschierte, stimmt jetzt ebenso geschlossen in den Chor der Verfolger ein und wiederholt Broders Verleumdung: Hrdlicka ist ein Nazi!

Und niemandem fällt die Ungeheuerlichkeit dieser Behauptung auf. Mit der »Welle der Empörung« ereignet genau das sich wieder einmal, wogegen die Empörten aufschreien: eine Hochzeit der Sykophanten.

Sowas kehrt periodisch wieder, und man ist es inzwischen gewöhnt. Aber diesmal ist die Sache besonders grotesk. Zwar wird kein ernstzunehmender Mensch hierzulande von einem Politiker oder einem Journalisten erwarten, daß er denken kann – aber lesen sollten die wenigstens können. Denn was ist die Basis der ganzen Erregung? Ein falsch zitierter Satz.

Am 24. November hat Alfred Hrdlicka in dem altdeutschen Käseblatt »Neues Deutschland« eine wüste, ordinäre Polemik gegen Wolf Biermann publiziert, und das »Profil« hat sie am 5. Dezember in Faksimile reproduziert – als kleingedruckte Beigabe zu einer Gegenpolemik von Henryk Broder. Broders Polemik ist weder wüst, noch ist sie ordinär; sie ist ruhig und besorgt im Ton, sie ist pseudogenau und deshalb tödlich. Sie zielt auf einen einzigen Punkt: auf die moralische Vernichtung des Gegners.

Broder greift aus Hrdlickas Diatribe einen einzigen Satz heraus, verstümmelt ihn und gründet auf den Torso, den er als ein semantisches Ganzes behandelt, seine gesamte Argumentation: auf jene Stelle, an der Hrdlicka seinem ehemaligen Freund und jetzigen Gegner nach einer Serie rabiater und plumper Beschimpfungen (die übrigens überwiegend Biermann-Zitate als Retourkutschen sind) mit Schaum vor dem Mund auch noch die Nürnberger Gesetze an den Hals wünscht. Broder zitiert die Stelle viermal in seinem Artikel, er hämmert sie in das Bewußtsein seiner Leser, und er zitiert sie jedesmal falsch. Aber wer liest schon das Kleingedruckte? Diese falsch zitierte Stelle, und sie allein, ist ihm Grund genug, Hrdlicka einen »linken Nazi« vom Charakter eines »Sturmbannführers« zu nennen und die Entfernung seines Denkmals zu fordern. Es handelt sich um die Passage: »Ich wünsche Dir die Nürnberger Rassengesetze an den Hals,«.

Hrdlicka schreibt: »Du willst mit keinen Gesetzen leben, die Gysi beschließt?! – Ich wünsche Dir die Nürnberger Rassengesetze an den Hals, Du angepaßter Trottel!«

Jedem, der die Stelle nicht gehässig liest, muß klar sein, daß es sich hier nicht um einen Wunsch, sondern um eine Verwünschung handelt, um eine böse Ironie, um eine paradoxe Beschwörung des Schreckens, um ihn zu verhindern; um eine aberwitzige, sich überschlagende Warnung, um einen verzweifelten Appell an seinen Gegner, doch zur Besinnung zu kommen. Es sollen diesem in krassester Weise, gleichsam durch ein Apotropaion, die Konsequenzen seines Tuns vor Augen gestellt werden: wenn er sich einläßt mit Leuten, die für die Nürnberger Rassengesetze stehen. Insofern bewahrt Hrdlickas Pamphlet einen Kern von Solidarität mit seinem Gegner: Er erinnert ihn an ihren gemeinsamen Feind, den Nazi.

»Du willst mit keinen Gesetzen leben, die Gysi beschließt?! Haben denn die Gysis und Heyms die Nürnberger Gesetze beschlossen, und nicht vielleicht die Globkes? Mit dieser Brut und ihrem Staat läßt Du Dich ein und denunzierst bei den Nachfolgern Globkes die Heyms? Bist Du noch zu retten, Du Arschloch? Siehst Du denn nicht, worauf das hinausläuft? Aber Du wirst es schon noch sehen, und ich wünsche es Dir, daß Du es erlebst, was Du angerichtet hast, Du blöde Sau. Ich

wünsche Dir die Nürnberger Rassengesetze an den Hals, damit Du vielleicht wieder zu Verstand kommst und merkst, was Du getan hast. Denn wer nicht hören will, muß fühlen, Du angepaßter Trottel!« – So, oder so ähnlich, könnte die Stelle in Hrdlickas Sprache auch lauten, denn das ist ihr Sinn: Sie ist eine in die äußerste Provokation getriebene Warnung. Hrdlicka malt den Teufel an die Wand, sein ganzes Geschmiere ist ein einziger monströser Fluch. Broder aber behandelt es als Traktat. Dadurch verfälscht er den Status des Textes fundamental und verkehrt seinen Sinn ins Gegenteil. Das gelingt durch Dekontextualisierung – nicht nur eines nicht isolierbaren Satzes, sondern einer Wortfolge, von der Broder so tut, als ob sie ein ganzer Satz wäre. Er macht aus Hrdlickas Worten einen neuen Satz, den Hrdlicka nicht geschrieben hat, den er aber als Hrdlickas Satz vorstellt; und er imputiert dem Satz einen Sinn, den er als Satzteil nicht hat.

Verstehen wir uns recht: Es geht nicht darum, Hrdlickas ordinäres Geschrei zu rechtfertigen, sondern darum, den Sinn dieses Geschreis zu verstehen. Dieser Sinn ist Unsinn, er ist unvertretbar und skandalös, aber antisemitisch ist er nicht. Das Pamphlet ist eine Krakeelerei zwischen (wie lange noch?) verfeindeten Freunden, wüstes Geschimpfe, wie in einer schlechten, unauflöslichen Ehe. Der Ausfall ist an der Grenze des Erträglichen, aber eines ist er sicher nicht: die rassistische Bemerkung eines Nazis. Genau dazu aber macht ihn Broder, indem er aus der Wortfolge »Ich wünsche Dir die Nürnberger Rassengesetze an den Hals,« einen eigenen Satz macht, die Beschimpfung nach dem Komma wegläßt und den Satz als schlichte Proposition behandelt. Dadurch dreht er Hrdlicka das Wort im Mund um – dabei bleibt es natürlich das gleiche Wort, aber sein Sinn wird invertiert: Aus einer Warnung wird ein Wunsch. So konstruiert Broder einen Nazi, und die Analphabeten fallen hinein auf den Trick.

Hrdlicka, diese rabelaissche Figur, will beleidigen, schockieren, verletzen, verstören – aber zerstören will er nicht. Broder geht auf die Vernichtung einer moralischen Person. Und indem er Hrdlicka als moralische Person vernichtet, vernichtet er ihn zugleich als Künstler – denn Hrdlickas Kunst ist eine einzige moralische Geste, was freilich zugleich ihre ästhetische Schwäche ist. Da setzt Broder an: Er vernichtet mit der Moral die Kunst.

Hrdlickas Gebrüll kündet von enttäuschter Liebe, Broders leise Stimme dröhnt vor Haß. Wenn da einer aus dem Antisemitismus Kapital schlägt, dann Broder. Er mobilisiert das Ressentiment gegen den Unangepaßten, gegen den, der nicht »political correct« ist. Er wünscht, kontrolliert wie er ist, Hrdlicka nichts »an den Hals«. Nur sein Denkmal solle man schleifen, denn es sei die Verhöhnung der Juden durch einen Nazi. Sowas findet in dieser Stadt natürlich Beifall, wo alle ein schlechtes Gewissen haben und die immer schon voll von Mitläufern war.

Rudolf Burger ist Professor für Philosophie an der Hochschule für angewandte Kunst in Wien. Sein Beitrag ist zuerst am 12. Dezember 94 in der Wiener Zeitung »Der Standard« erschienen

Konkret 02/95, S. 54

Dietmar Dath

Das Machtlos

Klaus Theweleit hat sein episch-philosophisches »Buch der Könige« fortgeschrieben. Auf knapp 1.800 Seiten stellt er die Frage nach der Anfälligkeit des Künstlers für die Reize totalitärer Herrschaft

»Es steht für den Psychologen fest, daß er nicht jenen beliebten gesinnungsmäßigen Unterschied zwischen Nazis und Gegnern des Regimes machen darf.«
Carl Gustav Jung, berühmter Seelenforscher, der im *Buch der Könige 2* nicht mehr vorkommt (im *BdK 1* kam er vor)

»... die fundamentale Differenz, die allen Projekten zugrunde liegt, die wir je in jugendkultureller Praxis gesehen haben, festzustellen: den Unterschied zwischen Nazis und ihren Gegnern.«
Diedrich Diederichsen, der im *Buch der Könige 2* laut Index 9 mal vorkommt (im *BdK 1* kam er noch nicht vor)

»(Judith) wollte nicht ihre Zeit damit verschwenden, ein neues Buch der Könige zu schreiben – nur damit man es später zerriß und vergaß.«
Clive Barker, »Imagica«

Ist das meine verstellte Optik, oder weht ein scharfer Wind um dieses Buch, der es bei aller werbenden Präsenz fast unsichtbar macht, seinen unmöglich beim Durchblättern von vorverschickten Leseproben und Anzeigenmaterial ausmeßbaren Wert (oder Unwert oder Spannenderes) verwischt? Mit Evidenzen kann man nicht rechten und fechten; es wird daher schwer zu bestreiten sein, daß in einer Zeit der Enzensberger und Walser, im anbrechenden Jahr drei nach dem Jahr, als die Jugendkultur, wie »wir« sie kannten, zerbrach (1992: The year Punk broke, so hieß nicht nur ein Film, so hieß ein Aschermittwoch und ein schwarzbrauner Kater), im Universum von – je nach Kalkül – an- und wieder abschwellenden Bocksgesängen, im Deutschland des kalten kulturpolitischen Putsches und der kleinen Kotzekelhaftigkeiten am Rande: daß in einer solchen Konstellation, umringt von neugeschaffenen »kulturellen« Feldern, die sich zur Macht (und zwar zur völkisch verstandenen) hin ordnen, wenig Dringenderes anliegt als eine Studie, die den *strange attractor* Machtpol beleuchtet. Der soll bei Klaus Theweleit nicht nur beleuchtet, sondern ausgeleuchtet werden im Bühnenmittelpunkt, wenn möglich grell genug, um die sichtbar zu machen, die's vom Kunstpol her dorthin zieht und die dort dann nichts finden als den (falschen) Zusammenbruch: einen, der nicht Revolution heißt, sondern im Gegenteil selbst »ästhetische« Revolutionen (Futurismo, Stil des »Intellektualisten« Benn, auch/sogar/natürlich Pop) austrocknen, zerbröseln, ausleiern läßt, auf daß nichts von ihnen bleibe als die, der sie sich anverwandeln wollten: die Macht.

Das *Buch der Könige 2* (*BdK 2*) hätte rechtzeitiger nicht erscheinen können. Woher rührt dann aber der Eindruck, daß es sich nur gerade eben noch in die Hände der studierwilligen Lesenden retten konnte vor dem, was schon Wochen vor seinem Erscheinen »printmedial« um es veranstaltet wurde? Der »Spiegel« hatte schon gesprochen, Sigrid Löfflers freundliche, dem Zeitpunkt entsprechend unverbindliche Worte waren, in echter »Spiegel«-Eigengesetzlichkeit, schon fast wieder verweht, als das Buch schließlich selbst zu Wort kam. Die logische Schleife ist scheinbar galgenstrickeng zugezurrt: Wenn's denn zu diesen 1.800 Seiten passen sollte, daß man von ihnen auf ähnlichen Wegen erfährt wie vom neuen Totschlag-Hype aus Politik und Geistesdreckarbeit (also auf den Brüllkanälen, die für neue Guns'n'Roses-Doppel-LPs oder »skandalöse« Botho-Strauß-Schweinereien zuständig sind), dann wäre das Urteil darüber gesprochen.

Es paßt jedoch nicht dazu, allenfalls ganz anders: Die »Begleitumstände« seiner Veröffentlichung sind die letzte, von außen unabsichtlich den beiden Textbergen beigegebene Illustration zum *BdK 2*. Was das Buch im Feuilleton bereits ausgelöst hat, ist die schönste Bebilderung der darin beschriebenen Vorgänge, sie belegt nicht zuletzt Theweleits lange Kritik-/Analysestrecken über das Schreiben und Sprechen von »Meinungen« und darüber, wie dieses Ausübende und Empfangende intellektuell, ästhetisch, »politisch« (= »polar«) verhunzt. Der Unterschied zwischen der »Resonanz« auf das Buch und dem Buch selber ist eine schlaue Engführung von Theweleits präzisen, ehrenhaften Vorstellungen davon, was er für wen sein will und was nicht. Das Buch blamiert sich nicht am Echo, sondern das Echo bekräftigt die bereits mehrfach kräftig bezweifelten Einfälle des Buchs: Einfälle, die das nervöse Echo einem angeblichen Theweleitschen »Ressentiment« gegen den Journalismus andichten will.

Auch Sigrid Löffler vermag in Theweleits Entwurf einer Theorie, die erklären könnte, warum das Zeitungwerden von Kunstpol-Hervorbringungen diese erstickt und zerstört, nicht mehr als befremdliche Presseschelte zu erblicken, klagt über Undifferenziertheit und ist damit nicht schlauer als der ranzige Philosophiepublizist, der in der »Badischen Zeitung« anläßlich eines seichten Interviews mit Theweleit das schmerzhaft originelle Wortspiel »Klaus Kraus/Karl Theweleit« erbricht. Man sollte meinen, die gedungene Schreibe in den nicht selbstausbeutenden Sektoren des Druckwesens könnte

über Feindseligkeiten gelassener wegsehen. Es ist indes ein guter Trick, die Presse in solche Dilemmata zu verstricken (wie kann denen das Buch jetzt noch gefallen, selbst wenn sie im voraus entschlossen waren, es zu feiern, aus wiederum komplexen Gründen), clever, dieses »laß die Antwort die Berechtigung deiner Frage beweisen«, einer der besseren Kniffe, die Theweleit gelernt hat als »freischaffender Forscher«.

An einem Ort, an dem es kaum gehört werden wird von denen, die es anginge, und also leider wieder folgenlos wahr bleiben wird (worin man sich nicht suhlen sollte), nämlich hier, soll wenigstens gesagt sein, daß dieses Buch die Zeit haben wird, die es sich kraft seines Umfangs nimmt. So ist mit planerischer Setzung (in der sich Theweleit auch als klassisch-männlich-unabhängig-kühner »Großschriftsteller« zeigt, was ihm nicht gefallen dürfte, aber der gesamten Anlage des *BdK 1-4* inhärent ist) garantiert, daß das Interesse wieder abnehmen wird, die Kritikhudelei und das ihr komplementäre feige Lob von Leuten, die nicht so genau wissen wollen, was dasteht, sich überm Marktplatz allmählich verlaufen werden – dann bleibt das BdK übrig, durchaus im kritikwürdigen Sinn »dessen, was bleibt« (und was »die Dichter« stiften ...), und allenfalls noch ein, zwei kritisch-»sekundäre« Texte übers *BdK*, die es damit in allem Ernst aufnehmen.

Was »tut« das *BdK 2*? Den Teufel werd' ich tun und hier, wie anderswo geschehen, zu resümieren versuchen, was in den beiden Teilbänden über die Faschistwerdung Benns und anderer, über die Tatsache, daß Macht und Autorität nicht wählerisch sind beim Aussuchen derer, denen sie das Gehirn vollbrunzen, und über die »durch und durch durchdrungenen« Spuren solcher Einsichten in der (Literar-)historie geschrieben steht: All das kann man – bis ins Anekdotische (das mir nicht immer so geheuer ist) – selber nachlesen. Hier hingegen geht's um die Parameter, die es Theweleit erlaubten, all das in diesem Umfang und mit dieser manchmal quälenden Differenziertheit, auch den scheinbar entlastenden Vagheiten, hinzuschreiben. Dabei den Verlockungen eines Alleswisser-Gestus nicht erlegen zu sein, ist bemerkenswert an Klaus Theweleits Arbeit.

Selten ist bisher versucht worden, zu skizzieren, wie das gedeichselt wird und was das (den Autor/Forscher Theweleit) kostet. (Lesenswerte Ausnahme: Isabelle Graws Interview mit Theweleit in »Texte zur Kunst« 15, wo das »authentisch« Dialogische als Vergleichsmöglichkeit zum bei aller Zitatenfülle doch Monologischen/Monolithischender Theweleitschen Bücher überraschende Windwechsel wirft.) Ein Preis, den Theweleit auf jeden Fall fürs Offenhalten seiner Arbeit gezahlt hat und weiter zahlen muß, ist eine gewisse Gleichförmigkeit, man könnte auch sagen: ein gewisses Pfeifen von *Recurring dreams*, daß da Topoi immer wiederkehren (über Slavoij Zizek, der in seinen Arbeiten an der Meistererzählung Psychoanalyse allerdings ungebrochener werkelt, ist gesagt worden, er schreibe »immer dasselbe«), so leid sie Theweleit inzwischen selber sein mögen.

Im *BdK 2* heißt es einmal, manche der neuen Ausführungen könnten auch als »Männerphantasien 3« begriffen werden. Tatsächlich ist ja gemeinhin sehr im Dunkeln geblieben, wie weit sich Theweleit schon mit dem *BdK 1* von den diversen psychoanalytischen Schulen und Denkbewegungen, die der Literatur(geheim)geschichtsschreibung zuhanden sind, entfernt hat – die dort verhandelten Paarbeziehungen und Opferungsgeschichten sind ja auch mit rohester Gewalt nicht ins überkommene Verständnis von sozialem Neurosenballett einzupassen, nicht mit »Übertragung« noch »Gegenübertragung« wird man Theweleits Schilderungen vom »Überleben« der »nicht zu Ende Geborenen« ins Freudwelsch übersetzen können, keine der tiefenpsychologischen Orthodoxien und Häresien hat sich so weit aus dem Kopf, bis »hinaus« an die Hautoberfläche, getraut, Otto Fenichels Spinnerkataloge helfen sowenig weiter wie des Urvater Freuds folie à deux; weder Alfred Adlers kompensatorische Machtgeschichten (die, gemessen an Theweleits Machtbegriff, doch ärmster Stirner sind) noch Reichs charakterneurotische Reaktionsbasis, nicht Jungs raunende interagierende Archetypen-Imagines und auch nicht Lacans so gern unverstanden herbeizitierte »nichtexistierende Frau« haben den Kanon dessen, was zwischen Primärvorgang und Ichpsychologie passieren darf und benannt werden kann, so beherzt aufgebrochen.

Theweleit hat versucht, ausgehend von der bei Deleuze/Guattari fertig vorgefundenen Einsicht, das Unbewußte funktioniere nicht wie eine Theaterbühne, sondern wie eine Fabrik (Produktion sei entscheidend, nicht Repräsentation), einen Schritt weiter zu gehen: Wenn Phantasieren Arbeit ist, dann muß es möglich sein, auch in außerpsychologischen Begriffen von *entfremdeter* Arbeit zu sprechen: Ausbeutungsverhältnisse zu beschreiben (Isabelle Graw hat darauf hingewiesen, daß die Selbstverständlichkeit, mit der die Vampirmodelle in *BdK I* bevorzugt männliche Draculas und weibliche Lucys aufweisen, in Frage gestellt werden könnte). Diese schon seit dem Interesse der 68er-Bewegung an der Psychoanalyse und am Freudomarxismus überfällige Erweiterung der psychoanalytischen Konzepte von Beziehungshistorien und -histörchen, auch »Familienromanen« (Freud), die sich zuvor bei der damals avanciertesten Psychoanalysekritik schlau gemacht hatte, ist mit dem lobend gemeinten Klischee von der »Psychohistorie«, gegen das Theweleit bereits im *BdK 1* weithin überhörten Einspruch erhoben hat, zu ungenau bezeichnet: Daß da irgendwie »Geschichte« und »Seele« zusammengedacht werden, gibt einen viel zu zagen und schwachen Begriff davon, wie tief der Riß ist zwischen dem gedankenlosen Weiterschreiben der Story von Ich, Es, Über-Ich und diesem Theweleit hier. Und doch: Die Psychoanalyse, deren historische, erkenntnistheoretische, auch politische Unzulänglichkeiten von Abraham bis Zizek Theweleit nicht verborgen bleiben, ist ihm unverzichtbar, so sei das eben »mit dem Pol Psychoanalyse: seine – bestbegründete – Zerschlagung nützt niemandem als einigen Sorten Mafia ..., der Verhaltensmafia, Chemiemafia, Eso-Mafia, Ärztebund«.

Noch vor nicht allzulanger Zeit konnte man in Wohngemeinschaften erleben, wie sich erwachsene Menschen bis zum Morgengrauen heiser brabbelten unter illegitimer Verklappung psychoanalytischen Vokabelmülls in Meere trüber Gefühle – aber trotz fader Institutionalisierung in der »Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung« und den von 68 her verbliebenen freudomarxistischen Sekten (wie dem »Bund gegen Anpassung« vor Theweleits Haustür, dessen Dumpfdenker Peter Priskil den Klaus Theweleit einen »Empiriokritizisten und Präfaschisten« nennt) ist diese krumme Denkdisziplin zuweilen nützlich. Ein Pol eben, ein etwas unscharfer Fixpunkt im Koordinatensystem zahlloser Fragen an die »Kulturgeschichte«. Oft wird von Theweleit behauptet, er »assoziiere« so toll – was für'n Quatsch und Mißbrauch von Terminologie. Wenn damit nur gesagt sein soll, daß es einiges Kompilatorengeschick braucht für seine Zusammenstellungen von Text- und Bildausschnitten, dann braucht kein Fachbegriff beschworen zu werden. Meint man aber mit »assoziieren« die »freie Assoziation« (von Freud und Fenichel als psychoanalytische »Grundregel« expliziert), dann gäb's nix, was Theweleits Technik ferner wäre – er doziert ja nicht eigene Sorgen, Nöte und Ängste, sondern spricht aus, was der Geschichte selber peinlich ist. Das konnte »Assoziation« nie, und dafür war sie auch nicht vorgesehen.

Wenn universitäre »psychoanalytische Literaturwissenschaft« Christentum ist, dann ist Theweleit Gnostiker (und mit seinem unziemlichen Interesse an »Körpern« wahrscheinlich Sarkiker, wenn die Uni was zu sagen hat). Was uns zum kniffligsten der zahlreichen »Probleme« rund um Theweleit bringt, nämlich dem sozialen/publizistischen Ort, an dem er selber wirkt. Das wird immer ganz schnell abgehandelt mit Flapsigkeiten wie »Freelance-Wissenschaftler«, »Freestyle-Germanist« etc., alles schicke Sachen, aber doch zu bequem. Denn es gibt da durchaus ein Dilemma, mit den massiven Worten von Rainald Goetz aus *Festung (Katarakt)* umschrieben: »So Privatphilosophenspinner zum Beispiel / die ohne Universität still und dumpf / so vor sich hinköcheln / um einen einzigen / richtigen Gedanken herum bestenfalls / das klassische Beispiel natürlich Schopenhauer / zum Beispiel, eine Witzfigur, ein Wahnsystem / und Hegel dagegen und so weiter.« (Daß Goetz dabei womöglich sogar Theweleit im Auge hatte, erhellt eine andere Stelle, aus *Drei Tage* (1988, dem Jahr von *BdK 1*): »... Theweleit (Problem psychoanalytischer Detektivismus, Enge, nichtuniversitäres Privatgelehrtentum)«.)

Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie Theweleit, während einiger sehr spannender, gewundener Sätze, vorgetragen auf einem Podium in Freiburg, mit dem saudummen Zwischenruf »Wir sind hier nicht an der Uni, Klaus!« konfrontiert, den Faden verlor und Zettel zusammensuchen mußte – was stimmt denn nun? Zu akademisch für jemanden, der ja doch, trotz Zeitungshorror, in »Tagesgeschehen« interveniert mit seinen Büchern (und das seit den »Männerphantasien«), und zu »undiszipliniert«, zu heimgesucht von »einzigen richtigen Gedanken«, um für den Lehrstuhl zu taugen – was taugt uns das? Die Kritik von Goetz und anderen am Freiburger Krähwinkel in Ehren, aber vielleicht ist das für jemanden, der mit Psychologie zu tun hat, die einzige »Mafia«-ferne Arbeitsmöglichkeit (wie lehrreich der Fall des Nazis C.G. Jung und seiner »Ideen«, die ihn schließlich, in folgerichtiger Parallele zu seiner akademischen/verbandspolitischen Karriere in der Psychologenzunft, zur Formulierung von »jüdischer versus arischer Psychologie« führen mußten) – denn Psychologie hat eine verheerende Wirkung, die ihr nicht zu nehmen ist, auch nicht durch umsichtigen Gebrauch: Sie macht kurzsichtig.

Notorisch (und noch nie untersucht/systematisiert, vielleicht macht das ja Theweleit mal) sind die Unfähigkeiten der diversen großen Seelendoktoren, zu »differenzieren«: Freuds biographisch belegte miese Menschenkenntnis, Lacans idiotischer Umgang mit Althussers »Sorgen«, die Anekdote über Reich, er habe grundsätzlich alle Kinofilme gemocht und nie gute von schlechten unterscheiden können ... Und alle »großen Würfe« an der Akademie, gerade auch die von Goetz geschätzten der Hegel, Luhmann etc., bestechen gerade durch »seelenlose« Weitsichtigkeit. Da gibt's einen Zusammenhang, und wenn Theweleit den nicht sogar eingeplant hat: Gespürt hat er ihn. Und was seine vermeintliche Weltferne betrifft, da schaue man sich die allmähliche »Veraktualisierung« in den Verweisen der Theweleitschen Bücher an: Oben habe ich das am plötzlichen Auftauchen von D. Diederichsen illustriert, es ließen sich andere Belege finden.

Korrekturkurskonsequenz, dieses knarrende Wort, ist ein guter Freund für alles, was sich nicht an Akademien tut und doch den, nennen wir es Theweleit zu Ehren: Uni-Pol kennt und braucht, oder wie es bei der Rockband Sebadoh in »Brand New Love« heißt: »If you need a different face, it's definitely time to destroy this place«.

Klaus Theweleit: *Buch der Könige,* Band 2 x: *orpheus am machtpol*, 995 S. & Band 2 y: *recording angels' mysteries,* 835 S., Basel/Frankfurt: Stroemfeld (Roter Stern) 1994, einzeln je 99, zusammen im Schuber 148 Mark

Dietmar Dath schrieb in KONKRET 1/95 über den Comic-Autor Jeff Smith

Konkret 02/95, S. 57

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ja, da schlägt ja der Hund aus Gründen elementarsten Vergnügens mit allen Fünfen um sich in der Pfanne und es rollet und drollet in blankem Entzücken sich die Mieze im **Tiegel**

Du, lieber Stefan, bist Chefredateur vom **Spiegel**

und belegst hiemit in der Namedroppingskala des Erwähnungsuniversums nach Bill Clinton und dem Papst (vor Kohl noch! und *das* ist beileibe keine **Klei**

-nigkeit) ganz überraschend den (hallo!) nicht zu verachtenden Platz **drei**

Apropos »überraschend«: Soo überraschend (im Sinne von »über **Nacht**«)

Erreichte dich der Ruf ins Amt ja nicht; du, lieber Stefan, hattest über eine bärenstarke Strecke von nicht selten zur Aufhebung des menschenverachtenden Widerspruchs von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung aufrufenden Filmen, Büchern und Artikeln aufs positivste auf dich aufmerksam **gemacht**

Artikel, Bücher, Filme, verfertigt in demütigem Dienste am Göttinnenduo Enthüllung/Aufklärung sowie in investigativstem **Furor**

Von einem, der nach Dienstschluß kostenlose Herzenswärme verströmte und verströmt und (ja:) beseelt ist von mozartischem **Humor**

Jedoch ich seh, du kriegst grad Grosny in die Leitung, ich mach also mit meinem Glückwunsch zur Bestallung **Schluß**

Nur soviel noch: Bleib, lieber Stefan, kerzengrad im Sattel und – gesund zu **Fuß**

Und (letzter Satz!) – laß die in der Redaktion, die (wie sichs für Leute von Verstand wohl schickte) dich, anstatt mit Kußhand, kaltschultrig **empfingen**

Nicht über deine Racheklinge **springen**

Vergib diesen Gestörten und Verirrten, stürzi nicht in **Not**

Gib ihnen zwei Bewährungsstories auf und deiner Gnade **Brot**

(Und, daß ichs nicht vergesse, grüße deine schöne **Frau**

leider bis Datum unbekannterweise), servus, Stefan, **ciao!**

Konkret 02/95, S. 58

Frank Liebert

»Panzer nach vorn!«

Über die braune Karriere des erfolgreichsten Drehbuchautors des deutschen Fernsehens, Herbert Reinecker

ZDF-Intendant Dieter Stolte würdigte ihn »als einen der erfolgreichsten Autoren, der das Profil des ZDF-Programms über einen langen Zeitraum wesentlich geprägt« habe. Völlig zu Recht, denn Herbert Reinecker hat der Unterhaltungskultur des ZDF mit über 400 Drehbüchern für Fernsehserien, die zumeist wiederholt wurden, seinen persönlichen Stempel aufgedrückt. Seit Aufnahme des Mainzer Sendebetriebs ist Reinecker damit der geistige Vater von durchschnittlich über 14 Erstausstrahlungen pro Jahr.

Die rege Zusammenarbeit mit der zweiten deutschen Fernsehanstalt hatte bereits im Gründungsjahr des ZDF begonnen und erreichte 1969 mit dem Start der Krimiserie »Der Kommissar« eine quantitativ neue Stufe. 97 Folgen lang begab sich Erik Ode als Kommissar Keller unter Anteilnahme von bis zu 68 Prozent aller Fernsehbesitzer auf Verbrecherjagd. Dem patriarchischen Gebaren des wortkargen Keller entging 1974 nach seiner Ehefrau, die auf Wunsch ihrer Darstellerin Rosemarie Fendel bereits im September 1970 aus der Serie verschwinden durfte, auch sein Assistent Harry Klein. Er wurde befördert und arbeitete fortan mit Oberinspektor Derrick zusammen. Auch dessen Fälle wurden von Reinecker konzipiert. Hinzu kamen zahlreiche Prominentenspecials, Episodenfilmchen mit einem populären Protagonisten (Harald Juhnke, Gustav Knuth, Rudolf Platte, H.J. Kulenkampff, Lilli Palmer u.a.). Für die längste Specialreihe, die zwölf Folgen der Rentner-Idylle »Jakob und Adele«, heimste Reinecker 1984 den Wilhelmine-Lübke-Preis ein. Der Goldene Bambi, die Goldene Kamera (»Hör Zu«) und der WDR-Telestar komplettierten zwar die Sammlung seiner Trophäen, ließen die Nörgler aber noch immer nicht verstummen. Reineckers Plot besitze die »Raffinesse einer Lotto-Ausspielung«, höhnte der »Spiegel«, die Prominentenspecials seien »Schmachtfetzen« mit dem »wohl ärgsten sauren Kitsch ..., den man sich vorstellen kann«, moserte die »Westdeutsche Allgemeine Zeitung«. Im Kreuzfeuer der Kritik ging »Das Traumschiff« vor Anker, für das Reinecker eifrig Drehbücher abgeliefert hatte. Die »FR« sah »das weiße Alptraumschiff ... als Kulisse für den dicksten deutschen Mief ... mitten durchs seichteste Gewässer bundesdeutscher TV-Unterhaltung« schippern. Die Deutschen aber schalteten begeistert ein. Wenn der Luxusliner in See stach, hockten bis zu 25 Millionen verhinderte Globetrotter vor der Glotze.

Am 24. Dezember des letzten Jahres ist Herbert Reinecker 80 Jahre alt geworden. Über sechzig Jahre unermüdlichen Schreibens liegen nun hinter ihm, dessen beispiellose Karriere ihren Lauf nahm, als der junge Reinecker, wie er im Programmheft des Reussischen Theaters Gera für die Spielzeit 1943/44 bemerkte, »sicher dem Instinkt folgend, schon früh in die Hitler-Jugend-Arbeit« geriet und nach bestandenem Abitur 1934 aus seiner Neigung einen Beruf machte. Er avancierte zum Chefredakteur der »Landesjugendpflege-Zeitschrift« der Hitlerjugend in Münster. Ein Sprungbrett mit Spannkraft, denn bereits im folgenden Jahr wurde Reinecker in das Presse- und Propagandaamt der Reichsjugendführung nach Berlin versetzt, wo er bis 1939 »die schönsten, die glücklichsten« Jahre seines Lebens verbrachte, wie er in seiner Autobiographie (*Ein Zeitbericht unter Zuhilfenahme des eigenen Lebenslaufs*, Straube Verlag 1990) schwärmt. In der »Gewißheit eines unglaublichen Aufschwungs« trugen ihn die »Engel des Optimismus ... gleichsam auf Flügeln« davon.

So ward er den irdischen Realitäten entrückt. Derweil die Verbrechen der Nazis »fast unbemerkt« vor sich gingen, redigierte Reinecker den »Pimpf«, die monatlich erscheinende Zeitschrift des deutschen Jungvolkes, und verfaßte im Sinne der nationalsozialistischen Erziehungsideale mit *Jugend in Waffen* (1936), *Skier entscheiden* (1936) und *Die große Wandlung* (1938) seine ersten Jugendbücher. Mit gleichem pädagogischen Eifer wandte er sich in weiteren propagandistisch geprägten Abenteuerbüchern an die 10- bis 14jährigen Knaben, die im Jungvolk »von Grund auf zu Männern und Nationalsozialisten« getrimmt würden, wie er im Vorwort von *Pimpfe* (1939) beteuerte. Verwahrloste und undisziplinierte Jungen lernen in *Pimpfe* (1939), *Pimpfenwelt* (1940, 1941) und dem *Jungvolk-Jahrbuch* (1943) mit ihren Kameraden nach dem Kommando von schneidigen Jungvolk-Führern in Reih und Glied zu marschieren. Kameradschaft, Kampfgeist, unbedingte Opferbereitschaft und bedingungslose Treue zum Führer werden als Ideale gepriesen.

Den tagespolitischen Geschehnissen widmet sich das 1939 erschienene Buch *Panzermänner nach vorn! Panzermänner erzählen vom Feldzug in Polen*, an dem neben Reinecker noch Karl Georg Stackelberg und Wilhelm Utermann mitschrieben. Das Autorentrio behandelt den nationalsozialistischen Eroberungskrieg gegen Polen aus der Perspektive der deutschen Panzersoldaten. Die Überlegenheit des deutschen Kriegsgeräts wird ausführlich geschildert, die Beschreibung des erfolgreichen Vormarsches mit antisemitischen Stereotypen versetzt. Dienen in *Panzer nach vorn!* noch polnische »Grenzverletzungen« zur Legitimierung des deutschen Einmarsches, so sind es in *Hans Hinrich der Räuber* – einem weiteren Reineckerschen Jugendbuch – das dringend benötigte Ackerland und die unüberwindliche Feindschaft mit den verschlagenen Völkern des Ostens.

Bis zum Untergang des Dritten Reiches mühte sich Reinecker – ab Mai 1942 auch noch als Hauptschriftleiter der HJ-Zeitschrift »Junge Welt« – um die geistige Mobilisierung der Jugend, verbreitete Durchhalteparolen im »Völkischen

Beobachter« und huldigte dem Führer. Seine regen Aktivitäten in der Reichsjugendführung konnten sein ausgeprägtes Sendungsbedürfnis jedoch nicht befriedigen. 1939 erschien sein erster Roman: *Der Mann mit der Geige*, eine historisch argumentierende Rechtfertigungsschrift für den deutschen Einmarsch in Österreich. Das Buch diente der Berliner »Tobis Filmkunst« als Vorlage für ihren 1942 in die Kinos gebrachten Film »Der Fall Rainer«, der nach 1945 von den Alliierten verboten wurde. Im Jahre 1940 feierte Reinecker mit dem Stück »Die Stunde des Triumphes« sein Debüt als Dramatiker. Es behandelt den Freiheitskampf der Iren gegen die englischen Unterdrücker und trägt damit der im Gefolge der Niederwerfung Frankreichs verstärkt einsetzenden antienglischen Propaganda der Nazis Rechnung.

Aus Reineckers umfangreichem Schaffen während des Dritten Reiches ragen zwei Werke heraus. Seinen größten schriftstellerischen Erfolg feierte er 1942 mit dem Blut-und-Boden-Drama *Das Dorf bei Odessa*, zu dem ihn sein 1940 vollzogener Eintritt in die Waffen-SS inspirierte. Als Mitglied einer Kriegsberichter-Kompanie der Waffen-SS sollte er 1940 über die Rückführung der in Bessarabien lebenden Volksdeutschen berichten. Stark beeindruckt »von der Gewalt der Rasse«, verdichtete Reinecker seine Erkenntnisse zu einem Bühnenstück über »den unerschütterlichen deutschen Lebenswillen«, wie er im Programmheft des Reussischen Theaters Gera ausführte. Die 1988 gestellte Frage, ob in dem Stück »nicht auch viele rassische Momente« eine Rolle spielten und ob dort nicht »von Blut und Boden und dem Behauptungswillen der nordischen Rasse« die Rede sei, verneinte Reinecker kategorisch: »Was Sie da sagen, ist unmöglich. Solche Behauptungen hätten gar keinen Sinn gehabt, weil das Thema sich auf solche Dinge nicht bezog.«

Das Dorf bei Odessa wurde 1942 unter der Regie von Eugen Klöpfer an der Berliner Volksbühne uraufgeführt und in der Folgezeit von etwa 100 Theatern nachgespielt. Der Inhalt des Stücks: Eine Nacht vor dem Eintreffen der deutschen Invasionstruppen spitzt sich die Lage im Sommer 1941 für die deutschstämmige Bevölkerung eines Dorfes in der Ukraine dramatisch zu. Sie müssen um ihr Leben fürchten, weil der russische Willkürkommissar Iljitsch ahnt, daß sie trotz der 130 Jahre währenden Zugehörigkeit zum sowjetischen Herrschaftsgebiet doch Deutsche geblieben sind. Nach dem heroischen Opfergang eines Dörflers für das kollektive Dorfheil befreien die deutschen Landser schließlich die Geknechteten.

Die Legitimation des Angriffskrieges, die Proklamation völkischer Überlegenheit der Deutschen und das Plädoyer für den Kampf bis zum Endsieg begründen die Aufführungen des Stücks noch im Jahre 1943/44. Seine Tätigkeit als Dramatiker verstand Reinecker dabei durchaus politisch als »einen Teil der geistigen Mobilisierung« – »ein fast soldatischer Akt«, wie er im Programmheft des Reussischen Theaters Gera verkündete. Auch in den Bühnenblättern des Braunschweigischen Staatstheaters der Spielzeit 1943/44 bekannte er sich noch offen zu den Intentionen seiner Tätigkeit: »Welches Wort, welcher Satz, welches Stück, das heute geschrieben wird, hat Wert, wenn es nicht wie eine Granate ist, die man gegen die feindliche Umwelt abfeuert.«

Nach seinem Erfolg als Dramatiker schrieb Reinecker 1943 sein erstes Drehbuch, unterstützt von seinem Weggefährten Weidenmann, der auch für die Filmregie verantwortlich zeichnete. Neben den beiden hauptberuflichen HJ-Propagandisten war der zuständige Ufa-Produzent, Wolfgang Liebeneiner, Regisseur des Euthanasiestreifens »Ich klage an« (1941) und Professor von Goebbels Gnaden, mit von der Partie. Das Ergebnis der illustren Runde gelangte am 24. Mai 44 zur Uraufführung und bewegte die anwesende NS-Prominenz zu stürmischem Beifall: »Junge Adler«. Mit seinem vierten Jugendpropagandafilm, bei dem Weidenmann die jugendlichen Darsteller mehrheitlich aus der nationalsozialistischen Nachwuchselite der Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen rekrutiert hatte, war es dem HJ-Filmer nach Meinung der zeitgenössischen Kritik gelungen, erfolgreich an die Tradition von Hans Steinhoffs »Hitlerjunge Quex. Vom Opfergeist der deutschen Jugend« (1933) anzuknüpfen.

In Reineckers Machwerk stoßen zu den Lehrlingen eines Flugzeugwerks drei Neulinge: ein flugbegeisterter Knirps mit Spitznamen Bäumchen – gespielt von Eberhard Krüger, der sich heute Hardy Krüger nennt – , der musisch begabte Wolfgang und der rauchende und trinkende Werkbesitzerssohn Theo, gespielt von Dietmar Schönherr. Theo soll »von Grund auf arbeiten lernen«, was nach einigen Mißhelligkeiten auch gelingt, so daß die Gemeinschaft der Lehrlinge sich nach der Zerstörung der Fabrikhallen durch den Feind in selbstorganisierten Nachtschichten mächtig ins Zeug legen kann, um den Produktionsrückstand aufzuholen. Der Appell an die Opfer- und Leistungsbereitschaft der Jugendlichen im letzten Kriegsjahr ist offensichtlich, so daß »nachgeborene Zeituntersucher« diesem als »staatspolitisch und künstlerisch wertvoll« prämierten Film »politische Absichten« unterstellt haben, wie Reinecker sich in seiner Autobiographie beklagt.

Neben seiner Tätigkeit als mentaler Ertüchtiger der deutschen Jugend hat Reinecker sich als Kriegsberichter bei verschiedenen Waffen-SS-Divisionen profiliert. Auf seiner letzten Station, der SS-Panzerdivision Hitlerjugend, erlebte er die alliierte Invasion, die nur wenige Mitglieder dieser »Babydivision« – wie die Alliierten sie nannten – überlebten. Anschließend stürmte Reinecker noch bei der Ardennenoffensive vergebens mit und verfaßte nach eigenen Angaben den letzten Leitartikel für »Das Schwarze Korps«, die Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP. Unter dem Titel »Völker, höret die Signale ...!« beschrieb er am 5. April 1945 darin die primitive Grausamkeit der Sowjets und beschwor die Bewahrung der nationalsozialistischen Werte über die bevorstehende Niederlage hinaus. Zwar tönte er noch, »wir kämpfen weiter, solange wir können«, suchte aber selbst das Weite. Gunther d'Alquen, der Herausgeber des »Schwarzen Korps« und General der Propagandatruppen, nahm ihn in einem Sonderzug mit, der als mobile Befehls- und Kommandozentrale »den

Restkrieg bis in die sogenannte Alpenfestung hinein propagandamäßig« begleiten sollte. Die Fahrt des Propagandatrosses endete am Wörther See, in Österreich.

Reinecker schlug sich bis zu einem Bauernhof durch, wo ihn eine Bäuerin von der verräterischen Blutgruppentätowierung unter dem linken Oberarm befreite. Nach einigen Monaten des Abwartens kehrte er dann in das besetzte Deutschland zurück. Dort traf er Gustav Memminger, den ehemaligen Presseamtschef der Reichsjugendführung, der sich gerade auf dem Weg zu Arthur Axmann befand, der kurz darauf zusammen mit dem untergetauchten Reichsjugendführer verhaftet wird. Nach Reinecker wird gefahndet. Da er sich einem Entnazifizierungsverfahren nicht aussetzen mochte, konnte er zunächst als Autor nicht in Erscheinung treten. Also zog er den Feuilletonpressedienst »Die Kurzgeschichte« auf, in dessen Schutz er unter Zuhilfenahme unzähliger Pseudonyme etwa 1.000 Kurzgeschichten verschiedenen Zeitungsredaktionen erfolgreich anbot.

Seinen weiteren Werdegang säumten und ebneten die Kameraden von einst. 1951 schrieb Reinecker zusammen mit seinem alten Freund Christian Bock seine ersten Hörspiele für den NWDR: »Der Teufel fährt Dritter Klasse«, »Karussell zu verkaufen«, und »Vater braucht eine Frau«, nach dem 1952 auch ein Spielfilm unter der Regie von Harald Braun entstand.

Im gleichen Jahr traf Reinecker mit Alfred Weidenmann einen anderen Kumpel aus erfolgreicheren Tagen. Es entstanden drei Kulturfilme, die von der Deutschen Shell finanziert wurden. Für »Der Weg in die Freiheit«, einen Film über die Jugendstrafinsel Hanöversand, bekam Reinecker den Bundesfilmpreis und konnte sich in der Folgezeit vor Angeboten kaum retten. Von 1952 bis 1972 lieferte er insgesamt 48 Kinodrehbücher, von denen sein Spezi Weidenmann 18 in bewegte Bilder umsetzte. 1955 erhielten Reinecker und Weidenmann den deutschen Filmpreis für ihren Film über den deutschen Admiral Wilhelm »Canaris«. Nach dessen Ehrenrettung widmete sich das Erfolgsduo 1957 in »Der Stern von Afrika« den Künsten und Heldentaten des Wehrmachtsjagdfliegers Marseille.

Neben den biographischen Filmen waren Komödien (z.B. »Kitty und die große Welt«, 1956) und Lustspiele (z.B. »Verliebte Leute«, 1954) Reineckers bevorzugte Filmgenres. Parallel zu seinen Drehbüchern schrieb er mit *Kinder, Mütter und ein General* (1953) und *Taiga* (1958) weiter Buch-Bestseller. Der Taiga-Roman über deutsche Kriegsgefangene in einem sibirischen Lager enstand nach dem gleichnamigen Film von Wolfgang Liebeneiner (Hauptrollen: Ruth Leuwerik und Günther Pfitzmann). In den sechziger Jahren kaprizierte Reinecker sich dann zwar auf populäre Kriminalfilme (u.a. lieferte er fünf Textvorlagen für die Edgar Wallace-Reihe 1964-67), die Zahl seiner Kino-Drehbücher aber ging deutlich zurück. Die Konkurrenz des Pantoffelkinos und der Regie-Rebellen um Alexander Kluge, die Opas Kino beerdigen und beerben wollten, vertrieb die alten Ufa-Traditionalisten von der Leinwand.

Nach einigen Softpornos (z.B. »Unter den Dächern von St. Pauli«, 1969) war Reineckers Kinozeit 1972 endgültig abgelaufen. Ebenso wie die nun erfolglosen Regisseure Weidenmann und Liebeneiner wandte er sich verstärkt der boomenden Fernsehbranche zu. Er intensivierte seine Zusammenarbeit mit dem ZDF, die bereits 1963 – mit vier Folgen der Krimi-Reihe »Die fünfte Kolonne« und einigen Fernsehspielen (»Um 8 Uhr kommt Sadowski«, 1963; »Das Unbrauchbare an Anna Winters«, 1963; »Nachtzug D 106«, 1964) – begonnen hatte. Mit den Krimitrilogien »Der Tod läuft hinterher« (1967), »Babeck« (1968) und »11 Uhr 20« (1970), die das ZDF gegen die erfolgreichen Durbridge-Krimis der ARD ins Rennen schickte, etablierte sich Reinecker schließlich als populärer Krimiautor. Aber erst die Krimiserien »Der Kommisssar« und »Derrick« machten ihn endgültig zu dem, was er heute ist: der erfolgreichste Drehbuchautor des deutschen Fernsehens.

Frank Liebert ist freier Journalist und lebt in Göttingen

Konkret 02/95, S. 60

Mario Mentrup

NaziInnen

Drei Bücher, die sich auf unterschiedliche Weise mit mehr oder minder faschistischen Frauen auseinandersetzen, offenbaren ungewollt mehr über die Krisen ihrer Autoren als über deren Forschungsobjekte

Böse Nazi-Männer – aber wo sind die bösen Bräute? dachten zwei Autoren sowie eine Autorin und versuchten sich. Aber nicht der von ihnen beabsichtigte Schock der Erkenntnis ist schmerzhaft, sondern die Lektüre der Bücher.

Da waren zunächst die *Liebesbriefe an Adolf Hitler*, herausgegeben von Helmut Ulshöfer, eine Auswahl von ca. 8.000 Briefen von Frauen an Hitler. Die Briefe waren dem deutschen Widerstandskämpfer W.C. Emker, der als amerikanischer Offizier nach Berlin kam, in die Hände gefallen. Der Herausgeber, der grüne Frankfurter Stadtverordnete Helmut Ulshöfer, der in dieser Eigenschaft Emker kennengelernt hatte, möchte durch die Veröffentlichung verdeutlichen, »wie Greueltaten, militärische Niederlagen etc. dieses Systems und seines Protagonisten Adolf Hitler beschönigt und verdrängt wurden«. Doch die Briefe, die nun in *Liebesbriefe an Adolf Hitler* zu lesen sind, sind nichts weiter als Fan-Briefe einsamer Frauen, von denen einige nicht ganz klar im Kopf waren, adressiert an Hitler, verfaßt während des Krieges. Die Frauen offenbaren dem Führer ihre Bewunderung, machen naive Liebeserklärungen und gehen, wenn überhaupt, sehr kurz auf damalige politische Ereignisse ein – um auf sich aufmerksam zu machen oder um auf diese Weise vom eigenen Leid zu sprechen. Sie hoffen auf Kontakt mit einem unnahbaren Idol.

Heute würden diese Frauen vermutlich an Udo Jürgens, Peter Alexander, Rudi Carrell, Ulrich Wickert oder sonst eine omnipräsente Medienfigur schreiben. Denn daß Hitler Millionen faszinierte und sich als Projektionsfläche unausgelebten Begehrens aufdrängte, ist wahrlich keine neue Erkenntnis, geschweige denn eine intelligente Feststellung über den Nationalsozialismus. Und daß das Addilein häßlich war und den Arm nicht richtig in die Höh' streckte, zählt nicht.

Den abgedruckten Liebesbriefen werden unter anderem KZ-Fotos, Kriegsfotos und NS-Propaganda entgegengestellt. Keine Ahnung, was das anderes zeigt als die Dummheit des Herausgebers. Will der die Leser der Briefe, die, noch einmal sei's gesagt, nichts anderes repräsentieren als das Wunschdenken einsamer weiblicher Hitler-Fans, dabei unterstützen, nicht zu vergessen, wie Konzentrationslager buchstabiert wird?

Natürlich ist bei den Verfasserinnen der Liebesbriefe von Kritik nichts zu erkennen, aber was sagt mir das? Doch eher, daß die Frauen, die diese Briefe zu Papier brachten, tatsächlich psychiatrische Hilfe gebraucht hätten.

Die Herausgabe der *Liebesbriefe an Adolf Hitler* hat nur Sinn für Nazi-Trash-Sammler, die gerne erzählen, daß Hitler nicht kacken konnte und keinen hochbekam, die 10mal im Monat Eva Brauns Super 8-Filme anschauen. »Elvis Hitler« hieß eine amerikanische Punkband, was in seiner Trivialität und meinetwegen Geschmacklosigkeit immer noch mehr Reflexion beweist als dieses Buch, dem eine weitere Veröffentlichung »mit wissenschaftlicher Bewertung in soziologischer, sexualwissenschaftlicher und psychologischer Hinsicht« folgen soll. Ein Muß für den NS-Devotionalien-Schrank.

In psychologischer Hinsicht gibt's da schon was: Der freilaufende Schriftsteller Volker Elis Pilgrim offeriert in seinem neuen Buch *Du kannst mich ruhig Frau Hitler nennen* zwei Thesen, die zusammen nur eine ergeben. Hitler sei ein Muttersöhnchen gewesen, und Mannfrau Eva habe einen Ersatzpapa gebraucht. Na prima, dann haben die beiden ja wunderbar zusammengepaßt. Pilgrim reicht das nicht, d.h. es reicht ihm, um ein fast 350 Seiten währendes Entengeschnatter loszulassen. Magda Goebbels, Emmy Göring, Carin Göring machen mit Eva mit, um Pilgrim bei seinem Thesenbau zu unterstützen. Der kann nämlich nicht verstehen, warum Frauen überhaupt sich an böse Männer – denen sich Pilgrim wiederum in seinen vorherigen absolut schlauen Büchern *Muttersöhne*, *Vatersöhne* usw. usf. bereits ausführlich, punktgenau und gnadenlos gewidmet hatte – binden können. Eine raffinierte Fragestellung. Mit Mutter/Vaterkomplex wird dann zackzack alles klar, pronto. Mensch, ich wünschte, ich könnte die Zeit nochmal zurückdrehen, dann würd' ich Eva ihr Problem ganz plausibel erklären, weil, die war ja eigentlich nicht so doof, und die Eva hätte dann dem Addi seins gezeigt und ihrs auch noch mal, und dann wäre alles gar nicht passiert.

Pilgrim schrieb noch 1993 in seinem Buch *Muttersöhne* über den Muttersohn Sigmund Freud, und wie schwer es Freud doch hatte, und wie schwer er es anderen machte. Absurd wie das Leben selbst: Pilgrim schafft es nicht, das überführte Muttermännchen zu überwinden. Im Gegenteil klaut er bei ihm, wenn auch nur einen mikrokosmisch kleinen Teil des Freudschen Ganzen. *Du kannst mich ruhig Frau Hitler nennen* bringt nicht mehr als bisserl »Über-Ich« und ein wenig »Triebverzicht«. Mit brutaler Gefängniswärtersprache. Ich lese: »Magda Goebbels Biografie zeigt drei Auffälligkeiten« und »Es gibt in der Jugend Evas zunächst keine Auffälligkeiten, wie im Leben von Magda Goebbels«.

Bei Pilgrim ist alles und jedes sehr »auffällig«. Er begnügt sich nicht mit Nazis allein, im Männerbuch *Müttersöhne* mußten Pasolini, Faßbinder und Elvis zusammen mit Hitler an einer Nabelschnur ziehen. Im Frauenbuch schlägt Pilgrim wieder gnadenlos zu, so wie wir ihn kennen und lieben. In *Du kannst mich ruhig Frau Presley nennen* gibt es, mit Verlaub, einen richtigen Frauenlabskaus. Nach den Nazi-Frauen dann Jenny Marx, Maria Callas, Romy Schneider, Marylin Monroe,

und weil Elis Pilgrim Psychologie studierte, darf auch nicht eine uralte Dame wie Elektra fehlen. Es gibt praktisch kein Entkommen vor diesem Autor. In den letzten Kapiteln von *Du kannst mich ruhig Frau Maier nennen* geht es um deine Schwester, meine Oma und die Tante deiner Freundin, um die Frau an sich. Zwischendurch gibt es noch Entengeschnatter über eine gescheiterte Beziehung des Autors zu einer älteren Frau, die sogar Cleopatra heißt, und schwupps ist Katharina II. dran, was ich irgendwie nicht verstehe, ich dachte immer, die hätte in irgendeinem anderen Jahrhundert gelebt. Für die Unterstützung der These genügten ca. 20 Bücher, aus denen Pilgrim abgeschrieben oder zitiert hat, was dann die besten Stellen des Buches wurden. »Auffällig« oft erscheint im Literaturverzeichnis der Name Volker Elis Pilgrim. Dabei ist alles doch so einfach: Was Nazi-Frauen angeht, sollte man ihnen eine bestimmte Form von Sympathie entgegenbringen – gar keine.

Das einzige der hier besprochenen Bücher über das Thema Nazi-Frauen, das sinnvoll erscheint, heißt *Ehre, Blut und Mutterschaft – Getarnt unter Nazi-Frauen heute*. Autorin Franziska Tenner sprach, getarnt als Sympathisantin, mit fünf Neo- bzw. Immernoch-Nazi-Frauen und druckte das von ihnen auf Band Gesprochene im Originalwortlaut ab. Die über 80jährige Dr. Ursula Schaffer, Ehrenmitglied der Wiking-Jugend, läßt nichts aus, haarsträubenden Geschichtsulk, »Auschwitzlüge« und die ganze ewige Braune Kacke. Gerlinde Grolow, Mitarbeiterin der »Jungen Freiheit«, macht schon fast auf Übermensch von wegen Nietzsche, Jünger, d'Annunzio, und weil sie Aleister Crowley, Laibach und Current 93 kennt. Das ist aber nur die Allgemeinbildung eines jeden Kids, das sich nicht nur mit Schule-Arbeit-Tod auseinandersetzt, und wahrlich kein Bestandteil einer Elite-Kultur. Steht doch längst alles in der Zeitung.

Im Fall der Gerlinde Grolow wären Widerspruch und Gegenargumente der Autorin Franziska Tenner wichtiger gewesen als anschließende Kommentare für den anscheinend gleichgesinnten antifaschistischen Leser. Diese Schwäche des Buches zeigt sich auch bei der Abschrift des Monologs von Michael Kühnens Ex-Verlobter Lisa W. Lisa W. erläutert den von Kühnens Anhang stets gleich formulierten politischen Ansatz. »Für mich sollte ein nationales und sozialistisches Regime an die Macht. Regime durchaus, das ist gar keine Frage. ... Ich stelle mir das nicht totalitär vor, sondern – ich hasse dieses Wort – im gewissen Sinne hätte es einiges Demokratisches an sich. Es wäre schon mit Abstimmung.« Nationalsozialismus gleich Sozialismus, aber national. »Es gibt schon einige Anknüpfungspunkte, die der Kommunismus und der Nationalsozialismus gemeinsam haben, einige Parallelen.«

Es nützt nichts, wenn Franziska Tenner dem Leser darlegt, »Lisa W. könnte mit ihrem Anspruch auf Emanzipation und der Forderung nach sozialer Sicherheit heute eine größere Anzahl Frauen erreichen als Frau Dr. Scheffer mit ihrem Raum- und Rassenwahn«. Die Autorin hätte ein echtes Gespräch, einen Streit anfangen müssen – Lisa W. hätte ihr nicht den Kopf abgerissen – , anstatt einen nachträglichen Versuch zu machen, W.s Monolog zu interpretieren. Diese neue Dokumentationsform ›O-Ton‹ ist auf Dauer unergiebig. Lisa W. und Gerlinde Grolow hätten aus der Reserve gelockt werden müssen. Ich würde gerne böse Nazi-Frauen miterleben. Vor allem wären sie ein besseres Anschauungsobjekt für unseren Volker, damit auch der nicht immer nur Bahnhof versteht.

Literatur:

Helmut Ulshöfer (Hrsg.): *Liebesbriefe an Adolf Hitler – Briefe in den Tod.* VAS Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt 1994, 90 Seiten, 19,80 Mark

Volker Elis Pilgrim: *»Du kannst mich ruhig Frau Hitler nennen«.* Rowohlt Verlag 1994, 335 Seiten, 38 Mark

Franziska Tenner: *Ehre, Blut und Mutterschaft – Getarnt unter Nazi-Frauen heute.* Aufbau Verlag 1994, 280 Seiten, 25 Mark

Mario Mentrup schrieb in KONKRET 1/95 über den russischen Autor Wictor Pelewin

Konkret 02/95, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In der »Wochenpost« soll der Chefredakteur Mathias Döpfner zum Jahreswechsel sich wortwörtlich dieses zusammengedichtet haben:

Die einzig verläßliche Größe ist das Chaos. Sowenig Klarheit war nie. Die Demoskopen regieren die Demokratie. Und Führungskräfte führen nicht, sie folgen. Nicht die Politik verdirbt den Charakter, sondern schlechte Charaktere verderben die Politik. Die Welt wird jährlich komplizierter. Einfache, gültige Antworten finden sich immer seltener. Vielleicht wird aus dem Umbruch wirklich noch ein Aufbruch. Jede Krise ist eine Chance. Ich glaube, vor uns liegt ein besonders spannendes Jahr.

»Es ist unfaßbar«, urteilt »Finis«, der pseudonyme Glossist des »Zeit«-Feuilletons, und tatsächlich sieht die Welt zum Jahreswechsel kein bißchen so aus, wie der Chefredakteur Döpfner sie in der »Wochenpost«, sondern ganz im Gegenteil so, wie der Herausgeber Dr. Theo Sommer sie am selben Tag in der »Zeit« beschrieben hat:

Alle Geschichte ist Übergang. Zuweilen allerdings verdichtet sich der unmerklich gleitende Wandel zur historischen Zäsur: zum plötzlichen Bruch mit allem Gewesenen und Gewordenen. In den Jahren 1989 bis 1991 war dies der Fall. Damals beganneine neue weltgeschichtliche Epoche. Ihre Kennzeichen sind Verwirrung und Verworrenheit, erdumspannende Unwuchten und Ungleichzeitigkeiten, vielfältige Gegenläufigkeiten und verfließende Perspektiven.

Sowenig Klarheit war nie? Nie, Döpfner, war mehr:

Schwere gesellschaftliche Verwerfungen könnten uns ereilen. Starke zentrifugale Kräfte haben den Zusammenhang der Gesellschaft gelockert. Wohin der Blick auch schweift, scheinen gegenläufige Tendenzen am Werk.

Die einzig verläßliche Größe, Döpfner, ist das Chaos? Von wegen:

Einerseits bewirkt die um sich greifende Globalisierung eine Durchlöcherung der Grenzen. In der ehemals kommunistischen Welt herrscht die Verworrenheit aller Übergangszeiten. Fürs erste wird den Zeitgenossen nichts anderes übrigbleiben, als sich an die neue Komplexität zu gewöhnen. Der Kalte Krieg war, wie wir heute erkennen, eine abnorme Pause schockgefrorener Unbeweglichkeit im Kontinuum des normalen historischen Chaos.

Die Welt wird jährlich komplizierter? Einfache, gültige Antworten finden sich immer seltener? Ach, Döpfner, haben Sie vielleicht `ne Ahnung!:

Heute gibt es wieder Grauzonen, Unschärfen, weiße Flecken auf der Landkarte. Wir müssen aufs neue lernen, dem Mehrdeutigen, dem Gegensätzlichen, dem Latenten, dem Vorläufigen Raum zu geben.

Wer immer Sommers »Finis« sein mag: Haftet seiner Kritik am unfaßbaren Konkurrenten Döpfner nicht ein Hauch von Kühnheit, ja vielleicht ein Haug von Kuenheim an? Damit nun keiner auf die Idee kommt, die Welt werde blöder nur von »Zeit« zu »Zeit« und von »Woche« zu »Wochenpost«, hat die »Frankfurter Rundschau« den Quartalsprofessor Bernard-Henri Lévy interviewt, den sie, staunend was er alles mit dem Mund kann oder bloß pour épater le Auptschüler, unentwegt einen »französischen Philosophen« nennt. Im Zwiegespräch zwischen ihm und dem Feuilleton ergibt sich unter anderen diese Perspektive:

Feuilleton: Die Analyse Ihres Buches ist extrem pessimistisch. Ist das nicht Katastrophen-Prophetie?

Lévy: Die Katastrophe muß man nicht prophezeien, die ist schon da.

Feuilleton: Und all das, so Ihre These, habe eine nie dagewesene Dimension.

Lévy: Es handelt sich um eine Art Katalyse, in der alle Elemente zu einer neuen Synthese recycelt werden.

Das ist Philosophie Fronkfohr-Parieh auf der Höhe der Zeit, Dialektik als duales System, Denken zwischen Abgasreinigung und Buntglastonne. Olala aber aach. Und wer hätte, als die abnorme Pause schockgefrorener Unbeweglichkeit noch nicht zum Kontinuum des normalen historischen Chaos recycelt bzw. selbst mancher Liberale noch dicht war, bzgl. der Dreharbeiten für den Ufa-Film »Kolberg« dieses unter sich gemacht?:

Während Deutschland unter den alliierten Bombenangriffen in Schutt und Asche versank, während sich die Armeen der Alliierten im Westen und der Sowjetunion im Osten dem Reich näherten, wurden Hunderte von Arbeitskräften vom Krieg abgezogen und zur Rekonstruktion eines historischen Kolberg aus der Napoleon-Zeit in Neustettin eingesetzt. Und von der Front wurden ganze Regimenter, die bitter im Einsatz gegen die Sowjetarmee benötigt wurden, abgezogen.

Wer hätte in solchen Worten Nazi-Deutschlands und seiner Wehrmacht Sorgen gedacht? Vor fünf Jahren noch? Nicht mal der »Spiegel«! Nicht mal der Karasek! Schlimmstenfalls der Walser, der jetzt die neue Welt mit seinen einfachen gültigen

Wahrheiten bedenkt:

Es gibt offenbar prinzipiell Schlechtaufgelegte, die es mit ihrer persönlichen Verdrossenheit nicht aushalten. Also sollen alle diese Verdrossenheit teilen. Jeder Saison verpassen die Verdrossenheitsstars eine neue Krisenmethapher,

und nur der Walser jauchzt, obs stürmt oder schneit in Hoyerswerda oder Mölln, jeder Saison und ihren Miesmachern ein frohes »Deutschland Juhu« entgegen. Zur gerechten Strafe für solche Vereinigungskriminalität hat der bayrische Politiker Wolfgang Bötsch, dessen Lieblingsbeschäftigung »Fußball zuschauen« ist und dessen liebste Helden in Roman und Wirklichkeit Robinson Crusoe, der Graf von Monte Christo und »die Mütter in Bosnien« heißen, zwar vielleicht noch kein Buch gelesen, aber einen Lieblingsschriftsteller gefunden und, weil ihm der Mann mal als Gast bei einer Tagung der CSU vorgestellt wurde, sogar den Namen behalten, den er der »FAZ« fehlerfrei aufsagen kann: »Martin Walser«. Denn, wie einer von Walsers Kollegen einmal gemeint hat: alle Schuld rächt sich auf Erden. Aber Spaß beiseite. Zuweilen verdichtet sich der unmerklich gleitende Wandel zur historischen Zäsur: zum Recycling durch Katalyse zu einer neuen Synthese – wie in jener Eigenanzeige der »Frankfurter Allgemeinen«, die anzeigt, wie weit es trotz alledem gekommen ist:

Früher hätte nicht einmal unser Nachtportier das Wort in den Mund genommen. Seit neuestem hört man es in unserem Hause fast so oft wie »Moin« oder »Mahlzeit«. Zumindest in der Anzeigenabteilung. Die Rede ist von »Kombi-Rabatt«. Mag sein, daß dieses Wort bei anderen Verlagen keinen Hund mehr hinter dem Ofen vorlockt, nicht jedoch bei uns. Deshalb sprechen wir es hier ganz laut und deutlich aus: F.A.Z.-Inserenten sparen bei zusätzlicher Belegung der Sonntagszeitung ab sofort reichlich Kohle.

Jetzt nimmt nicht nur die Anzeigenabteilung, sondern auch der Herausgeber und sogar der Nachtportier das Wort in den Mund, es wird in die Glacéhandschuhe gespuckt und auf dem Weg zum Abgreifen des Schotters ruft es ein Herausgeber dem andern ein ums andere Mal zu: »Schönen Kombi-Rabatt!« – »Danke, Ihnen auch!« – »Werte Lieben mit eingeschlossen!« – »Werde zu Hause zu rühmen wissen!« Nur die doofen Ossis wollen sich nicht mal mit dem Kombi-Rabatt von der »FAZ« hinterm Ofen vorlocken lassen:

Viele sind enttäuscht, daß die Marktwirtschaft nicht im Handumdrehen jenes Paradies auf Erden verwirklichen kann, welches ihnen der Kommunismus jahrzehntelang betrügerisch versprochen hatte.

Wie? Der Kommunismus soll jahrzehntelang betrügerisch versprochen haben, daß die Marktwirtschaft im Handumdrehen ein Paradies auf Erden verwirklicht? Ich fürchte leider, daß er genau das auf seine Weise irgendwie tatsächlich getan hat, darin nicht unähnlich den Westdeutschen Bundeskommunisten, die ihren Genossen jahrzehntelang versprochen hatten, wenn sie die Revolution zu allererst in der Kultur veranstalteten, werde Vati seine Aktien behalten können. Einer, der vordem für den Maoistenunfug verantwortlich war und folglich nach der Revolution zum Platzwart des himmlischen Friedens der Bürgerpresse avanciert ist, beschreibt am Beispiel seiner Kameraden den langen Marsch in Vatis dazu passenden Endreim:

Bunt schon noch, für Kräche und sogar ein paar Kapriolen gut, aberauch arriviert, angekommen und ein wenig stolz darauf. Das Ja zu dieser Republik schwebt – eher offen als verschämt – im Raum. Die im Widerspruch angeeignete Demokratie, hier ist sie gegenwärtig, ein bunter Haufen hat das Raumschiff der Rundumopposition verlassen und so etwas wie Zutrauen gefaßt zu dieser Republik, ja sogar diesem Staat. Etwa zwei Jahrzehnte hat es gedauert, bis die Generation, der ich angehöre, in dieser Republik angekommen war: nicht angepaßt, sondern wach und begierig, die Chancen der Freiheit zu nutzen. Viel Müll mußte dabei zur Seite geräumt werden, heißgeliebte Traditionsgewänder von jenseitigem Zuschnitt mußten abgelegt werden.

Maos Bluse in die Kleidersammlung für Bosnien, Maos Bibel auf den Flohmarkt, und mit leichtem Gepäck endlich in diesem Staat angekommen, stolz gewiß, aber ein bißchen verbittert auch über die lange Reise. Wie vieles von dem, was nun wach und begierig angeschafft werden darf, hätte man schon vor zwanzig Jahren gehabt haben können: das Reihenendhaus, den Pool, den Daimler, die Armani-Jacke, die Trikont-Putze, den Kapitalsparbrief, der zweiten Gattin erstes Lifting, den Ressortleiterposten für »Geist und Gesellschaft« – halt, den hat er trotz der revolutionären Um Lei-dong schon erlangt, der weltgereiste Bahnsteig Thomas Schmid. Und, was glaubt ihr, wo? Bei Dr. Döpfners »Wochenpost«.